

AKTUELL

Abfall, Chemie & Emissionen	9
Globalisierung & Eine Welt	11
Klima & Energie	13
Konsum & Verbraucherschutz	17
Landwirtschaft & Gentechnik	18
Naturschutz & Biodiversität	19
Stadt & Region	22
Tierschutz & Ethik	23
Umweltpolitik & Umweltrecht	23
Verkehr & Tourismus	25
Wasser & Meere	26
Wirtschaft & Unternehmen	28

VERBÄNDE



DNR intern	29
Aus den Verbänden	29
Preise & Ausschreibungen	30

SERVICE

Rezensionen	32
Internet	34
Neu erschienen	35
Impressum	35
Termine	36

ökopädNEWS

ANU-Informationsdienst	37
Bildungskampagne zur Biodiversität: Bausteine für globales Lernen	

THEMEN DES MONATS

Agrogentechnik

Genmais macht Honig unverkäuflich

Das deutsche Gentechnikrecht könnte bald zu Landschaften ohne Bienen führen

Seite 2

Atommüll

Die Asse bringt es an den Tag

Schacht Konrad soll Endlager werden, während sich daneben die erste Atommüllkatastrophe anbahnt

Seite 4

Natura 2000

Europas Natur, Europas Identität

EU-Naturschutz lässt wirtschaftliche Entwicklung zu und ist trotzdem ein voller Erfolg

Seite 6

Wirtschaft

Was kostet ein Korallenriff?

Öko-Nomie: Das natürliche Kapital der Erde soll in Zahlen ausgedrückt werden

Seite 7

Interview: Globalisierung

„Auf Druck von unten setzen“

Attac ist zehn Jahre alt – und hat ein ähnliches Problem wie die Umweltverbände

Seite 12

Agrogentechnik

Genmais macht Honig unverkäuflich

Das deutsche Gentechnikrecht könnte bald zu Landschaften ohne Bienen führen

Das deutsche Gentechnikrecht lässt Monsanto's Saat nur unter Auflagen in den Boden. Für Imker genügt das nicht, denn Bienen halten sich nicht an Sicherheitsabstände. Ein schwäbischer Imker, der den Schutz des Staates einklagen wollte, hat es nun schwarz auf weiß: Honig mit Genmais-Spuren darf er nicht verkaufen, aber statt entschädigt zu werden soll er umziehen. Dumm nur, dass Bienen auch für Bestäubung zuständig sind. ■ VON THOMAS RADETZKI, MELLIFERA

Der Imker Karl-Heinz Bablok ist fest davon überzeugt, dass weder ihm noch seinen Kunden die Verunreinigung des Honigs mit Genmais-Blütenpollen zuzumuten ist. Am 30. Mai hat ihm das nun schon zum zweiten Mal ein Gericht bestätigt. Das Verwaltungsgericht Augsburg stellte fest, dass Honig, der Pollen des gentechnisch veränderten Maises MON 810 enthält, nicht verkauft werden darf. Auch geringste Spuren solcher Blütenpollen führten zum Verlust der Verkehrsfähigkeit von Honig, da der Genmais der Firma Monsanto keine Zulassung als Lebensmittel hat. Für den Imker aus dem schwäbischen Kaisheim ist es ein großer Erfolg, dass das Gericht den Maisanbau als „wesentliche Beeinträchtigung“ im Sinne des Gentechnikgesetzes definiert hat. Damit hat der Imker die Grundlage für Schadenersatzansprüche. Skandalös an

dem Urteil ist jedoch, dass dem Imker trotz allem kein Schutz gewährt wird. Damit trifft die Entscheidung den Bestand der Bienenhaltung im Kern.

„Der Genmais-Acker kann nicht verlegt werden, aber die Bienen“

Imker Bablok wollte per Gericht durchsetzen, dass der Genmais-Anbauer durch geeignete Maßnahmen verhindern muss, dass seine Bienen Pollen des MON-810-Maises eintragen. In anderen Verfahren wurden Bauern schon zum Abschneiden der Pollenfahnen oder der Ernte des Genmaises vor der Blüte verpflichtet. Dem entzog sich das Ausburger Gericht jedoch mit einer sogenannten Güterabwägung. Obwohl der Hobbyimker seine Bienen seit vielen Jahren stationär in einem Bienenhaus betreut und technisch nicht auf Bientransporte

eingerrichtet ist, mutet das Gericht ihm zu, die Völker während der Maisblüte an einen anderen Standort zu bringen. Nach Abwägung der Verhältnismäßigkeit sei dies von dem Imker zu verlangen. Der Schaden für ihn sei kleiner als der des Maisanbauers. Der Acker könne nicht verlegt werden, die Bienen aber schon. Die Richterin gestand dem Imker zwar zu, dass ihn eine Ausweitung des Genmais-Anbaus vor ein unlösbares Problem stellen würde. Das Urteil sei jedoch für diesen Einzelfall im Jahr 2008 gefällt, alles andere eine Frage der Politik.

Im Honig darf kein Genmaispollen nachweisbar sein

Die vom „Bündnis zum Schutz der Bienen“ unterstützten Imker wollen ihren Anspruch auf Schutz und auf Schadenersatz aber nicht aufgeben. Urteile in den nächsten Instanzen können durchaus noch Überraschungen bringen.

Dagegen dürfte die Aberkennung der Verkehrsfähigkeit von Honig mit MON-810-Pollen mit hoher Wahrscheinlichkeit Bestand haben. Dies zeigen alle bisherigen Urteile in dem Verfahren. Bei der Urteilsverkündung in Augsburg betonte die Vorsitzende Richterin, dass die immer wieder angeführte Kennzeichnungsschwelle von 0,9 Prozent hier keine Rolle spiele. Sie gilt nur, wenn der gentechnisch veränderte Organismus (GVO) als Lebensmittel zugelassen ist. Aus demselben Grund blieb das von Monsanto stets vorgebrachte Argument, der Maispollen im Honig sei nicht mehr vermehrungsfähig, vor dem Gericht ohne Beachtung. Honig muss bis an die Grenze der Nachweisbarkeit frei von GVO-Pollen sein.

Bündnis zum Schutz der Bienen unterstützt klagende Imker

Honig enthält immer einen bestimmten Anteil von Blütenstaub, so auch Maispollen. Die Bienen sammeln vor allem an den intensiv genutzten Agrarstandorten viel Pollen vom Mais, weil sie dort kaum ein anderes Blütenangebot haben. Untersuchungen haben gezeigt, dass selbst schon bei den kleinen Flächen des Probeanbaus Pollen des nicht zugelassenen gentechnisch veränderten Maises im Honig zu finden ist.

Nicht nur Imker, auch Anbauer von Speisemais sind betroffen. Ihre Maiskolben werden durch Windbestäubung von gentechnisch verändertem Pollen befruchtet. Einzelne Pollenkörner

werden dadurch zu einem gentechnisch veränderten Organismus. Der Speisemais darf infolgedessen nicht mehr in Verkehr gebracht werden. Er wird unverkäuflich.

Das von Mellifera initiierte „Bündnis zum Schutz der Bienen“ will klagende Imker auf dem Weg durch weitere Instanzen unterstützen. Für die Finanzierung bittet das Bündnis um Spenden. „Es darf nicht sein, dass den Imkern gegen Monsanto & Co. das Geld ausgeht“, sagt Thomas Radetzki. [mb]

► www.bienen-gentechnik.de

Harte Konsequenzen für die Imker

Der Imker macht sich strafbar, wenn er Honig mit Pollen des Monsanto-Maises verkauft oder verschenkt. Pollen aus Mais können, wenn auch nur in geringen Mengen, sogar noch im Honig aus den Schleuderungen des Folgejahres vorkommen. Der Imker darf kein Risiko eingehen und muss sich selbst über den Anbau von Genpflanzen im Flugbereich seiner Bienen informieren. In Bayern kann er noch ausweichen. In Brandenburg aber ist der GVO-Anbau schon so weit verbreitet, dass kaum noch Standorte ohne Genmais in dem von Bienen erreichbaren Umkreis zu finden sind.

Die Kosten für eine Untersuchung von Honig sind nicht gering. Bei den kleinen Chargen von Hobbyimkern übertreffen sie die Verkaufserlöse. So richtet sich das Gesetz gegen die Imker, obwohl diese die

Verunreinigung weder verursacht noch befürwortet haben. Den Verursachern wird dagegen der Rücken freigehalten.

Gibt es bald bienenfreie Zonen?

Wenn der Gesetzgeber weiterhin keine Schutzmaßnahmen gegen MON 810 trifft, wird die Ausweitung des Anbaus zu bienenleeren Landschaften führen. Ein Bestäubungsnotstand bei Obst oder anderen Nutzpflanzen und eine Artenverarmung bei Wildpflanzen werden die Folge sein. Solche Gesichtspunkte müssten in eine Interessenabwägung der Gerichte mit einfließen und zum Schutz der Imkerei führen. Es ist unbegreiflich, dass der Staat schamlos den multinationalen Saatgutkonzern Monsanto stützt, jedoch die heimischen Imker, Bauern und Verbraucher im Stich lässt und damit fundamentale Naturschutzinteressen opfert. Das Bündnis zum Schutz der

Bienen versucht deshalb möglichst viele Imker, deren Bienen im Flugradius von Mais stehen, zu wirksamen Aktionen zu bewegen. Sie sollen demonstrativ ihre Bienen abtransportieren und dies mit einem Protestmarsch verbinden, an dem auch Kunden und Umweltverbände teilnehmen. Der Deutsche Berufs- und Erwerbsimkerbund will solche Aktionen unterstützen.

Imkermeister Thomas Radetzki leitet den Verein Mellifera e.V. und die vereinseigene Lehr- und Versuchsimkerei Fischermühle in Rosenfeld bei Tübingen. Der Pionier ökologischer Bienenhaltung ist seit 1985 in Forschung, Ausbildung, Politik und Öffentlichkeitsarbeit tätig.

Kontakt: Tel. +49 (0)7428 / 94524-90, Fax -99, E-Mail: mail@bienen-gentechnik.de, www.mellifera.de, www.bienen-gentechnik.de



Klima schützen - Kohle stoppen

Demonstrationen der Klima-Allianz am 13. September



Infos zu den Demos

Staudinger in Großkrotzenburg bei Hanau in Hessen: ab 14 Uhr Sternmarsch zum Kraftwerk, dort Reden von Franz Alt, Claus Kaminsky, Fei Tevi u.a., Musik von Blumentopf und Banjoory

Jänschwalde bei Cottbus in Brandenburg: ab 14 Uhr Programm mit Stern Combo Meissen, Mellow Mark, Manfred Stock (PIK, angefr.), Pfarrer Berndt, Nurzat Abdyrasulova aus Kirgistan, u.a.

Infos unter:
www.die-klima-allianz.de/aktionen

Wenn auch Sie:

- gegen den **Bau** von über **20 neuen Kohlekraftwerken** in Deutschland sind
- die **Vertreibung** von knapp **4.000 Menschen** in der Lausitz für neue Tagebaue untragbar finden
- der Meinung sind, dass **CCS** noch zu wenig erforscht ist, um als Lösung propagiert zu werden
- die Weiterentwicklung **klimafreundlicher Energien** durch neue Kohlekraftwerk **behindert** sehen
- **verheerende soziale und ökologische Folgeschäden des Kohleabbaus** in vielen Ländern nicht länger hinnehmen wollen
- die **leeren Versprechen** der Regierung zum Klimaschutz satt haben

dann demonstrieren Sie mit uns an den Kohlekraftwerken Staudinger und Jänschwalde!



Atommüll

Die Asse bringt es an den Tag

Schacht Konrad soll Endlager werden, während sich daneben die erste Atommüllkatastrophe anbahnt

Vor über 40 Jahren wurde im Salzbergwerk Asse 2 bei Wolfenbüttel Atommüll eingelagert. Warnungen vor einer Umweltkatastrophe wurden ignoriert. Doch jetzt zeigt sich: Schon in wenigen hundert Jahren könnte die Region kontaminiert sein. Zugleich soll nur wenige Kilometer weiter Deutschlands erstes offizielles Endlager entstehen. Die BürgerInnen schließen sich zusammen. Ihre schärfste Waffe heißt Öffentlichkeit. ■ VON PETER DICKEL, AG SCHACHT KONRAD

Im Südosten Niedersachsens findet derzeit ein makabres Schauspiel statt. Mit dem Erzbergwerk Schacht Konrad in Salzgitter soll 2013 ein erstes atomrechtlich genehmigtes Atommüll-Endlager in Betrieb gehen. Für den gleichen Zeitraum wird für das nur 20 Kilometer entfernte Salzbergwerk Asse 2 im Kreis Wolfenbüttel der vollständige Kollaps vorausgesagt. Dort wurde – zu Forschungszwecken, wie es heißt – von 1967 bis 1978 Atommüll eingelagert, der jetzt abzusaufen droht.

Nach und nach kam im letzten Frühjahr heraus, dass die Katastrophe eigentlich schon begonnen hat: Längst haben unbeherrschbare Laugenzuflüsse aus dem Neben- und Deckgebirge die 750 Meter tiefe Sohle erreicht, auf der die großen Mengen des Atommülls liegen. In diesem Wasser wird Cäsium-137 gemessen, das entweder aus den Fässern kommt oder als Oberflächenwasser durch Tschernobyl kontaminiert wurde, wobei Letzteres für eine beängstigend direkte Wegsamkeit zwischen Atommüll und Biosphäre spräche. Und schließlich: Blicke es bei der als Schließungskonzept vorgesehenen Flutung des Atommülls, käme es über Tage durch Ausgasungen schon nach 150 Jahren zu gravierenden Grenzwertüberschreitungen.

Kopferbrechen in Bonn

„Schon seit geraumer Zeit zerbricht man sich im Bundesforschungsministerium den Kopf über die Frage, wo und wie man den im Bundesgebiet anfallenden Atommüll so beseitigen soll, dass sich keine schädlichen Auswirkungen ergeben“, konnte man am 5. März 1964 in der Wolfenbütteler Zeitung

lesen. Deshalb, so hieß es weiter, werde in Bonn jetzt ernstlich erwogen, das Salzbergwerk zur Atommüllgrube zu machen. Das Salzbergwerk Asse 2 stand damals kurz vor der Stilllegung. Andere Salzbergwerke in der Region waren längst abgesoffen. Entsprechend entsetzt waren die AnwohnerInnen. Zu gut wussten sie um Probleme wie Instabilität und Wasserzufluss und um die Existenz von stark wasserlöslichem Carnallit mitten im Steinsalz.

Sperrmüll von Hunderten Atomkraftwerken?

Erste Proteste zeigten zunächst Erfolg. Im Herbst 1964 lehnte der Kreistag die geplante Einlagerung einstimmig ab. Dennoch kaufte der Bund die Anlage und setzte im April 1967 unter Polizeischutz die Einlagerung durch. Aber auch wenn viele Menschen sich mit dem Atommüll arrangierten, verstummte die Kritik nie ganz. So konnte zum Beispiel die Einlagerung mittelradioaktiver Brennelemente aus dem Versuchsreaktor AVR Jülich verhindert werden.

Und schon 1978 legte ein Braunschweiger Wasserbauingenieur eine unabhängige Studie über die „Gefährdung der Biosphäre durch mangelnde Standsicherheit und das Ersaufen des Grubengebäudes“ vor, die exakt all jene Probleme beschrieb, die bis heute bei Asse 2 brisant sind. Nur wurden sie damals von Politik und Wissenschaft ebenso ins Reich der Fabel verwiesen wie die Kritik der AnwohnerInnen 1964.

1976 entschied der damalige niedersächsische Ministerpräsident Ernst Albrecht (CDU), dass sämtliche Anlagen zur Behandlung und Lagerung radioaktiver

Abfälle in einem „Nuklearen Entsorgungszentrum“ in Gorleben gebaut werden sollten. Dass er trotzdem mit Schacht Konrad einen zweiten Standort benannte, hatte einen einfachen Grund: Man ging damals davon aus, dass allein in Westdeutschland mehrere hundert Atomkraftwerke entstehen würden. Bei einer damals angenommenen Laufzeit von 15 Jahren wären ab Ende des Jahrhunderts große Mengen von Großkomponenten aus dem Abriss stillgelegter Reaktoren angefallen. Die sollten im Schacht Konrad eingelagert werden. Entscheidend für die Auswahl von Konrad war denn auch, dass der Schacht ein besonders breites Förderwerk hatte, nicht etwa geologische Kriterien.

Böse Überraschung

Gegen Konrad gab es von Beginn an Kritik und Widerstand von Bürgerinitiativen, vor allem aber und in wachsendem Maße aus Betrieb und Gewerkschaft. Als 1982 ein Planfeststellungsverfahren eingeleitet wurde, demonstrierten 10.000 Menschen. Als 1991 die Planunterlagen ausgelegt wurden, wurden 289.391 Einwendungen erhoben, die 1992/93 spektakuläre 75 Tage lang öffentlich erörtert wurden.

Allerdings waren inzwischen die Planungen für das Lager sehr konkret geworden. Angesichts der Verzögerungen in Gorleben und weil der prognostizierte Zubau von Atomkraftwerken ausblieb, sollte Konrad nun sämtliche Abfälle mit geringer Wärmeentwicklung aufnehmen.

Dass Konrad schließlich 2002 genehmigt wurde, war ein Ergebnis der rot-grünen Atomausstiegspolitik. Im Gegenzug für die Vereinbarung von Restlaufzeiten

für die Atommeiler hatten SPD und Grüne der Atomindustrie im damaligen Atomkonsens die zügige Genehmigung von Konrad versprochen – gleichzeitig aber darauf verwiesen, dass gegen die Genehmigung ja geklagt werden könne. Genau das taten Kommunen und stellvertretend die Landwirtsfamilie Traube – und erlebten eine böse Überraschung. Die Gerichte überprüften nicht die Sicherheit und Eignung der Anlage, sondern sprachen den Klägern rundheraus das Recht ab, diese Fragen überhaupt prüfen zu lassen.

Im Ergebnis hieß das: Bei der Planfeststellung eines Atommüllendlagers sollen AnwohnerInnen weniger Rechte haben als zum Beispiel im kommunalen Straßenbau. Wenn Politiker also heute behaupten, die Gerichte hätten die Sicherheit von Schacht Konrad bestätigt, ist das ein Schlag ins Gesicht der Menschen vor Ort, die für die Klagen sehr viel Geld aufgebracht und dabei dem rot-grünen Fingerzeig auf den Klageweg vertraut haben. Umso heftiger waren im vergangenen Jahr die Proteste, als das Konrad-Urteil vom Bundesverwaltungsgericht bestätigt wurde.

So viele Menschen wie nie zuvor beteiligten sich während des letzten Jahres an Protesten gegen Konrad. Bestärkt wird der Widerstand durch die akute Entwicklung in der Asse 2. Wie eng die beiden Standorte zusammenhängen, wird vielen Menschen erst jetzt deutlich, seit die Auseinandersetzung um die havarierte Altlast Asse 2 Wellen schlägt. „Das eine Fass kriegen sie nicht dicht“, schimpfte ein Protestler, „und hier wollen sie gleich daneben das nächste aufmachen.“

Atommüll fluten, damit er nicht absäuft

Seit 2001 hat der Betreiber GSF (heute Helmholtz-Zentrum München) die Probleme mit Asse 2 nach und nach zugegeben. Vorsichtig begann er mit Veranstaltungen, auf denen das Ausmaß der Probleme häppchenweise vorgestellt wurde. Das dann vorgelegte Schließungskonzept war von entwaffnender Schlichtheit: Der Atommüll soll geflutet werden, damit er nicht absäuft. Das leuchtete indes vielen Menschen nicht ein. So entstand die Forderung nach einem

„Optionsvergleich“, der vor allem auch die Alternative der Rückholung der in Asse 2 liegenden etwa 125.000 Atommüllfässer prüfen sollte. Dazu sei keine Zeit, meint der Betreiber heute alarmistisch, obwohl er genug Zeit gehabt hätte: Schließlich ist seit 1988 bekannt, dass täglich 11,5 Kubikmeter Wasser aus unbekanntem Quellen in Asse 2 eindringen. Inzwischen wurde Klage eingereicht mit dem Ziel, Asse 2 nach Atomrecht zu schließen, was eine verbindliche Beteiligung der Öffentlichkeit erfordern würde.

Anfang dieses Jahres wurde nach Forderungen aus der Kommunalpolitik ein sogenanntes Asse-2-Begleitgremium eingerichtet. Es soll die Interessen aus der Region bündeln und die erforderliche Öffentlichkeitsinformation sicherstellen. Drei unabhängige Wissenschaftler konnten für eine Arbeitsgruppe Optionsvergleich benannt werden. Ihr offizieller Auftrag ist aber zunächst nur, die Plausibilität des Flutungskonzepts zu überprüfen. Über diesen Begleitprozess kommt nach und nach in homöopathischen Dosen die Wahrheit über das Ausmaß der Katastrophe an die Öffentlichkeit. Doch während über die geplante Flutung des Asse-Atommülls noch diskutiert wird, wird sie unter Tage bereits durch massive Baumaßnahmen vorbereitet.

Gleich im Bodensee versenken?

Sollte sich die im Konrad-Verfahren entwickelte Rechtsprechung durchsetzen, wird die Benennung eines Standortes künftig zugleich auch dessen Genehmigung bedeuten. Eine konzeptionelle Abwägung durch die Genehmigungsbehörde gibt es dann ebenso wenig wie Eingriffsmöglichkeiten von Betroffenen. Eine schwere Hypothek für alle, die einem neuen Standortsuchverfahren das Wort reden.

Falls sich die Flutung des Atommülls in Asse 2 durchsetzen lässt, kann man in Zukunft auf jede weitere Sicherheitsdiskussion verzichten und den Atommüll genauso gut im Steinhuder Meer oder im Bodensee versenken. Politiker und Wissenschaftler, die in der Sicherheitsdiskussion wieder ernst genommen werden wollen, werden nicht

umhin kommen, das eklatante Missverhältnis zwischen „wissenschaftlicher Prognose“ und Wirklichkeit bei Asse 2 zu klären. Zumal ja Anwohner und Kritiker mit ihren Vorhersagen durchaus richtiglagen. Lag es an politischen Vorgaben, waren die Wissenschaftler schlichtweg gekauft oder war die Wissenschaft ein Zerrspiegel, der die Wissenschaftler daran gehindert hat, die banale Wirklichkeit zu erkennen?

Die Frage nach den Verantwortlichen

Angesichts der jüngsten dramatischen Entwicklung wurde am 9. Juni im Umweltausschuss des Landkreises Wolfenbüttel auch nach der Haftung der Verantwortlichen gefragt. Die Brisanz dieser Frage reicht weit über den Standort hinaus. Denn Personen wie der Clausthaler Universitätsprofessor Klaus Kühn haben nicht nur Asse 2 geplant, befürwortet und zu verantworten, sondern waren ebenso beim Endlagerprojekt in Gorleben tätig. Was ist von jemand, der sich bei Asse 2 geirrt hat oder die Umstände unter Umgehung der Wahrheit für zumutbar hielt, in Gorleben zu erwarten? Für den Herbst hat Bundesumweltminister Sigmar Gabriel zum Endlager-Hearing nach Berlin eingeladen. Die Erwartungen, dass es dabei Antworten auf diese Fragen gibt, sind begrenzt.

Im letzten Jahr haben die Atomkritiker an den vier bundesdeutschen Endlagerstandorten – neben Asse 2, Schacht Konrad und Gorleben ist auch Morsleben bei Magdeburg dabei – ihre Kooperation verstärkt. Sie wollen die real existierenden Erfahrungen ins Zentrum der Diskussion rücken, statt nur über spekulative Prognosen zu reden. Die Asse bringt's eben an den Tag.

Peter Dickel ist Vorstandsmitglied der Arbeitsgemeinschaft Schacht Konrad e.V. in Salzgitter. Er beschäftigt sich schon seit 1978 mit Asse 2 und Schacht Konrad.

Kontakt:
Tel. +49 (0)5341 / 9001-94,
Fax -95, E-Mail: dickel@
ag-schacht-konrad.de,
www.ag-schacht-konrad.de,
www.asse2.de



Natura 2000

Europas Natur, Europas Identität

EU-Naturschutz lässt wirtschaftliche Entwicklung zu und ist trotzdem ein voller Erfolg

Kritiker behaupten, der EU-Kommission sei mehr daran gelegen, Hamster zu schützen als Arbeitsplätze zu schaffen. Doch das europäische Schutzgebietsnetz Natura 2000 ist mit seiner reichen Vielfalt einer der bestimmenden Faktoren der europäischen Identität. Es erkennt wirtschaftliche Prämissen an und erweist der Natur seine Reverenz. Gesunde Ökosysteme haben einen hohen Wert – auch im Tatenhauser Wald. ■ VON STAVROS DIMAS, EU-UMWELTKOMMISSAR

Vom winddurchpeitschten Norden Schwedens bis zu den warmen Farben im Süden Italiens finden sich auf der Welt kaum so viele unterschiedliche Landschaften wie in Europa. Wir haben unsere Landschaften über Jahrhunderte gestaltet, und die Natur ihrerseits hat uns geprägt: unsere Geschichte, unsere Wirtschaft und unsere Kultur. Unsere Umwelt ist einer der bestimmenden Faktoren für unsere Identität, und die landschaftliche Vielfalt Europas spiegelt den kulturellen Reichtum seiner 27 Mitgliedstaaten wider. Wir feiern diese kulturelle Vielfalt und sollten auch die Vielgestaltigkeit unserer Natur feiern, die zu unserem Verständnis beiträgt, was es heißt, Europäer zu sein.

Natur als Lebensgrundlage

In Deutschland gab es, vielleicht noch mehr als in anderen EU-Ländern, immer ein enges Verhältnis von Kultur und Natur. Hierfür finden sich Beispiele in deutscher Literatur, Kunst und Philosophie. Aber Natur ist nicht nur Erbe. Natur ist auch – für uns vielleicht allzu oft selbstverständlich – Lebensgrundlage. Wälder, Wiesen und Moore reinigen Luft und Wasser. Wälder und Äcker liefern Nahrung, Holz und mehr. Bäume in Berggebieten und in Städten tragen zum Hochwasserschutz und zur Verhinderung der Bodenerosion bei, Insekten bestäuben die Pflanzen, und Wildflächen bieten Erholungsraum.

Natura 2000 ist inzwischen – mit 25.000 Gebieten in 27 Ländern und mit einer Fläche größer als das Amazonasbecken – das größte ökologische Netzwerk der Welt. Die hiermit geschaffene ökologische In-

frastruktur schützt zahlreiche wichtige Funktionen des Ökosystems und sorgt dafür, dass die natürlichen Gebiete Europas gesund und widerstandsfähig bleiben. Dank dieses Netzwerks können sich seltene Tiere wie Otter, Biber oder Wolf wieder in Gebieten ansiedeln, aus denen sie schon vor Jahrhunderten verschwunden waren. Außerdem schafft ein solches Netzwerk in einer zunehmend städtisch geprägten Gesellschaft wieder eine Verbindung zur Natur.

Natürlich gab es immer auch Kritiker dieser Erfolgsgeschichte. Das Netzwerk behindere den wirtschaftlichen Aufschwung, heißt es dann, und der Europäischen Kommission sei mehr daran gelegen, Hamster zu schützen als Arbeitsplätze zu schaffen. Doch ist dies eine grobe Verdrehung der Tatsachen, und ich glaube nicht, dass eine Mehrheit der Deutschen diese Meinung teilt.

Schutzmaßnahmen sind unentbehrlich

Die EU-Rechtsvorschriften, auf die sich Natura 2000 gründet, sehen den Menschen als untrennbaren Bestandteil der Umwelt. Sie gehen davon aus, dass eine normale wirtschaftliche Entwicklung, und damit der Bau von Straßen, Häusern oder Häfen, um nur einige zu nennen, weitergehen kann und muss. Jedes Natura-Gebiet wird von Wissenschaftlern aufgrund seiner Bedeutung für bestimmte gefährdete Arten oder Lebensräume ausgewählt. Diese Gebiete umspannen die empfindlichsten Habitate Europas, und hier sind Schutzmaßnahmen gegen ein zügelloses Wachstum unentbehrlich. Die EU-Vorschriften verlangen daher, dass jedes neue Vorhaben in

oder nahe einem Natura-Gebiet auf seine Umweltfolgen geprüft und sichergestellt werden muss, dass der ökologische Wert des Gebiets nicht gemindert wird. Es können aber Ausnahmegenehmigungen erteilt werden, wenn das Vorhaben von überwiegend öffentlichem Interesse ist.

In besonderen Fällen muss ein Mitgliedstaat die Meinung der Europäischen Kommission in Brüssel einholen, bevor er für ein Vorhaben, das ein Natura-2000-Gebiet belastet, grünes Licht erteilt. Um jedoch eine korrekte Vorstellung von der Größenordnung zu vermitteln: Bisher musste sich die EU-Kommission erst in elf Fällen mit solchen Anfragen befassen, von denen sechs aus Deutschland kamen, und lediglich ein einziges Mal gab sie eine negative Stellungnahme ab.

Beispiel Bundesverkehrswegeplan

Der Bundesverkehrswegeplan 2003 zum Beispiel sah 2.600 Projekte vor. Die Vereinbarkeit jedes einzelnen Projekts mit dem EU-Recht musste geprüft werden, und dies ging erstaunlich reibungslos. Es stellte sich heraus, dass 1.600 Projekte völlig problemlos waren, 800 hingegen etwas näher angeschaut werden mussten. Lediglich 350 Projekte wurden als stark umweltgefährdend eingestuft und erforderten einen umfassenden naturschutzbezogenen Planungsauftrag. Es wurden schnell annehmbare Lösungen gefunden, selbst für so kontroverse und ökologisch problematische Vorhaben wie die Nordumfahrung Hamburg über die A20 und die A33 durch den Tatenhauser Wald. Ein weiteres Beispiel für eine ausgewogene Berücksichtigung verkehrs- und umweltpolitischer

Aspekte ist der Ausbau des Frankfurter Flughafens.

Der Wert der Natur

Das Natura-Netzwerk ist flexibel und erkennt die Bedeutung wirtschaftlicher Prämissen an. Aber wir sollten auch der Umwelt unsere Reverenz erweisen und den hohen Wert eines naturbelassenen, gesunden und robusten Ökosystems schätzen lernen. Die wirtschaftlichen Argumente für den Naturschutz werden langsam zum Gemeingut, doch noch ist dieser Gedanke neu, und es sind weitere Anstrengungen erforderlich. Deshalb habe ich zusammen mit Sigmar Gabriel eine Studie angeregt, die auf die wirtschaftlichen Vorteile biologischer Vielfalt aufmerksam machen und die Kosten des Artenverlusts und der Verschlechterung der Ökosysteme nachweisen

soll. Leiter der Studie ist Pavan Sukhdev, Manager der Deutschen Bank, und die ersten Ergebnisse wurden in Bonn auf der Vertragsstaatenkonferenz der Konvention über die biologische Vielfalt vorgestellt. Die Botschaft ist klar – die weitere Vernachlässigung solcher Überlegungen geht deutlich zu unseren Lasten.

Einbeziehung der Meere

Die Aufnahme von Flächen in das Natura-2000-Netzwerk ist bald abgeschlossen. Als nächster großer Schritt sollen in den kommenden Jahren Meeresgebiete einbezogen werden. Nach der Vervollständigung wird das Netzwerk eine solide Grundlage für die Bekämpfung des Artenverlusts und die Erhaltung der natürlichen Ökosysteme bilden – und damit für unseren Wohlstand und unsere Zukunft.

Wenn wir die Zeitung öffnen, warnen uns Umweltschlagzeilen meistens vor dem drohenden Unheil. Aber Natura 2000 ist ein voller Erfolg: Nahezu 20 Prozent der Landmasse Europas sind inzwischen geschützt – ein beachtliches Ergebnis. Besuchen Sie doch einmal www.bfn.de und lernen Sie die 5.000 deutschen Schutzgebiete besser kennen. Sie können auf diesen Seiten Einzelheiten zu Natura 2000 in Ihrer Nachbarschaft erfahren. Denn das Netzwerk wurde auch für Sie geschaffen – ebenso wie für Ihre Kinder und Enkel.

Der gebürtige Grieche Stavros Dimas ist seit 2004 EU-Kommissar für Umwelt.

Kontakt: Tel. +32 (0)2 / 2992205, E-Mail: envinfo@ec.europa.eu



Wirtschaft

Was kostet ein Korallenriff?

Öko-Nomie: Das natürliche Kapital der Erde soll in Zahlen ausgedrückt werden

Bisher waren die Leistungen der Ökosysteme eine Selbstverständlichkeit. Doch ihre Ausbeutung stößt an die natürlichen Grenzen. Der Ökonom Pavan Sukhdev soll die globalen Auswirkungen des Artenverlustes beziffern. Erste Ergebnisse dieses „Stern-Reports der Biodiversität“ liegen nun vor. ■ VON MARKUS SCHAUER, BUNDESUMWELTMINISTERIUM

Die biologische Vielfalt repräsentiert das natürliche Kapital der Erde und bildet die Basis für das Überleben der Menschheit. Biodiversität ist aber auch Grundlage für Wohlstand und wirtschaftliche Entwicklung. Zahlreiche Leistungen stellt die Natur zur Verfügung: Nahrungsmittel, Brennstoffe, sauberes Wasser, gesunde Böden, Schutz vor Überschwemmungen, Schutz gegen Bodenerosion, Arzneimittel, Kohlenstoffspeicherung im Kampf gegen den Klimawandel und noch viele andere. Obwohl unser Wohlergehen vollkommen von diesen „ökosystemaren Dienstleistungen“ abhängig ist, sind sie öffentliche Güter ohne Märkte und ohne Preise; deshalb werden sie von unserem „Wirtschaftskompass“ oft nicht wahrge-

nommen. Aus diesem Grund haben das Bundesumweltministerium (BMU) und die Europäische Kommission eine Studie initiiert, die die ökonomischen Kosten des Verlusts der biologischen Vielfalt berechnet und die ökonomische Bedeutung der Biodiversität deutlich macht. Grundlage dafür waren die Gespräche der G8+5-Umweltminister im letzten Jahr in Potsdam.

Zwischen Ökonomie und Ethik

Der erste Zwischenbericht dieser Studie, die den Titel „The Economics of Ecosystems and Biodiversity“ (TEEB) trägt, wurde am 29. Mai auf dem UN-Biodiversitätsgipfel in Bonn von Pavan Sukhdev vorgestellt. Der Leiter des Projekts ist Manager der Deut-

schen Bank und hat mit ähnlichen Untersuchungen in Indien bereits für Aufsehen gesorgt.

Eine interdisziplinäre Arbeitsgruppe mit Partnern aus verschiedenen Staaten und internationalen Organisationen sowie unabhängigen Experten aus aller Welt betrachtete in der ersten Phase der Studie die globalen Auswirkungen des Verlusts der Biodiversität. Dabei war den beteiligten Ökonomen und Ökologen klar, dass Ethik und Ökonomie zwei Seiten einer Medaille sind. Ethische Entscheidungsprozesse sind so tief in die Bausteine unserer ökonomischen Modelle eingewurzelt, dass wir uns ihrer nicht mehr bewusst sind. Den Autoren der Studie ging es somit darum, ethische Entscheidungen insbesondere

zwischen heutigen und künftigen Generationen und zwischen Völkern in verschiedenen Teilen der Erde mit ökonomischen Argumenten zu unterlegen.

Wert ist nicht gleich Wert

Allein in Indien sind 550 Millionen Menschen für ihre Ernährung und die tägliche Daseinsvorsorge von intakten Ökosystemen unmittelbar und existenziell abhängig. Hieran zeigt sich, wie diffizil eine

globale ökonomische Bewertung ist: Das, was hinter einem Dollar als Wert einer Naturdienstleistung steht, ist für einen Menschen, der in Indien an der Grenze des Existenzminimums lebt, ungleich wertvoller als für jemanden, der in Deutschland wohnt.

Auch bei der Betrachtung der weltweiten Fischerei offenbarte sich: Die Vernichtung biologischer Vielfalt wird zuallererst und existenziell die Armen treffen. Bei der Fortsetzung des gegenwärtigen Raubbaus in den Weltmeeren wird ab der Mitte dieses Jahrhunderts keine kommerzielle Meeresfischerei mehr möglich sein, weil die Bestände dann zusammengebrochen sein werden. Eine Milliarde der ärmsten Menschen der Welt, die fast ausschließlich auf Fischprotein als Ernährungsbasis angewiesen sind, werden noch ernstere gesundheitliche Probleme bekommen.

Knallharte ökonomische Logik

Ziel der Studie ist es aber auch, den Verantwortlichen aus der Wirtschaft, die mit ihren täglichen Entscheidungen über die Lebensvielfalt auf unserem Planeten mitentscheiden, zeigen zu können, dass der Schutz der Natur auch eine knallharte ökonomische Logik hat. Anhand verschiedener Beispiele zeigt TEEB auf, wie wirtschaftlich wertvoll die natürlichen Dienstleistungen in Euro und US-Dollar gerechnet sind. Im Vergleich mit wichtigen Industriesektoren wird dies sehr deutlich: In den 100.000 Naturschutzgebieten, die elf Prozent der Landfläche der Erde bedecken, werden Ökosystemleistungen im Wert von 4,4 bis 5,2 Billionen US-Dollar pro Jahr „erwirtschaftet“. Das ist deutlich mehr als die Umsätze des weltweiten Automobilsektors, des Stahlsektors und des IT-Dienstleistungssektors zusammen! Eine Investition in den Erhalt dieser „natürlichen Dienstleistungen“ ist ein gutes Geschäft für unsere Gesellschaft.

Die freie Verfügbarkeit der Leistungen der Natur hat uns zu lange dazu verleitet anzunehmen, dass sie auch keinen Wert haben. In der Logik unserer traditionellen Ökonomien wird damit die Natur beinahe zwangsläufig übernutzt und es zeigt sich,

dass unser ökonomischer Kompass defekt ist. Die TEEB-Studie will aber nicht nur auf den Wertverlust hinweisen, der durch die schwindende Biodiversität entsteht. Sie stellt auch Beispiele vor, wie man es besser machen kann. In einer Reihe von Ländern werden bereits einige vielversprechende Politikansätze erprobt, die Nachahungsmöglichkeiten auf globaler Ebene bieten. Dazu gehören die International Payments for Ecosystem Services in Costa Rica, das Habitat Banking in den USA und Programme zur Aufteilung der Einnahmen aus Schutzgebieten in Uganda.

Ein „Werkzeugkoffer“ entsteht

Damit solche neuen Methoden in vielen Ländern funktionieren können, müssen neue Märkte geschaffen und politische Instrumente neu ausgerichtet werden. Die Vorteile aus der Erhaltung der Biodiversität müssen gerechter aufgeteilt, Kosten und Nutzen ökosystemarer Dienstleistungen ökonomisch voll angerechnet werden. Ein ökonomischer „Werkzeugkoffer“, mit dem Entscheidungsträger die genannten Ansätze in die Tat umsetzen können, wird in der zweiten Phase von TEEB erstellt werden.

Hierdurch soll es PolitikerInnen, lokalen Entscheidungsträgern, Unternehmen und auch Individuen ermöglicht werden, den Einfluss, den ihre Handlungen auf die biologische Vielfalt haben, ökonomisch zu bewerten. VertreterInnen dieser Gruppen werden interdisziplinär mit Ökonomen und Ökologen in der zweiten Phase der Studie zusammenarbeiten.

Weitere Zwischenergebnisse der Untersuchungen sollen auf verschiedenen internationalen Veranstaltungen präsentiert werden.

Mark Schauer ist Referent in der Arbeitsgruppe Internationaler Naturschutz im Bundesumweltministerium in Bonn. Er ist zuständig für die Koordinierung des deutschen Beitrags zur TEEB-Studie.

Kontakt:
Tel. +49 (0)228 / 993052692
E-Mail:
mark.schauer@bmu.bund.de



Die TEEB-Studie

Die Studie „Die Ökonomie von Ökosystemen und der Biodiversität“ (The Economics of Ecosystems and Biodiversity – TEEB) soll erstmals den globalen Wert der Natur bemessen und die finanziellen Folgen ihrer Zerstörung ermitteln. Vorbild ist der Bericht des britischen Ökonomen Nicholas Stern zu den wirtschaftlichen Kosten des Klimawandels. Durch den im Oktober 2006 veröffentlichten „Stern-Report“ bekam die internationale Klimapolitik neuen Schwung.

Mit dem Zwischenbericht der TEEB-Studie endete die erste Phase. Der Abschlussbericht soll auf der nächsten Vertragstaatenkonferenz (COP 10) vorgelegt werden, EU-Umweltkommissar Stavros Dimas wird schon 2009 einige Ergebnisse vorstellen. Für einzelne Ökosysteme enthält der Zwischenbericht bereits Schätzungen. So wird es schon bis zum Jahr 2050 rund sechs Prozent des Weltsozialproduktes kosten, wenn die Wälder weiter in der gleichen Geschwindigkeit zerstört werden. Korallenriffe hingegen seien in ihrer Funktion als Kinderstube vieler Arten Grundlage für neun bis zwölf Prozent der weltweiten Fischerei. Dazu kommt der bisher unbekannte Wert für die potenzielle medizinische Nutzung der artenreichen Riffe, der jährliche Wert für den Tourismus von bis zu 2.700 US-Dollar pro Hektar und der Wert für den Küstenschutz (bis zu 1.100 Dollar pro Hektar). Insgesamt wird der jährliche finanzielle Nutzen eines Hektars Korallenriff auf bis zu 6.000 US-Dollar geschätzt. Die Kosten, um ein solches Gebiet zu schützen, machen nur einen Bruchteil eines Prozents davon aus. [bv]

ABFALL, CHEMIE & EMISSIONEN

EU-Abfallrahmenrichtlinie

Schwacher Kompromiss

■ Das EU-Parlament hat im Juni in zweiter Lesung einem Kompromissvorschlag für neue Abfallregelungen zugestimmt, den die britische Berichterstatterin Caroline Jackson (Konservative) mit VertreterInnen von EU-Ministerrat und -Kommission ausgehandelt hatte. Die überarbeitete Abfallrahmenrichtlinie sieht vor, dass alle EU-Mitgliedstaaten bis 2015 getrennte Sammlungen einrichten und ab 2020 mindestens 50 Prozent der Glas-, Papier-, Plastik- und Metallabfälle aus dem Hausmüll wiederverwenden oder recyceln müssen. Für Bauschutt und Abbruchabfälle werden 70 Prozent verlangt. Für Staaten mit ungenügender Infrastruktur soll es Übergangsfristen bis 2025 geben. Die Zustimmung des EU-Ministerrats gilt nun als Formsache. Damit kann das Gesetz Ende 2008 in Kraft treten.

Umweltverbände zeigten sich „tief enttäuscht“, denn in der ersten Lesung hatte das Parlament noch strengere Recyclingziele und verbindliche Ziele für Abfallvermeidung gefordert. Darüber werde nun erst 2014 wieder gesprochen. Das Europäische Umweltbüro (EEB) und Friends of the Earth Europe kritisierten außerdem, dass die weichen Formulierungen in dem Kompromiss der Dringlichkeit von Klima- und Ressourcenschutz nicht gerecht würden.

Besonders die Umdefinition einiger Arten der Abfallverbrennung ist den Verbänden ein Dorn im Auge: Müllverbrennungsanlagen können künftig als energetische Verwertungsanlagen anerkannt werden, wenn sie über eine Energieeffizienz von 65 Prozent bei Neuanlagen und 60 Prozent bei Altanlagen verfügen. Müllverbrennung sei ein Klimaproblem und nicht dessen Lösung, kritisierten die Umweltverbände. Sie sei unflexibel, teuer und könne Recyclingquoten untergraben. Auch die Definition von „Beiprodukten“ sei zu kritisieren. Damit fielen Stoffe aus der Abfallmanagementkontrolle heraus.

EU-weit liegt die Recyclingquote bisher bei 33 Prozent. Einige Länder kippen nach wie vor 90 Prozent des Mülls auf Deponien. Insofern sind die ersten verbindlichen EU-Recyclingziele ein Fortschritt. Nach Darstellung der Deutschen Gesellschaft für Abfallwirtschaft (DGAW) erfüllt Deutschland die Ziele bereits: Die Recyclingquote liege beim Siedlungsabfall über 60 Prozent, auch die 70 Prozent beim Bauschutt seien fast erreicht.

Der Bundesverband Sekundärrohstoffe (BVSE) begrüßte das Ergebnis prinzipiell, hatte sich aber bei den Recyclingzielen mehr erhofft. Man befürchte, dass gerade die Mitgliedstaaten, die Nachholbedarf hätten, nicht genügend Anreize bekämen, sich anzustrengen. [jg]

- ▶ EEB, Nathalie Cliquot, Brüssel, Tel. +32 (0)2 / 2891097, E-Mail: nathalie.cliquot@eeb.org, www.eeb.org
- ▶ EU-Gesetzgebungsverfahren: www.kurzlink.de/mitentscheidung

Kühlgeräte**Deutschland unterentwickelt**

■ Die mangelhafte Entsorgung ausrangierter Kühlgeräte in Deutschland belastet die Atmosphäre weit über das technisch unvermeidbare Maß hinaus. Das kritisierte die Deutsche Umwelthilfe (DUH) im Mai. Besonders die hohe Zahl „schrottreifer“ Kühl- und Gefriergeräte aus den 1980er- und 90er-Jahren, in denen noch die heute verbotenen, klimaschädlichen Fluorchlorkohlenwasserstoffe (FCKW) stecken, heizen die Atmosphäre auf. Im Jahr 2006 sind laut DUH-Recherche erneut weniger als die Hälfte der FCKW-haltigen Kühl- und Schäumungsmittel aus Kühlgeräten kontrolliert entnommen und entsorgt worden. Jährlich würden 3,1 Millionen Tonnen CO₂ unnötig in die Atmosphäre abgeben. Gegenüber den Vorjahren sei praktisch kein Fortschritt erkennbar. Deutschland sei hier Schlusslicht in Europa.

Als Stand der Technik gelten laut DUH mindestens 90 Prozent schadlose FCKW-Entsorgung, die in anderen EU-Staaten wie

Österreich oder Luxemburg auch erreicht würden. In Deutschland laufen noch etwa 30 Millionen FCKW-Kühlschränke.

In einem neuen Bericht zur Umsetzung des Montrealer Protokolls zum Schutz der Ozonschicht fordern die Vereinten Nationen Staaten mit unterentwickelter Infrastruktur auf, sich im Umgang mit Ozon schädigenden Substanzen auf wichtige Bereiche zu konzentrieren. Genannt werden neben Müllhalden auch Kühlgeräte. Der Bericht rät notfalls zum Export der Altgeräte. [jg]

- ▶ DUH, Maria Elander, Projekt Kreislaufwirtschaft, Berlin, Tel. +49 (0)160 / 5337376, E-Mail: elander@duh.de, www.duh.de (Projekte)
- ▶ UNEP-Studie: www.kurzlink.de/unep-ozon

Schiffsabwrackung**Alte Tanker zur Entgiftung**

■ Umweltverbände haben erstritten, dass ein ausrangierter Chemietanker vor der Abwrackung entgiftet werden muss. Die in den Niederlanden ankernde „Otapan“ musste erst gesäubert und von den schlimmsten Giftstoffen befreit werden, bevor sie ihre Reise ins türkische Aliaga antrat. Damit trug die niederländische Regierung auf monatelangen Druck von Nichtregierungsorganisationen zur Durchsetzung internationaler Vereinbarungen bei, die als „Otapan-Prinzipien“ in die Geschichte eingehen könnten. Die Umweltverbände forderten außerdem, dass der Schiffseigner der Regierung die 4,5 Millionen Euro Entsorgungskosten zurückerstatten muss.

Die für den Fall herangezogene Baseler Konvention regelt die grenzüberschreitende Verbringung gefährlicher Abfälle und ihre Entsorgung. Alte Schiffe werden meist nicht als Müll, sondern unter fragwürdigen Deklarierungen in ferne Länder verschickt, um dort abgewrackt zu werden. Oft wird diese Arbeit unter extremen Bedingungen ohne jegliche soziale und ökologische Standards erledigt. [jg]

- ▶ www.shipbreakingplatform.com

Luftverschmutzung**Weniger Dreck ist billiger**

■ Weniger Schwefeldioxid (SO₂) und Stickoxide (NO_x) aus Europas größten Fabrikschornsteinen könnte entscheidend für die Gesundheit der EuropäerInnen sein. Das ergab eine Studie der in Schweden ansässigen Nichtregierungsorganisation Acid Rain und des Europäischen Umweltbüros (EEB). Sie rechnet vor, dass die Gewinne für den Gesundheitsschutz dreimal so hoch wie die Kosten zur Emissionsreduktion sind. Technisch sei bei den 100 größten Kraftwerken in der EU eine Verringerung der Emissionen von SO₂ um 40 und von NO_x um zehn Prozent möglich. Luftverschmutzung führt oft zu Atemwegs- und Herz-Kreislauf-Erkrankungen.

Die Verbände hoffen, dass die EU ihre Studie bei der zurzeit stattfindenden Neuregelung der IVU-Richtlinie zur integrierten Vermeidung und Verminderung der Umweltverschmutzung beachtet. Sie fordern die verbindliche Anwendung der besten verfügbaren Technik. Dies gilt als einer der politischen Knackpunkte bei der Revision der Richtlinie. [jg]

► www.acidrain.org

Nanotechnologie**Nanoröhrchen wie Asbest?**

■ Eine neue Studie der Universität Edinburgh belegt, dass lange Kohlenstoffnanoröhrchen im Körper von Mäusen die gleichen schädlichen Effekte haben wie Asbestfasern. Die langen Zylinder aus den nur atomdicken Graphiten erzeugten in Lungengewebszellen ähnliche Veränderungen wie künstliche Mineralfasern. Der vor etwa 20 Jahren erfundene neue Werkstoff auf Basis winzigkleiner Partikel ist fester als Stahl und leichter als Kunststoff und gilt als „Wunderwerkstoff“. In der Studie wurde nur die Fasereigenschaft untersucht und nicht auf andere mögliche Gesundheitsgefahren eingegangen. Das Ergebnis gilt auch nur für lange dünne Röhrchen, nicht für kleinere und gebogene.

Die EU-Kommission hat Mitte Juni einen „Dialog“ über Nanotechnologie gestartet, der im Laufe des Jahres auch für BürgerInnen geöffnet werden soll. Bisher gibt es keine EU-Regelungen für Nanotechnologie, nur einen Aktionsplan, einen freiwilligen Verhaltenskodex und verschiedene Beteiligungen der EU in internationalen Gremien wie der OECD. [jg]

- www.nanotechproject.org/news/archive/mwcnt
- OECD: www.oecd.org/sti/nano
- EU-Kommission: www.europa.eu/rapid/ (Reference IP/08/947)

Mobilfunkstrahlung**Handys doch harmlos?**

■ Das vom Bundesumweltministerium (BMU) 2002 in Auftrag gegebene Deutsche Mobilfunkforschungsprogramm kommt zu dem Schluss, dass die Grenzwerte für elektromagnetische Strahlung ausreichen. Das Sechsjahresprogramm wurde mit je 8,5 Millionen Euro vom BMU und den Mobilfunk-Netzbetreibern finanziert. Die Studie, die im Juni vorgestellt wurde, fand keinen Zusammenhang zwischen elektromagnetischen Feldern und Gesundheitsbeschwerden wie Kopfschmerzen oder Schlafstörungen. Nicht untersucht wurden Langzeitfolgen und die Wirkung auf Kinder. Dafür will die Bundesregierung nun jährlich eine halbe Million Euro ausgeben. Der Umweltverband BUND forderte weitergehende Forschungsanstrengungen.

Dass das Bundesamt für Strahlenschutz (BfS) aus Vorsorgegründen zur Verringerung der Strahlungsbelastung rät, macht die anhaltende Unsicherheit bei dem Thema deutlich. Laut dem Bioinitiative-Report, einer internationalen Studie, steigt das Krebsrisiko bei langfristiger Mobilfunknutzung um 20 bis 200 Prozent an. Das BfS kritisiert wiederum wissenschaftliche Mängel am Bioinitiative-Report. [io]

- BUND, Mobilfunkexperte Bernd Rainer Müller, Lage/Lippe, Tel. +49 (0)5232 / 929045
- www.bfs.de
- www.bioinitiative.org

Kinder**Bleierne Gedanken**

■ Blei schädigt das Gehirn dauerhaft und Jungen reagieren stärker als Mädchen auf das Schwermetall. Das zeigten US-Forscher um Kim Cecil vom Cincinnati Children's Environmental Health Center in einer Studie. Kinder sind demnach zwar nur geringer Bleibelastung etwa durch bleihaltige Wasserleitungen ausgesetzt. Allerdings könne selbst diese schon zu einer Schädigung von Gehirnregionen führen, die für die Persönlichkeitsentwicklung und die Gefühlskontrolle sowie für die Steuerung der Feinmotorik zuständig sind. [io]

► Berliner Zeitung, 28.05.2008, Sabine Behrends

Quecksilber**EU beschließt Exportverbot**

■ In der zweiten Lesung hat das Europäische Parlament Ende Mai für ein Quecksilber-Exportverbot gestimmt. Der Kompromiss war zuvor mit der EU-Kommission und den Umweltministern der Mitgliedstaaten abgestimmt worden. „Die Vernunft hat am Ende gesiegt“, sagte Elena Lymberidi-Settimo von der Kampagne Zero Mercury des Europäischen Umweltbüros (EEB). Der Kompromiss sieht vor, dass ab dem 15. März 2011 kein metallisches Quecksilber mehr aus der EU ausgeführt werden darf. Der Deutsche Naturschutzring (DNR) sowie europäische Umwelt- und Gesundheitsorganisationen begrüßten die Regelung.

Ein generelles Exportverbot für Verbundstoffe, wie es das Parlament gefordert hatte, kam allerdings nicht zustande. Stattdessen sind die wichtigsten Stoffe – Zinnabarit, Kalomel und Quecksilberoxid – benannt. Über ein Ausfuhrverbot dieser Güter sowie über ein Importverbot für Quecksilber soll erst bei der Revision 2013 entschieden werden. [fn]

- DNR, Quecksilberexperte Florian Noto, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 6781775-84, Fax -80, E-Mail: florian.noto@dnr.de, www.quecksilber.wordpress.com

GLOBALISIERUNG & EINE WELT

Ökologischer Fußabdruck

ChinesInnen holen rasant auf

■ China verbraucht bereits doppelt so viel Ressourcen wie die Erde vertragen kann. Laut einer WWF-Studie hat sich sein ökologischer Fußabdruck von 1960 bis 2003 verdoppelt. Untersucht wurden CO₂-Emissionen, Flächenfraß, Atom Müll und Holzverbrauch. Durchschnittlich verbraucht jeder Chinese 1,6 Hektar Land. Der Wert liegt zwar unter dem globalen Schnitt von 2,2 Hektar und deutlich unter dem Verbrauch der Bundesbürger (sechs Hektar), steigt aber schnell an. Die ökologischen Folgen seien schon sichtbar, mahnt der WWF und hofft auf eine Umstellung des Lebensstils – in China und weltweit. [ms]

► www.wwf.de/china

Rüstung

Rekord bei Militärausgaben

■ Weltweit haben die Staaten im Jahr 2007 so viel Geld für militärische Rüstung ausgegeben wie nie zuvor. Das Friedensforschungsinstitut Sipri in Stockholm beziffert die Gesamtsumme auf über 1,3 Billionen US-Dollar. Damit wurden 2,5 Prozent des Weltinlandsprodukts für Rüstung ausgegeben – 202 US-Dollar pro Person. Einsamer Spitzenreiter sind die USA mit 45 Prozent oder 547 Milliarden US-Dollar. Auf den weiteren Plätzen folgen Großbritannien, China, Frankreich und Japan. Deutschland belegt mit 23,7 Milliarden Dollar Rang sechs der Liste. Bei den Rüstungsexporten ist Deutschland mit etwa zehn Prozent Marktanteil jedoch Dritter.

Bedenklich findet das Sipri die deutliche Steigerung der Ausgaben in den letzten Jahren. Allein im Vergleich zum Vorjahr seien die Werte um sechs Prozent gestiegen, heißt es im Sipri-Jahrbuch 2007. Am

stärksten hätten die osteuropäischen Staaten ihre Militärausgaben erhöht – allein im letzten Jahrzehnt um 162 Prozent. Den geringsten Anstieg verzeichnete Westeuropa mit sechs Prozent in demselben Zeitraum, allerdings auf hohem Niveau.

Währenddessen warnt der Arbeitskreis Alternative Naturwissenschaften davor, dass durch den Einsatz von Nanotechnologie ein neuer Rüstungswettlauf entstehen könnte. Allein in den USA würden die Forschungsgelder für Nanotechnologieprojekte zu 30 Prozent in den Militärsektor fließen. Mithilfe der Technologie könnten sowohl alte Waffensysteme verbessert als auch völlig neue Systeme mit unabsehbaren Folgen für Mensch und Umwelt entwickelt werden. Bestehende Rüstungskontrollabkommen seien daher durch nanotechnologie-spezifische Aspekte zu ergänzen. [ms]

► www.sipri.org

► www.ak-anna.org/nanorisiken

**Wie nachhaltig ist die Chemie heute?**

Wo sind mittelfristig durch technologische Innovationen große Umweltentlastungspotenziale zu realisieren und wo liegen die drängendsten Herausforderungen? Diese Fragen wurden im Rahmen der 13. Internationalen Sommerakademie der Deutschen Bundesstiftung Umwelt erörtert. Entlang der Lebenskette eines Produkts wurde der Diskurs mit hoch-

karätigen Referenten und einem interdisziplinären Publikum geführt.

Die Beiträge liefern einen aktuellen Überblick über Nachhaltigkeit in der Chemie auch für fachlich interessierte Laien aus den Bereichen Wirtschaft, Wissenschaft und Politik.

Nachhaltigkeit in der Chemie

13. Internationale Sommerakademie
St. Marienthal

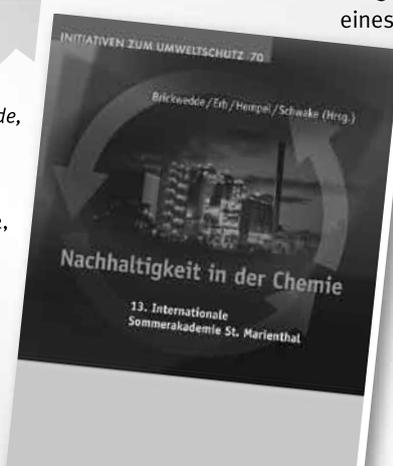
Herausgegeben von Dr.-Ing. E. h. Fritz Brickwedde,
Dr. Rainer Erb, Dr. Maximilian Hempel
und Dr. Michael Schwake

2008, VIII, 372 Seiten, mit zahlreichen Abbildungen, Euro (D) 39,80, ISBN 978 3 503 11003 2,
Initiativen zum Umweltschutz, Band 70

Weitere Informationen zum Werk online
unter www.ESV.info / 978 3 503 11003 2

Erich Schmidt Verlag GmbH & Co.

Genthiner Str. 30G · 10785 Berlin
Fax 030/25 00 85-275 · ESV@ESVmedien.de
Tel.: 030/25 00 85-265 · www.ESV.info



ESV

ERICH SCHMIDT VERLAG

„Die Umweltbewegung sollte wieder mehr auf den Druck von unten setzen“

Vor zehn Jahren entstand Attac. Das globalisierungskritische Netzwerk hat heute ein ähnliches Problem wie die Umweltverbände: Seine Forderungen sind in aller Munde, aber zu wenige handeln danach. Doch der Widerstand gegen Atomkraft oder Gentechnik zeigt: Bewegungen können erfolgreich sein, wenn sie zivilen Ungehorsam mit alternativem Expertenwissen und dessen breiter Vermittlung verbinden. Ein Gespräch mit Attac-Mitbegründerin und Umweltaktivistin Jutta Sundermann.

Zehn Jahre Attac, herzlichen Glückwunsch! Aber was gibt es denn überhaupt zu feiern, zum Beispiel im Bereich Umweltschutz?

Man muss die Feste feiern, wie sie fallen. Wir freuen uns über das große internationale Attac-Netzwerk und darüber, dass so viele Aktive kein bisschen müde sind. Attac hat etliche Erfolge vorzuweisen. Zum Beispiel die Aufdeckung der geheimen Verhandlungen über das WTO-Dienstleistungsabkommen, die Verhinderung des Verkaufs der Frankfurter U-Bahn oder der Leipziger Stadtwerke. Vor allem aber haben wir viel zu der dringend notwendigen Globalisierungsdebatte beigetragen. Als es vor zehn Jahren losging, haben sich viele zum ersten Mal mit der Kritik an der Welthandelsorganisation WTO oder an den internationalen Finanzmärkten befasst. Heute ist viel mehr Menschen als 1998 klar, was die Vorfahrt für Konzerne in allen Bereichen wirklich bedeutet. Bei jedem dieser zentralen Themenfelder ist auch die Umwelt betroffen. Auch Attac kann nicht zaubern, aber ohne das Wissen um internationale Handelsregeln, die wichtige Erfolge der Umweltbewegung mit einem Wisch zunichtemachen, ist Umweltschutz in der globalisierten Welt gar nicht mehr möglich.

Attac-Forderungen sind heute Mainstream: Horst Köhler will die Finanzmärkte zügeln, deutsche Kommunen kaufen ihre Stadtwerke zurück. Sollte sich da Attac nicht eigentlich auflösen?

Wir haben ein ähnliches Problem wie einst die Umweltbewegung: Unser Thema ist in der Mitte der Gesellschaft angekommen, geändert hat sich aber meist nur die Rhetorik. Attac bleibt also notwendig. Und es bleibt spannend, denn es knirscht längst im neoliberalen Gebälk. Zu viele Versprechen haben sich als Lügen erwiesen.

Sie kommen aus der Umweltbewegung. Warum sind Sie heute bei Attac und nicht bei einer großen Umweltorganisation?

Ich war in der Naturschutzjugend aktiv, in Hessen und bundesweit. Schon damals war mir der Blick über den Tellerrand sehr wichtig und der Verband zu eng. Ich mag „Bewegung“ mehr als „Verband“ und finde die

Gratwanderung von Attac zwischen diesen Daseinsformen sehr spannend. In meiner Umweltschutzarbeit bekam ich bei wichtigen Forderungen oft die Antwort: „Das geht nicht – schon wegen der Globalisierung.“ Deshalb glaube ich, im Umweltschutz lässt sich kein Thema bearbeiten, ohne nach dem Wirtschaftssystem, nach Machtverhältnissen und gesellschaftlichen Alternativen zu fragen. Ich befasse mich auch bei Attac mit Landwirtschaft und Gentechnik, mit Patenten auf Leben, mit den ökologischen und sozialen Auswirkungen der Discounter, mit Stromkonzernen und Energiewende. Der Umweltbewegung bin ich also gar nicht verloren gegangen.

Wie haben sich die Attac-Umweltnetzwerke wie die Öko-AG oder das Agrarnetz entwickelt?

Wie andere überregionale Arbeitszusammenhänge auch: Einige Leute wollten das aufbauen, haben Gleichgesinnte gefunden und losgelegt. Das Agrarnetz entstand zum Beispiel nach einem tollen Seminar auf einer Attac-Sommerakademie. Die AG Globalisierung und Ökologie ist immer dann besonders aktiv, wenn der große Umweltkongress McPlanet ins Haus steht, den wir unter anderem zusammen mit dem BUND und Greenpeace durchführen.

Was wünschen sich Attac-Aktive von der Umweltbewegung?

Wir dürfen uns was wünschen? Fein – dann hätte ich gern noch mehr lebendigen Austausch. Gemeinsame Projekte, wo es passt, gegenseitige Unterstützung und Information, wo es weiterhilft. Das gibt es auch schon oft und das ist prima! Ich freue mich über alle, die sich mutig einmischen. Da habe ich viel von der Bewegung gegen Atomkraft und gegen Gentechnik gelernt. Davon brauchen wir noch mehr. Meine Lieblings-Umweltbewegung bringt eine gesunde Portion zivilen Ungehorsam zusammen mit weiterhin hervorragender Expertise, die auch in die Breite vermittelt wird.

Zuletzt hat Attac gegen die Bahnprivatisierung und für die Enteignung der Energiekonzerne mobilisiert. Protestaktionen sind ein Markenzeichen

– aber wer soll die „andere Welt“ aufbauen, die Attac ja für möglich hält?

Wir sind davon überzeugt, dass es „Druck von unten“ braucht, damit in diesem Land sich etwas regt. Das wäre noch ein Wunsch an die Umweltverbände: wieder auf mehr Druck von unten zu setzen. Die Klima-Allianz ist ein erster Schritt, aber da ist noch viel mehr drin. Wenn viele Menschen auf die Straße gehen, wenn spektakuläre Aktionen über die Medien verbreitet werden, dann entstehen oft erst wieder die Diskussionen über notwendige Veränderungen. Die Bahnkampagne ist ein schönes Beispiel. Sie wurde auch vom BUND und anderen Umweltverbänden mitgetragen. Gemeinsam haben wir klargemacht, dass eine Privatisierung der ökologisch notwendigen Erhaltung und Weiterentwicklung der Bahn genauso entgegensteht wie bezahlbaren Fahrpreisen oder fairen Löhnen. Obwohl diese Runde ärgerlich für uns ausging, ist die Botschaft angekommen. Und jetzt sind wir zuversichtlich, dass auch unsere Botschaft zum Thema Stromversorgung ankommt. Wer dem Klimawandel, dem unsozialen Gebaren der Stromkonzerne und dem krassen Demokratiedefizit der Branche wirklich etwas entgegensetzen will, muss die großen Energiekonzerne selbst infrage stellen. Die andere Welt entwickeln wir gemeinsam mit ganz vielen Menschen und bestimmt nicht am Reißbrett. Was wir zu bieten haben, sind Kontakte in alle Welt und viele konkrete Ideen, die übersetzt werden können für alternative Konzepte hier bei uns.

[Interview: Juliane Grüning, Matthias Bauer]

Die Journalistin und Umweltaktivistin Jutta Sundermann ist Mitbegründerin von Attac Deutschland und Mitglied im Koordinierungskreis, dem Strategiegremium von Attac.

Kontakt:
Tel. +49 (0)175 /
8666769, E-Mail:
jutta.s@jpberlin.de,
www.attac.de



KLIMA & ENERGIE

Klimaflüchtlinge

Hilferuf aus Kiribati

■ Der Präsident von Kiribati Anote Tong hat im Juni an Neuseeland Regierung appelliert, künftig Klimaflüchtlinge aus seinem Land aufzunehmen. Tong befürchtet, dass der im Durchschnitt nur zwei Meter über dem Meeresspiegel liegende Inselstaat in 50 bis 60 Jahren unbewohnbar ist. Schon jetzt müssten einzelne Dörfer umgesiedelt werden. Auch der Nachbarstaat Tuvalu hat die neuseeländische und australische Regierung bereits um Hilfe gebeten.

Weltweit werden die Auswirkungen des Klimawandels wie Trockenheit und Erosion Millionen Menschen zwingen ihre Heimat zu verlassen. Entwicklungsländer werden am stärksten betroffen sein. Doch bisher unterliegen Klimaflüchtlinge nicht dem UN-Flüchtlingsstatus der Genfer Konvention. Die Vereinten Nationen stehen nun vor der Aufgabe, Mechanismen zu finden, um Klimaflüchtlingen weltweit zu helfen. [mv]

► Greenpeace-Studie „Klimaflüchtlinge“ (PDF, 40 S., 1,3 MB): www.kurzlink.de/gp-klimaflucht.pdf

Globale Energiepolitik

IEA hat schlecht geträumt

■ Die Internationale Energieagentur (IEA) fordert einen massiven Ausbau der Atomkraft und der regenerativen Energien, um die Treibhausgasemissionen bis 2050 zu halbieren. Vor dem G8-Gipfel vom 7. bis 9. Juli in Japan legte die IEA einen 600-seitigen Bericht über „Energy Technology Perspectives 2008“ vor. Danach sind Investitionen in neue Technologien in Höhe von 1,1 Prozent des jährlichen globalen Brutto sozialprodukts nötig.

Die Forderung der IEA, weltweit bis 2050 etwa 1.300 neue Atomkraftwerke zu bauen – derzeit gibt es 439 – stieß auf heftige Kritik. Der deutsche Umweltminister Sigmar Gabriel sprach von einem „energiepolitischen Amoklauf“. Dem Berliner Tagesspiegel sagte er: „Wir würden die Fähigkeit zum Bau von Atombomben schneller verbreiten, als wir es uns in den schlimmsten Zeiten des Kalten Krieges hätten vorstellen können. Denn so viel Uran gibt es gar nicht mehr, sodass die Alternative eine weltweite Plutoniumwirtschaft wäre.“ Aus Plutonium lässt sich direkt waffenfähiges Material entwickeln. [mv]

► IEA-Bericht: www.kurzlink.de/bericht

► BMU über den Bericht: www.kurzlink.de/bmu

Klima-Sonderausschuss

Europaparlament warnt

■ Das EU-Parlament hat im Mai mit breiter Mehrheit den Zwischenbericht des Klima-Sonderausschusses angenommen. Der Bericht beschreibt die wissenschaftlichen Fakten des Klimawandels entsprechend den Erkenntnissen des Weltklimarats IPCC. „Wir haben einen klaren Handlungsauftrag der Wissenschaft an die Politik“, sagte der Berichterstatter des Ausschusses Karl-Heinz Florenz (Konservative). Derzeitige Maßnahmen zur Senkung der weltweiten Treibhausgasemissionen reichen danach nicht aus, um den durchschnittlichen Temperaturanstieg unter zwei Grad gegenüber dem vorindustriellen Niveau zu halten. Laut IPCC wird bei zwei Grad Celsius ein sogenannter Wendepunkt im Klimasystem der Erde erreicht. Dann werden unumkehrbare Klimaveränderungen ausgelöst.

„Wissen bedeutet auch Verantwortung für zukünftige Generationen“, warnte Florenz. Die größte Herausforderung der Zukunft sei Effizienz. Empfehlungen zur Klimapolitik der EU soll der Abschlussbericht enthalten, den der Sonderausschuss im Februar 2009 vorlegen will. [mv]

► Florenz-Bericht: www.kurzlink.de/eu-parlament

politische ökologie

Die Zeitschrift für Querdenkerinnen und Vordenker

China – Wirtschaftsmacht vor dem ökologischen Kollaps?

Chinas Wirtschaft brummt auf Kosten von Mensch und Umwelt: Wanderarbeiter(innen) schufteten zu Hungerlöhnen, Flüsse kippen um und Smog vernebelt die Städte.

Die *politische ökologie*¹¹⁰ zeichnet ein nuanciertes Bild vom sozialen und wirtschaftlichen Wandel im bevölkerungsreichsten Land der Welt, benennt die vielfältigen (Umwelt-)Probleme und zeigt Wege aus der Umweltkrise auf.

- _ Wer profitiert vom Aufschwung, wer verliert?
- _ Welche Folgen des Klimawandels treffen China besonders stark?
- _ Wie wichtig ist die Zivilgesellschaft für den Umweltschutz?

Mit Beiträgen von H. Schmidt-Glintzer, D. Fischer, C. Shi, E. Sternfeld, A. Oberheitmann u.v.a.

Stillen Sie Ihre Neugier! Fordern Sie Heft 110 an_14,90 EUR (inkl. Versand)/19,20 CHF!
ISBN 978-3-86581-114-1 oekom verlag_Fax 089/54 41 84-49_neugier@oekom.de_www.oekom.de



EU-Klimaziel**Satu Hassi fordert 30 Prozent**

■ Die EU soll ihr Klimaziel für 2020 von 20 auf 30 Prozent Treibhausgasminderung aufstocken. Das fordert die Berichtsterminerin des EU-Parlaments Satu Hassi (Finnland/Grüne), die mit dem entsprechenden Gesetzesvorschlag der EU-Kommission befasst ist. Danach soll die Reduzierung nur dann 30 Prozent betragen, wenn 2009 ein internationales Klimaschutzabkommen abgeschlossen wird. Des Weiteren schlägt Hassi vor, die Möglichkeit für Emissionsersparungen durch Investitionen in Entwicklungsländern (CDM) zu begrenzen. Bisher sieht der Kommissionsvorschlag die Nutzung dieser „flexiblen Instrumente“ aus dem Kyoto-Protokoll vor. Die Verwendung von CDM-Krediten möchte Hassi von bisher maximal drei Prozent der Gesamtemissionen der Mitgliedstaaten im Jahr 2005 auf ein Prozent senken. Stattdessen sollen die Mitgliedstaaten ihre Emissionen im eigenen Land reduzieren und zusätzlich in Projekte in Entwicklungsländern investieren. Dabei sollen reiche Länder für die Hälfte der erforderlichen Emissionsreduktionen in Entwicklungsländern zahlen. Am 7. Oktober soll der Unterausschuss des EU-Parlaments über Hassis Bericht abstimmen. [mv]

► Hassi-Bericht: www.satuhasi.net

EU-Klimapaket**Umweltminister zerstritten**

■ Bei der Sitzung des EU-Ministerrats im Juni konnten sich die Umweltminister der EU-Länder nicht über das Klima- und Energiepaket einigen. Es gab eine längere Aussprache zu den einzelnen Richtlinienentwürfen: Emissionshandel, Lastenverteilung, erneuerbare Energien und CO₂-Speicherung. Beobachter schließen eine Einigung noch in diesem Jahr aus. Wesentlicher Streitpunkt war der Vorstoß von sieben osteuropäischen Mitgliedstaaten zur Lastenverteilung. Die Vorlage der EU-Kommission sei ungerecht, weil die

Einsparungen durch den Zusammenbruch der Industrie nach 1989/90 nicht berücksichtigt würden. Die Kommission hatte das Basisjahr 2005 ausgewählt.

Der deutsche Umweltminister Sigmar Gabriel wies den Vorschlag zurück. Damit würden einige Länder mit ihren Zielen für 2020 hinter die Ziele von 2012 zurückfallen. Weiterhin forderte der Minister eine vollständige Versteigerung der Emissionszertifikate für den Stromsektor, forderte aber auch Entlastungen für energieintensive Industrien wie den Stahlsektor. Gabriel kritisierte zudem die Kommission, die keine ausreichenden Vorschläge zur Energieeffizienz vorgelegt habe. Außerdem müsse sich der Ministerrat noch bis Ende des Jahres auf Nachhaltigkeitskriterien für Biokraftstoffe und Biomasse einigen. [ms]

► Ratssitzung anhören: www.kurzlink.de/klimpaket

Atomenergieforum**EU-Kommission pro Atomkraft**

■ Auf dem zweiten Treffen des Europäischen Atomenergieforums (ENEf) im Mai in Prag hat die neue italienische Regierung angekündigt, wieder Atomkraftwerke zu bauen. Damit macht Italien den 1987 beschlossenen Atomausstieg rückgängig. EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso rief zu einer Debatte über Kernenergie „ohne Tabus und Vorurteile“ auf. Obwohl die EU-Kommission das Atomenergieforum zur breiten Diskussion eingerichtet hatte, waren Greenpeace und Friends of the Earth die einzigen Vertreter der Zivilgesellschaft. Greenpeace kritisierte, das Forum diene nur dazu, die AKW-Sicherheitsstandards aufzuweichen, um den Ausbau der Atomenergie rentabel machen. Die Europaabgeordnete der Grünen Rebecca Harms übte scharfe Kritik an der EU-Kommission. Diese habe den Ausbau der Atomenergie bereits beschlossen. Harms sagte, das ENEf habe weder über die Risiken der Kernenergie noch über das Atommüllproblem gesprochen. [mv]

► Rede von Harms: www.kurzlink.de/harms

CO₂-Emissionen von Pkw**Frankreich kommt deutschen Spritschluckern entgegen**

■ Deutschland und Frankreich haben sich in der umstrittenen Frage der Begrenzung der CO₂-Emissionen von Pkw etwas angenähert. Auf einem bilateralen Treffen im Juni einigten sich Bundeskanzlerin Angela Merkel und der französische Präsident Nicolas Sarkozy auf Grundzüge für eine gemeinsame Position. Viele Detailfragen blieben aber ungeklärt. Ebenso ist offen, ob die anderen EU-Mitgliedstaaten sowie das EU-Parlament dem deutsch-französischen Vorschlag folgen werden. Die EU-Kommission reagierte zurückhaltend.

Merkel und Sarkozy erklärten, dass sie das EU-Ziel, die CO₂-Emissionen von Pkw bis 2012 auf 120 Gramm pro Kilometer zu begrenzen, grundsätzlich unterstützten. Auch die Berechnung nach dem Fahrzeuggewicht sei sinnvoll. Allerdings müsse es vor allem für größere Autos längere Übergangsfristen geben und die Strafzahlungen sollten flexibel gestaltet werden. Die EU-Kommission hatte bisher keine schrittweise Einführung vorgesehen, aber eine klare Staffelung der Strafzahlungen angeregt: Erreicht ein Hersteller die Ziele nicht, so soll er im Jahr 2012 zunächst 20 Euro pro Gramm zahlen, im Jahr darauf 60 Euro und 2015 bereits 95 Euro.

Damit kam Frankreich der deutschen Regierung in wesentlichen Punkten entgegen. Deutschland hatte mehrfach erklärt, die Wettbewerbsfähigkeit seiner Automobilindustrie sei in Gefahr. Deutsche Autos gehören zu den größten und schwersten europäischen Modellen und stoßen deutlich mehr CO₂ aus als etwa französische oder italienische Kleinwagen.

Der BUND nannte die schrittweise Einführung der Grenzwerte eine Schonfrist für Spritfresser, die Innovationen verhindere und damit langfristig Arbeitsplätze gefährde. Der Umweltverband forderte das EU-Parlament auf, den deutsch-französischen Vorschlag abzulehnen. [ms]

► EU-Kommission zu CO₂-Emissionen von Pkw: www.ec.europa.eu/transport/clean/promotion

Liberalisierung der Energiemärkte**Parlament will Entflechtung**

■ Das Europäische Parlament hat sich am 18. Juni für eine vollständige eigentumsrechtliche Entflechtung der Energiemärkte ausgesprochen und den Vorschlag des EU-Ministerrats, eine „unabhängige Übertragungsgesellschaft“ zu gründen, zurückgewiesen. Das Parlament stellte sich damit an die Seite der EU-Kommission, die eine eigentumsrechtliche Trennung von Produktion und Verteilerstrukturen fordert. Außerdem forderte das Parlament bevorzugten Netzzugang für erneuerbare Energien sowie die Möglichkeit für Regierungen, den Unternehmen Investitionen in Effizienzmaßnahmen vorzuschreiben.

Damit geht der Entflechtungsstreit in die nächste Runde. Die EU-Mitgliedstaaten hatten sich kürzlich auf einen Kompromiss geeinigt, bei dem Deutschland und Frankreich ihre Idee einer „unabhängigen Übertragungsgesellschaft“ durchsetzen konnten. Nach Auffassung des Ministerrats sollen die Mitgliedstaaten sowohl im Strom- als auch im Gassektor die Wahl zwischen einer eigentumsrechtlichen Entflechtung und einer unabhängigen Übertragungsgesellschaft haben. Bei letzterer sollen die Energieunternehmen zwar Eigentümer bleiben, aber bestimmte Auflagen einhalten, um die Unabhängigkeit der Gesellschaft im Tagesgeschäft zu garantieren. Die wichtigste Vorschrift wäre dabei, dass andere Strom- und Gaslieferanten einen „fairen und nicht diskriminierenden Netzzugang“ erhalten müssten. Nationale Regulierungsbehörden sollen die Einhaltung überwachen.

Unterdessen hat der deutsche Energiekonzern RWE angekündigt, sein Gasnetz zu verkaufen, um kartellrechtliche Maßnahmen der EU-Kommission zu entgehen. Bereits Anfang des Jahres ging Eon mit der Ankündigung, sein Stromnetz zu veräußern, einen ähnlichen Schritt. [ms]

- ▶ EU-Parlament: www.europarl.eu (Hintergrund)
- ▶ Protokoll EU-Energieministerrat: www.consilium.europa.eu (Presse – Ratstagungen – Energie)
- ▶ Drittes Energiepaket der EU-Kommission: www.ec.europa.eu/energy/electricity/package_2007

Emissionshandel im Flugverkehr**Umweltausschuss bleibt hart**

■ Der Umweltausschuss des EU-Parlaments hat sich in zweiter Lesung klar gegen eine Abschwächung des Gesetzentwurfs zur Einbeziehung des Flugverkehrs in den Emissionshandel ausgesprochen. Der Ausschuss blieb im Wesentlichen bei seiner Position aus der ersten Lesung und ging damit auf Konfrontationskurs zum Ministerrat, der deutlich industriefreundlichere Regelungen gefordert hatte. Der Berichterstatter des Parlaments Peter Liese (CDU) sowie Umweltorganisationen begrüßten die Entscheidung des Ausschusses. Der Dachverband der Fluggesellschaften sprach dagegen von „Extremismus“.

Die ParlamentarierInnen fordern, dass ab 2011 alle Flüge vom Emissionshandelssystem erfasst und die Emissionen auf 90 Prozent der Durchschnittswerte von 2004 bis 2006 begrenzt werden. Anschließend soll die Obergrenze jährlich um 1,74 Prozent sinken. Außerdem sollen 25 Prozent der Zertifikate versteigert und die Erlöse zweckgebunden für die Entwicklung klimafreundlicherer Technologien eingesetzt werden. Auch wiederholten die Abgeordneten ihre Forderung nach einem Faktor für Emissionszertifikate im Flugverkehr, da die Emissionen in großen Höhen deutlich klimaschädlicher seien.

Der Ministerrat will dagegen den Flugverkehr erst 2012 in den Handel einbeziehen, den Fluglinien Emissionsrechte in Höhe der durchschnittlichen Werte der Jahre 2004 bis 2006 zugestehen und zunächst nur zehn Prozent der Zertifikate versteigern. Dieser Anteil würde sich allerdings bei einer höheren Versteigerungsrate im allgemeinen Emissionshandelssystem erhöhen. Einen Höhenfaktor lehnen die Minister ebenso ab wie eine Zweckbindung der Versteigerungserlöse.

Das Plenum des Parlaments will im Juli über die Vorlage abstimmen. Danach hält der Rat seine zweite Lesung. [ms]

- ▶ Bericht von Peter Liese: www.kurzlink.de/ep-liese-flug-08.pdf
- ▶ EU-Gesetzgebungsverfahren: www.kurzlink.de/mitentscheidung

Nationaler Klimaschutz I**Erstes Klimapaket ist Gesetz**

■ Der deutsche Bundestag hat im Juni eine Reihe von Gesetzen zum Klimaschutz verabschiedet. Damit setzt er den ersten Teil des sogenannten Klimapakets um, das die Bundesregierung im Sommer 2007 in Meseberg bei Berlin beschlossen hatte. Im Einzelnen handelt es sich um eine Überarbeitung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG), ein Gesetz zur Förderung der Erneuerbaren Energien im Wärmebereich (EEWG) sowie eines zur Kraft-Wärme-Kopplung (KWK).

Mit dem erneuerten EEG wollen die Parlamentarier den Anteil der erneuerbaren Energien bis 2020 auf knapp 29 Prozent am Gesamtenergieverbrauch verdoppeln. Vor allem die Windenergie und die Biomassenutzung sollen dafür stärker ausgebaut werden, die finanzielle Förderung für Solarstrom sinkt dagegen um zehn Prozent. Umweltschützer und die Solarbranche zeigten sich weitgehend zufrieden mit dem neuen EEG, zumal sich die CDU mit ihrer Forderung nach deutlich schärferen finanziellen Kürzungen bei der Solarenergie nicht durchsetzen konnte.

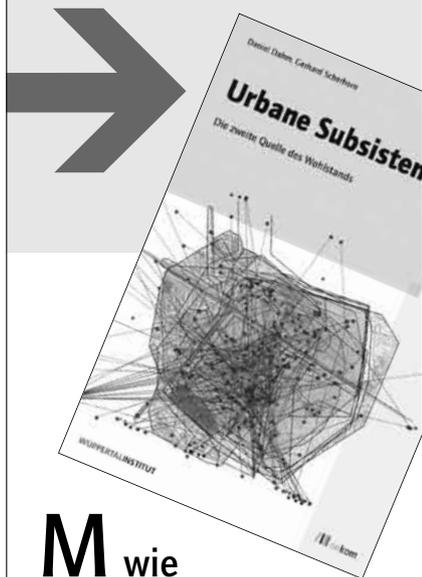
Im Wärmebereich schreibt der Gesetzgeber vor, dass Neubauten in Zukunft 15 Prozent ihrer Wärme durch erneuerbare Energien abdecken müssen. Damit wird der Einsatz von Solaranlagen, Wärmepumpen oder Biomasseheizungen verbindlich. Die Klima-Allianz bewertete das EEWG als unzureichend. Zum einen würden Altbauten nicht erfasst, zum anderen sei es notwendig, die verschwenderischen Nachtspeicherheizungen bis zum Jahr 2020 zu ersetzen.

Außerdem will der Bundestag mit dem Gesetz zur Kraft-Wärme-Kopplung den Anteil der als besonders effizient geltenden KWK auf 25 Prozent bis 2020 ausbauen und durch eine Liberalisierung des Mess- und Zählwesens den BürgerInnen ermöglichen, ihren Verbrauch besser nachvollziehen zu können. [ms]

- ▶ Klima-Allianz, Christina Hering, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 678177572, E-Mail: hering@forumue.de, www.die-klima-allianz.de (Presse – 06.06.2008)

Nachhaltigkeit

A-Z



M wie marktfreie Güter

Wie gestalten wir Wohlstand zukunftsfähig – obwohl es nicht genug Erwerbsarbeit für alle gibt? Vor allem in Städten sind menschliche Zuwendung oder gesellschaftliche Integration nötiger denn je. Aber diese Leistungen der Subsistenzwirtschaft gibt es nicht zu kaufen. Engagierte Bürger, Nachbarschaften oder Vereine sind gefragt. Aber kann daraus auch Wohlstand entstehen?

Lesen Sie, wie sich Erwerbs- und Subsistenzwirtschaft produktiv ergänzen können.

D. Dahm, G. Scherhorn

Urbane Subsistenz

Die zweite Quelle des Wohlstands
oekom verlag, München 2008, 239 Seiten
19,95 EUR, ISBN 978-3-86581-109-7

Erhältlich bei

www.oekom.de
oekom@de.rhenus.com
Fax +49/(0)81 91/970 00-405

oekom
verlag

Die guten Seiten der Zukunft

Nationaler Klimaschutz II

„Klimaschutzpäckchen“

■ Im Juni hat sich das Kabinett über den zweiten Teil des Integrierten Energie- und Klimapaketes der Bundesregierung geeinigt, das Gesetze für den Gebäude-, Verkehrs- und Stromsektor enthält. VertreterInnen der Klima-Allianz sprachen von einem „Klimaschutzpäckchen“ und kritisierten eine Verwässerung und ein Aufschieben dringender Klimaschutzmaßnahmen. Im Gebäudesektor beschloss das Kabinett weder ein Recht zur Mietminderung, wenn Vermieter ihre Gebäude nicht klimafreundlich sanieren, noch den Austausch der klimaschädlichen Nachtspeicherheizungen gegen energiesparende Modelle. WWF-Klimareferent Brick Medak kritisierte, das Gesetz verzichte durch eine Ausnahmeregelung bei der Sanierung von Ein- und Zweifamilienhäusern „unverständlichlicherweise auf das riesige CO₂-Einsparpotenzial in 17 Millionen Gebäuden“.

Im Verkehrsbereich konnten sich die Mitglieder des Kabinetts auf eine erhöhte Lkw-Maut einigen – orientiert an Gewicht und Abgasausstoß. Die Entscheidung darüber, die Kfz-Steuer von einer hubraum- in eine schadstoffbezogene Abgabe zu ändern, wurde auf 2010 verschoben. „Eine progressive CO₂-basierte Steuer wäre dringend notwendig, um starke Anreize für spritsparende Autos zu setzen“, sagte Benjamin Bongardt vom Naturschutzbund.

Zustimmung der Umweltverbände erntete nur die Einigung des Kabinetts auf das Gesetz zur Beschleunigung des Ausbaus der Höchst-Spannungsnetze. Die vier bewilligten Pilotprojekte ermöglichen es zum Beispiel, Strom von Windkraftanlagen durch unterirdische Kabel von Norden nach Süden zu transportieren. „Mit dem Gesetz wurde eine wichtige Voraussetzung geschaffen, um die Energieversorgung zu dezentralisieren“, sagte Stefan Richter von der Grünen Liga. Strom könne dort produziert werden, wo es naturräumlich Sinn ergebe: „Windenergie an den Küsten, Solarenergie in sonnenreichen Gegenden, Wasserkraft in Berggebieten“. [mv]

► www.die-klima-allianz.de (Presse – 18.06.2008)

Klimapolitik in Österreich

Neues Staatsziel in Wien?

■ Der Klimaschutz könnte bald als Staatszielbestimmung in Österreichs Verfassung stehen. Umweltminister Josef Pröll legte den Entwurf eines Klimaschutzgesetzes vor. Es lege fest, wer welchen Beitrag zum Klimaschutz zu leisten habe, sagte Pröll. Die Klimaziele der einzelnen Sektoren wie beispielsweise Verkehr werden eindeutigen Zuständigkeiten in Bund und Ländern zugeordnet. Inhaltlich richtet sich die Aufgabenteilung nach der von der Bundesregierung 2007 beschlossenen Klimastrategie. Während Pröll das Gesetz einen „Meilenstein der Klimapolitik“ nannte, erklärte die Umweltorganisation Global 2000, es dürfe nicht bei der Verteilung von Klimaschutzverpflichtungen bleiben. Österreich brauche die Festlegung auf den Ausbau erneuerbarer Energien und Energieeinsparung. [mv]

► Global 2000, Silva Herrmann, Wien, Tel. +43 (0)699 / 14200017, www.global2000.at

Türkische Klimapolitik

Leises Ja zu Kyoto

■ Die türkische Regierung hat angekündigt, das Kyoto-Protokoll zu ratifizieren. Dem Parlament liegt es zur Abstimmung vor. Bisher hatte die Türkei das Protokoll abgelehnt, weil sie negative wirtschaftliche Auswirkungen befürchtete. Allerdings sei der Beitritt an die Zusicherung gebunden, bis 2012 die klimaschädlichen Emissionen noch nicht um fünf Prozent reduzieren zu müssen, sagte Umweltminister Veysel Eroglu. Vielmehr wolle die Regierung durch die Ratifizierung ihre Interessen in den Verhandlungen über das Nachfolgeabkommen für die Zeit nach 2012 wahren. Die Ratifizierung ist außerdem eine Voraussetzung für die EU-Mitgliedschaft.

Umweltverbände kritisierten, die staatlichen Institutionen des Landes hätten noch keine Klimastrategie entwickelt. [mv]

► www.panda.org/news (archive – 24 May 2008)

KONSUM & VERBRAUCHERSCHUTZ

Marktstudie Ökolebensmittel

Alle wollen „Bio“ kaufen

■ Glaubt man einer neuen Umfrage, wollen 93 Prozent aller Deutschen künftig Bioprodukte kaufen. Das ermittelte die Strategieagentur different im Mai. Die Kaufmotive sind dabei eher vom persönlichen Nutzen für die eigene Gesundheit geprägt als von bewusster Rücksicht auf die Umwelt: 43 Prozent der Befragten kaufen Biolebensmittel, weil sie diese als gesünder empfinden. Nur 37 Prozent gaben an, Bioahrung zu kaufen, um die Umwelt und vorhandene Ressourcen zu schonen. Weiteres deutliches Ergebnis der Studie: Der Preis bestimmt die Kaufentscheidung. Im Vergleich dazu spielen Biosiegel, Marke und Verpackungsdesign eine eher untergeordnete Rolle. Je nach von Einkommen und Kaufintensität unterscheidet die different-Studie vier Bio-Käufertypen:

- ▶ Green Indulgence: Die grünen Genießer haben ein hohes Einkommen und zählen zu denen, die künftig in mindestens einer Produktkategorie mehr als 50 Prozent Bio kaufen. Kaufpotenzial: etwa 530 Millionen Euro pro Jahr.
- ▶ Organic Qualityseeker: Die biologisch orientierten Qualitätskäufer verfügen über ein hohes Einkommen und kaufen künftig weniger als 50 Prozent selektiv Bioprodukte aller Kategorien. Kaufpotenzial: 360 Millionen Euro.
- ▶ Green Attitude: Die überzeugt grünen Käufer haben ein durchschnittliches Einkommen und zählen zu den Personen, die künftig in mindestens einer Produktkategorie über 50 Prozent Bio kaufen. Potenzial: 2,44 Milliarden Euro.
- ▶ Organic Mainstream: Die Gruppe des biologisch orientierten Mainstreams verfügt über ein durchschnittliches Einkommen und kauft künftig weniger als 50 Prozent in allen Produktkategorien selektiv Bioprodukte. Kaufpotenzial: ungefähr 2,15 Milliarden Euro. [mbu]

▶ www.different.de

Verbraucherinformation

Der Verkehrsminister warnt...

■ Autohersteller sollen bei der Markteinführung eines neuen Fahrzeugs vor möglichen Folgen warnen. Bei Werbekampagnen sollen sie über Kraftstoffverbrauch und CO₂-Emissionen informieren. Das sieht ein neuer Richtlinienvorschlag der EU-Kommission vor, für den noch bis zum 28. Juli eine öffentliche Internetkonsultation läuft. Autos sind für etwa zwölf Prozent des CO₂-Ausstoßes in der EU verantwortlich. Der aktuelle Entwurf sieht eine Senkung auf 130 Gramm pro Fahrzeug und Kilometer bis 2012 vor. Das Ziel soll durch technische Verbesserungen an den Autos und durch verändertes Verbraucherverhalten infolge der neuen Kennzeichnung erreicht werden. [mbu]

▶ www.kurzlink.de/konsultation

Kennzeichnung

„Ohne Gentechnik“ kommt

■ Der Weg für die freiwillige Kennzeichnung „ohne Gentechnik“ für Lebensmittel in Deutschland ist frei. Das sagte Bundeslandwirtschaftsminister Horst Seehofer im Mai während eines Treffens mit seinen EU-Kollegen im slowenischen Brdo. Polnische Bedenken gegen die Regelung seien ausgeräumt worden. Nach der neuen Verordnung können Hersteller Milch, Fleisch und Eier mit der Aufschrift „ohne Gentechnik“ versehen – auch wenn in den verwendeten Futtermitteln möglicherweise gentechnisch veränderte Zusätze enthalten sind. Bisher war Voraussetzung für die Kennzeichnung, dass die Lebensmittel vollkommen frei von genveränderten Spuren waren. Folglich gab es kaum gekennzeichnete Produkte. Die Regelung „ohne Gentechnik“ gehört zum neuen Gentechnikrecht, für das Bundespräsident Horst Köhler Anfang April grünes Licht gegeben hatte. [mbu]

▶ Bundeslandwirtschaftsministerium, Bonn, Tel. +49 (0)1888 / 5293173, www.bmelv.de

EU-Spielzeugsicherheit

Berlin will strenge Richtlinie

■ Der Bundestag hat die EU aufgefordert, die Sicherheit von Kinderspielzeug zu erhöhen. Der Anfang des Jahres vorgelegte Richtlinienentwurf der EU-Kommission gehe nicht weit genug, heißt es in einem Antrag, dem im Mai alle Abgeordneten zustimmten. Unter anderem forderten sie ein komplettes Verbot von Chemikalien, die Krebs erregen, Allergien auslösen oder das Erbgut schädigen können. Der Entwurf aus Brüssel sieht hier verschiedene Ausnahmeregelungen vor. Die Parlamentarier kritisierten auch Pläne der EU, bei Teddys oder Puppen 26 Duftstoffe weiter zuzulassen. 2007 wurden in Europa über 400 verschiedene Spielwaren vom Markt genommen, die meisten aus China. Oft waren sie mit Chemikalien belastet. [mbu]

▶ www.kurzlink.de/spielzeugsicherheit

Lebensmittelkontrolle

Viel Gift bleibt unentdeckt

■ Die Kontrolle von Lebensmitteln ist in Deutschland offenbar unzureichend. So hatte Greenpeace in den letzten Jahren mehrfach festgestellt, dass die Länder zu selten kontrollierten und viele staatliche Labore nicht optimal ausgerüstet seien. Das bestätigten auch TeilnehmerInnen des Europäischen Workshops für Pestizidrückstände im Juni in Berlin. Die staatlichen Lebensmittelprüfer fänden nur etwa 40 Prozent der zugelassenen Pestizide, sagten ExpertInnen. Der Grund: Die Labore wendeten nur Methoden an, die viele Stoffe gleichzeitig bestimmen. Zahlreiche der weltweit zugelassenen 1.350 Pestizide könnten so aber nicht gefunden werden: Sie müssten einzeln analysiert werden. Daher sollten nur noch Stoffe zugelassen werden, die mit effizienten Verfahren bestimmt werden können. [mbu]

▶ Pestizid-Aktions-Netzwerk, Hamburg, Tel. +49 (0)40 / 3991910-0, www.pan-germany.org
▶ Greenpeace: www.einkaufsnetz.org

LANDWIRTSCHAFT & GENTECHNIK

Pestizide

Bayer-Gift tötet Bienen

■ Der Deutsche Berufs- und Erwerbsimkerbund (DBIB) und die Coordination gegen Bayer-Gefahren (CBG) haben gefordert, die Pestizide Poncho und Gaucho zu verbieten, um ein weiteres Bienensterben zu verhindern. Beide Pestizide sind sehr gefährlich für Bienen. Vermutlich hat der Wirkstoff Clothianidin, der im Pflanzenschutzmittel Poncho enthalten ist, das aktuelle Bienensterben in Baden-Württemberg verursacht.

In allen bisher untersuchten Proben toter Bienen sei Clothianidin gefunden worden – ein für Bienen und andere Insekten bereits in geringsten Mengen tödliches Nervengift, sagte der Präsident des Berufsimkerbundes Manfred Hederer. Schon vor zwei Jahren hatte Hederer die Zulassung des Pestizids kritisiert. Clothianidin wird ebenso wie Imidacloprid vom Chemiekonzern Bayer hergestellt. Imidacloprid ist vor allem im Raps-, Zuckerrüben- und Maisanbau im Einsatz. Clothianidin wird als Beizmittel für Maiskörner verwendet und ist auch zur Behandlung von Raps zugelassen.

Mit der Maisaussaat begann das Massensterben der Bienen am Oberrhein. Die Stäube, die bei der Aussaat entstehen, können auf blühende Pflanzen auf Nachbaräckern sowie Waldränder abdriften, werden dort von den Bienen aufgenommen und in den Bienenstock transportiert.

Nach Angaben der CBG sind Poncho und Gaucho in Frankreich wegen erwiesener Bienengefährlichkeit verboten. Deutsche Aufsichtsbehörden blieben jedoch untätig, weil Bayer großen Einfluss habe, hieß es bei der Organisation. Mit den Giften habe der Konzern im vergangenen Jahr fast 800 Millionen Euro umgesetzt. [mbu]

- ▶ DBIB, Manfred Hederer, Utting am Ammersee, Tel. +49 (0)172 / 8206459, www.berufsimker.de
- ▶ CBG, Düsseldorf, Tel. +49 (0)211 / 333911, E-Mail: cbgnetwork@aol.com, www.cbgnetwork.de

EU-Agrarsubventionen

EU will um 22 Prozent kürzen

■ Die EU-Kommission hat im Mai ihre Pläne für die Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik vorgestellt. Mit dem sogenannten Gesundheitscheck soll die Agrarreform von 2003 nachgebessert werden. Die direkten Beihilfen für Bauern sollen sinken und die frei werdenden Gelder der ländlichen Entwicklung zugutekommen, etwa durch Umweltprogramme. Bis 2012 werden nach dem Willen der Kommission die Subventionen stufenweise je nach Größe des Betriebes gesenkt. Zudem werden pro Jahr Prämien über 5.000 Euro um fünf Prozent gekürzt. Große Höfe mit Zuschüssen von mehr als 300.000 Euro erhalten dann 22 Prozent weniger von der EU.

Ursprünglich wollte die Kommission die Agrarsubventionen sogar um bis zu 45 Prozent kürzen, korrigierte dies aber vor allem nach Protesten aus Deutschland. Bundeslandwirtschaftsminister Horst Seehofer und der für den Aufbau Ost zuständige Minister Wolfgang Tiefensee befürchteten zu starke Einbußen für die großen ostdeutschen Agrarbetriebe. Lobende Worte für die Umschichtung der direkten Beihilfen fand hingegen Bundesumweltminister Sigmar Gabriel. Die EU könne von anderen Ländern Bemühungen für eine umweltverträgliche Landwirtschaft nur erwarten, wenn sie selbst mit gutem Beispiel vorausgehe, sagte der Minister.

Außerdem hat die EU-Kommission vorgeschlagen, wegen der Welternährungskrise die Pflicht zur Stilllegung von Ackerflächen und die Prämie für den Anbau von Energiepflanzen abzuschaffen. Agrarkommissarin Mariann Fischer Boel strebt an, dass die Pläne bis Ende 2008 von den 27 Mitgliedstaaten beraten und verabschiedet sind.

Die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) kritisierte die jüngsten Reformvorschläge aus Brüssel. Die Kommission sei vor der Lobby der europäischen Bauernverbände eingeknickt. Die AbL warf den Großbetrieben vor, ihre Pfründe bei der Subventionsverteilung sichern zu wollen. Stattdessen müssten Kleinbauern weltweit und auch

in Deutschland gestärkt werden. Deshalb will die AbL den sofortigen Stopp der EU-Exportsubventionen und eine stärkere Staffelung der Direktzahlungen nach der Anzahl der Arbeitskräfte auf den Höfen.

[mbu]

- ▶ www.europeanmilkboard.org
- ▶ www.abl-ev.de

Fairer Milchpreis

Milchbauern erstreiken Cents

■ Seit Juni bekommen die Milchbauern in Deutschland wieder etwas mehr Geld für ihre Ware. Nach einem mehrtägigen Lieferstopp lenkte der Einzelhandel teilweise ein und versprach die Ladenpreise wieder anzuheben. Zuvor hatten Tausende deutsche Landwirte keine Milch mehr an Molkereien geliefert. Sie protestierten damit gegen die niedrigen Preise, die sie für ihre Ware erhielten. Zwischen 27 und 35 Cent pro Liter zahlten die Molkereien. Um die Herstellungskosten zu begleichen, brauchen die Bauern laut dem Bundesverband deutscher Milchviehhalter (BDM) mindestens 43 Cent pro Liter.

Die Bauern machen den Lebensmittel-einzelhandel für die Dumpingpreise verantwortlich. Discounter wie Aldi oder Lidl ruderten inzwischen auch schon wieder zurück und senkten die Preise erneut.

Dem Protest der Deutschen hatten sich Landwirte aus anderen europäischen Ländern angeschlossen. Die Vertretung der europäischen Milchbauern, das European Milk Board, unterstützte die Aktionen.

EU-Agrarministerin Mariann Fischer Boel forderte erneut, die Milchquoten anzuheben. Sie plädierte dafür, bis zur Abschaffung des Systems im Frühjahr 2015 die Produktion jährlich um ein Prozent zu erhöhen. Schon bis zum Jahr 2009 ist eine Erhöhung der Milchproduktion um zwei Prozent festgeschrieben. [mbu]

- ▶ BDM, Freising, Tel. +49 (0)8161 / 538473-0, Fax -50, www.bdm-verband.de
- ▶ European Milk Board, Hamm, Tel. +49 (0)2381 / 4360495, www.europeanmilkboard.org

Transparenz**Agrarsubventionen à la carte**

■ Die Schweden machen es den übrigen Europäern vor: Sie zeigen als Erste auf einer Landkarte im Internet, wer wie viel EU-Agrarsubventionen erhält. Wer die Webseite maps.farmsubsidy.org/sweden anklickt, sieht auf einen Blick, in welche Regionen zwischen 2000 und 2007 wie viel Geld floss. Schweden wurde von der Initiative Farmsubsidy.org ausgewählt, weil seine Regierung die besten Daten lieferte, die für eine solche Präsentation erforderlich sind. Das Land ist auch Spitzenreiter in der Tabelle der transparenten Staaten, die von Farmsubsidy.org geführt wird. Die Initiative hofft, dass weitere Länder dem schwedischen Vorbild folgen werden.

[mbu]

- ▶ Farmsubsidy.org, Jack Thurston, London, Tel. +44 (0)7973 / 155278, E-Mail: feedback@farmsubsidy.org, www.farmsubsidy.org

Gentechnik in Frankreich**Neues Genpflanzengesetz**

■ Das französische Parlament hat im Mai das Gesetz über gentechnisch veränderte Organismen verabschiedet. Darin wird der Anbau von Genpflanzen geregelt. Auch Haft- und Geldstrafen im Falle einer Verunreinigung von gentechnikfreien Nachbarfeldern sind im Gesetz festgelegt. Frankreich hat mit der Verabschiedung des Gesetzes endlich eine entsprechende EU-Richtlinie aus dem Jahr 2001 umgesetzt. Die Opposition kritisierte das Gesetz als zu gentechnikfreundlich. Die Sozialisten kündigten Einspruch vor dem Verfassungsrat an.

Das Thema Gentechnik ist auch unter den Mitgliedstaaten der EU umstritten. Vom 1. Juli an hat Frankreich für sechs Monate die EU-Ratspräsidentschaft inne und könnte das Thema erneut auf die Tagesordnung der zuständigen Ministertreffen setzen.

[mbu]

- ▶ www.ue2008.fr/index_de.html

UN-Menschenrechtsausschuss**Gentechnik macht rechtlos**

■ Der Menschenrechtsausschuss der Vereinten Nationen in Genf hat im Mai erstmals den Einsatz der Agrogentechnik gerügt und Maßnahmen zum Schutz der Bauern vor Konzernen gefordert. Die indische Regierung solle sofort die „Menschenrechtsverletzungen“ beenden und den Zugang zum alten, wiederverwendbaren Saatgut schützen. Zuvor waren KlägerInnen aus Indien, der Schweiz und Deutschland vor dem Ausschuss angehört worden. Gemeinsam mit Vandana Shiva, Trägerin des Alternativen Nobelpreises, hatte die internationale Organisation Aktion Gen-Klage einen Bericht über schwerste Menschenrechtsverletzungen gegenüber Bauern im Zusammenhang mit der Nutzung der Gentechnik in Indien eingereicht. Dort hätten sich 200.000 Bauern das Leben genommen, weil sie nach Missernten von Gentechnikpflanzen keine Chance mehr sahen, aus dem Kreislauf von Hunger und Schulden herauszukommen.

[mbu]

- ▶ Aktion Gen-Klage, München, Tel. +49 (0)89 / 89311054, www.stopptgennahrungsmittel.de

Biopiraterie**Captain Hook für BASF**

■ BASF, Monsanto, Syngenta und Dupont gehören zu den Preisträgern der acht Captain Hook Awards für Biopiraterie, die während der UN-Biodiversitätskonferenz im Mai in Bonn verliehen wurden. Das Aktionsbündnis COP 9 zeichnete die Konzerne neben anderen mit dem Negativpreis aus, weil sie sogenannte klimawandel-tolerante Pflanzengene monopolisieren und damit von den schädlichen Folgen des Klimawandels profitieren würden. Gleichzeitig wurden die Kogge-Awards für „ausdauernden, erfolgreichen Widerstand gegen Biopiraterie“ verliehen, unter anderem an das Nyeleni-Weltforum zu Ernährungssouveränität.

[mbu]

- ▶ www.captainhookawards.org

NATURSCHUTZ & BIODIVERSITÄT

EU-Kommission**Biodiversität wird Topthema**

■ EU-Umweltkommissar Stavros Dimas hat die Umsetzung des EU-Plans, bis 2010 dem Biodiversitätsverlust Einhalt zu gebieten, an die Spitze seiner „vordringlichen Politiken“ für das Jahr 2009 gestellt. Ein weiterer Schwerpunkt werde der Vollzug der europäischen Umweltgesetzgebung sein, teilte Dimas dem Umweltausschuss des EU-Parlaments Mitte Mai in Straßburg mit. Da 2009 die Legislaturperiode sowohl des EU-Parlaments als auch der EU-Kommission ende, seien allerdings die Möglichkeiten für weitreichende politische Vorstöße begrenzt. Dimas kündigte aber an, dass die EU-Kommission Gesetze zur Reduzierung der Treibhausgasemissionen aus der Schifffahrt vorschlagen werde, wenn es dort keinen deutlichen Fortschritt auf internationaler Ebene gebe. Außerdem werde sie den Klimagipfel im Dezember in Kopenhagen vorbereiten.

[bv]

- ▶ www.europarl.eu/comparl/envi/default_en.htm
- ▶ www.europa.eu/rapid/ (Reference SPEECH/08/254)

BirdLife-Studie**Zerschnittene EU-Natur**

■ Die geplanten Transeuropäischen Verkehrsnetze (TEN-T) bringen mehr als tausend geschützte Natura-2000-Standorte in ernsthafte Gefahr. Dies ist das Ergebnis einer im Mai veröffentlichten Studie von BirdLife International und dessen britischer Partnerorganisation RSBP. Die Studie enthält auch Beschreibungen gefährdeter Habitate. Als Konsequenz fordern die beiden Vogelschutzverbände die bessere Durchsetzung der EU-Naturschutzbestimmungen.

[bv]

- ▶ Studie (PDF, 79 S., 1,9 MB) und Zusammenfassung: www.birdlife.org/news/news/2008/05/tent.html

Ergebnisse der COP 9

Positiv

- ▶ Faire Beteiligung von Naturschutzverbänden und Indigenenvertretern;
- ▶ hohe deutsche Finanzmittel zum Schutz der Regenwälder (Aufstockung der für 2009 bis 2012 jährlich zugesagten 210 Millionen Euro um insgesamt 500 Millionen, ab 2013 dauerhaft 500 Millionen Euro jährlich);
- ▶ Verabschiedung von Kriterien für marine Schutzgebiete auf hoher See;
- ▶ Vorarbeiten zur Schaffung eines UN-Weltbiodiversitätsrats („Intergovernmental Science Policy Platform for Biodiversity and Ecosystem Services“);
- ▶ Start der LifeWeb-Initiative zum Ausbau des globalen Schutzgebietsnetzes;
- ▶ De-facto-Moratorium für die Düngung von Meeren mit Eisen (siehe S. 28);
- ▶ De-facto-Moratorium für den Anbau von gentechnisch veränderten Bäumen;
- ▶ erste Ergebnisse der Sukhdev-Studie zur Ökonomie von Ökosystemen und der Biodiversität (siehe S. 7);
- ▶ Einbeziehung der Wirtschaft durch die deutsche Business-and-Biodiversity-Initiative (siehe S. 21).

Negativ

- ▶ Trotz der 38 gefassten Beschlüsse ist das weltweite 2010-Biodiversitätsziel nicht zu erreichen;
- ▶ keine konkreten Beschlüsse zum Stopp der illegalen Abholzung der Regenwälder oder zur umwelt- und sozialverträglichen Produktion von Agrotreibstoffen – lediglich Leitlinien zur Kriterienentwicklung für den Agrotreibstoff-Anbau;
- ▶ keine Beschlüsse zum Zugang zu genetischen Ressourcen und dem gerechten Vorteilsausgleich (ABS) – nur der Weg für weitere Verhandlungen wurde gegeben. [bv]

NABU, Claus Mayr, Direktor Europapolitik, Tel. +49 (0)172 / 5966098, E-Mail: claus.mayr@nabu.de, www.nabu.de/europa

Biodiversitätsindex

Pause beim Artensterben?

■ Laut dem Ende Mai vorgestellten „Living Planet Index 2008“ des WWF ist die biologische Vielfalt von 1970 bis 2005 um 27 Prozent zurückgegangen. Erstmals seit Mitte der 1970er-Jahre ist der Index allerdings gegenüber dem Vorjahr nicht weiter gefallen. „Es gibt jedoch leider keinen Grund zur Entwarnung“, sagte Christoph Heinrich, Leiter des Bereichs Naturschutz beim WWF Deutschland. Nach einem dramatischen Einbruch der biologischen Vielfalt in den 1980er- und 90er-Jahren erlebe man jetzt offenbar eine kurze Atempause beim Artensterben. Eine Trendwende sei aber noch nicht erreicht. Die rasante Entwaldung, die ungebremste Überfischung, der wachsende CO₂-Ausstoß und der Hunger nach Rohstoffen ließen derzeit wenig Raum für Hoffnung, so Heinrich. Die Staatengemeinschaft sei weit von ihrem Ziel entfernt, den globalen Verlust der biologischen Vielfalt bis 2010 deutlich einzuschränken.

Dem international anerkannten Standard zur Messung der biologischen Vielfalt liegt eine weltweite Untersuchung von 4.000 Populationen aus fast 1.500 unterschiedlichen Arten zugrunde. Ein besonders dramatischer Trend zeigt sich laut WWF im asiatisch-pazifischen Raum, wo der Index für Land- und Süßwasserarten seit 1970 um über 70 Prozent gefallen sei. So sei der Jangste-Flussdelfin vermutlich ausgestorben. Die Beanspruchung natürlicher Ressourcen habe seit Anfang der 1960er-Jahre bis 2003 um 250 Prozent zugenommen. Auch in Europa ist der Living Planet Index für an Land und im Süßwasser lebende Arten von 1990 bis 2005 um über 35 Prozent eingebrochen.

In seinem Bericht „2010 und darüber hinaus“ zeichnet der WWF die Entwicklung des Index von 1970 bis 2005 in den verschiedenen Zonen der globalen Biosphäre nach. Der Bericht veranschaulicht außerdem den ökologischen Fußabdruck der einzelnen Staaten der Erde. [bv]

- ▶ WWF-Bericht „2010 and beyond“ (PDF, 16 S., 1,5 MB): www.kurzlink.de/2010-and-beyond

Neue Rote Liste

1.200 Vogelarten vor dem Aus

■ Die Zahl der vom Aussterben bedrohten Vogelarten steigt. Weltweit gelten 1.226 und damit über zwölf Prozent aller 10.000 Arten als hochgradig bedroht, so die Mitte Mai von der Vogelschutzorganisation BirdLife und der Weltnaturschutzunion (IUCN) gemeinsam veröffentlichte Rote Liste der Vogelarten. Im Vergleich zur vorangegangenen weltweiten Roten Liste sind acht Arten zusätzlich als vom Aussterben bedroht eingestuft worden. 24 Arten stiegen in eine höhere Gefährdungskategorie auf, zum Beispiel der Große Brachvogel. In Deutschland stehen 40 Prozent aller Vogelarten auf der Roten Liste.

Die Rote Liste belegt erstmals, dass sich der Klimawandel negativ auf Vogelbestände auswirkt, vor allem durch lange Dürreperioden, die Ausbreitung der Wüsten und extreme Wettersituationen. Als Hauptursachen des Artensterbens in Europa und Deutschland gelten die Intensivierung der Landwirtschaft und der anhaltende Flächenverbrauch. [bv]

- ▶ NABU, Vogelschutzexperte Markus Nipkow, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 2849841620, E-Mail: markus.nipkow@nabu.de, www.nabu.de/vogelschutz
- ▶ Rote Liste: www.iucnredlist.org

EU-Studie

Kein Artenschutz ohne Wald

■ Ohne eine nachhaltige Waldnutzung kann Europa den Verlust der Artenvielfalt nicht wie geplant bis zum Jahr 2010 aufhalten. Vor diesem Hintergrund beschreibt eine neue Studie der Europäischen Umweltagentur (EEA) die heutige Waldnutzung in Europa und die künftigen Aufgaben. Insbesondere bei der erhöhten Nachfrage nach Holz als Ressource für Bioenergie gelte es, Schaden für die Biodiversität und Ökosysteme zu vermeiden. Eine weitere Gefahr für die Biodiversität seien gentechnisch veränderte Bäume. [bv]

- ▶ <http://reports.eea.europa.eu> (Nr. 3/2008)

G8-Umweltministertreffen

Absichtserklärung in Kobe

■ Die wirtschaftlich stärksten Länder der Welt müssen beim Umweltschutz und besonders beim Klima- und Biodiversitätsschutz eine Führungsrolle übernehmen. Das betonten Ende Mai die Umweltminister von 13 wichtigen Industrie- und Schwellenstaaten (G8+5) im japanischen Kobe. Die Minister verabschiedeten einen Aufruf zum Handeln, den „Kobe Call for Action on Biodiversity“. Angesprochen werden darin unter anderem der Aufbau eines globalen Schutzgebietnetzes, bessere wissenschaftliche Grundlagen des Biodiversitätsschutzes und die Mobilisierung des Privatsektors. [bv]

- ▶ www.kurzlink.de/bmu-kobe-call-2008
- ▶ Dokumente: www.g7.utoronto.ca/environment

Business and Biodiversity

Firmen für Artenschutz

■ Insgesamt 34 Unternehmen haben sich im Rahmen der Business-and-Biodiversity-Initiative des Bundesumweltministeriums im Vorfeld der UN-Biodiversitätskonferenz Ende Mai zu mehr Artenschutz verpflichtet. Die Firmen sollen Artenschutz und umweltfreundliche Produktion zum Unternehmensziel erklären. Eine bei der Firmenleitung angesiedelte Stelle soll Auswirkungen der Produktion auf die biologische Vielfalt analysieren. Dem Zusammenschluss gehören unter anderem die Firmen Bionade, Faber-Castell, Hipp, Krombacher, Ritter Sport, Volkswagen und Weleda an. Der Deutsche Naturschutzring (DNR) begleitete die Initiative unter anderem durch ein sogenanntes Trialogprojekt mit slowenischen und portugiesischen Partnern. Die Ergebnisse wurden am Rande des UN-Gipfels in Bonn vorgestellt. [bv]

- ▶ BMU-Initiative: www.kurzlink.de/bmu-business-bidi
- ▶ Trialogprojekt: www.business-biodiversity.eu
- ▶ DNR-Sonderheft Business and Biodiversity: www.eu-koordination.de/?page=52

Ein erfolgreicher Gipfel, abgesehen von den Beschlüssen

Die UN-Biodiversitätskonferenz in Bonn war bestens organisiert. Für die COP 9, wie das Gipfeltreffen im UN-Jargon heißt, war Deutschland ein vorbildlicher Gastgeber. Das betrifft Veranstaltungen, Ausstattung, Zeitplanung und vieles mehr. Dies führte zu einer guten Grundstimmung bei Delegierten wie Beobachtern aus allen Lagern. Hier bewährte sich die gute Vorbereitung durch die deutschen Regierungsstellen unter Federführung des Bundesumweltministeriums gemeinsam mit den deutschen Nichtregierungsorganisationen (NGOs), die im Wesentlichen vom Deutschen Naturschutzring koordiniert wurden.

Deutsche NGOs und Bundesregierung sahen sich in einer gemeinsamen Rolle als Gastgeber, weshalb Differenzen über Sachthemen in den Hintergrund gestellt wurden. Dies dürfte das Verhältnis zwischen Ministerium und Verbänden nachhaltig verbessert haben. Verbessert hat sich auch die Kooperation zwischen Bundesumwelt- und -entwicklungministerium infolge der gemeinsamen Konferenzvorbereitung. Die Tragfähigkeit dieses neuen Verhältnisses bleibt allerdings abzuwarten. Endlich besser geworden ist auch das Verhältnis zwischen den entwicklungspolitischen und den Naturschutz- und Umweltorganisationen. Ihnen sind die Bedeutung des jeweils anderen und die Gemeinsamkeit der Aufgaben nun stärker bewusst als vorher. Das ist eine bemerkenswerte Annäherung.

Differenzierter zu sehen sind die Resultate der Verhandlungen. Ein Erfolg ist die Konferenz vor allem im Vergleich zu den beiden Vorgängergipfeln COP 7 und 8 in Curitiba und Kuala Lumpur. Bei der COP 9 gab es deutlich mehr Bewegung. Ungeregt bleiben der Zugang zu genetischen Ressourcen und der gerechte Ausgleich der Vorteile aus ihrer Nutzung – das Access and Benefit Sharing. Die Bestätigung früher gefasster Beschlüsse galt hier schon als Erfolg.

Bei den Debatten um ein globales Schutzgebietssystem beobachteten viele mit Sorge die wachsende Kluft zwischen der Indigenen-Bewegung (oder einem Teil von ihr) und den Verfechtern von Naturschutzgebieten. Diese Kluft entwickelt sich spätestens seit dem World Parks Congress 2003 im südafrikanischen Durban. Im Oktober 2007 trat sie auf dem lateinamerikanischen Schutzgebietkongress in Bariloche offen zutage. Zumindest in Deutschland

sind sich die entwicklungspolitischen NGOs – soweit sie sich damit befassen – und die Naturschutzorganisationen in der Einschätzung des Konfliktpotenzials einig. Positiv ist die Verabschiedung von Kriterien für Meeresschutzgebiete. Aber wie schon bei den terrestrischen Schutzgebieten wird sich auch hier erst in der Umsetzung zeigen, ob der Gipfelbeschluss wirklich ein Erfolg war. Man erinnere sich nur, was passiert ist, seit das Arbeitsprogramm zu einem globalen Schutzgebietssystem beschlossen wurde, nämlich de facto nichts.

Die von Bundeskanzlerin Merkel persönlich zugesagten 500 Millionen Euro für Biodiversitätsschutz und die darauf folgenden Finanzzusagen weiterer Staaten sind zu begrüßen. Vor allem die NGOs werden nun sehr genau beobachten, ob diese Zusagen tatsächlich „fresh money“ bedeuten oder nur Umschichtungen sind, vor allem aber, über welche Institutionen das Geld fließt und wofür.

Das Auftreten der Bundesregierung und speziell des Umweltministeriums vor und während der COP 9 hat die Erwartung geweckt, dass in der Vorbereitungsphase der COP 10 unter deutscher Präsidentschaft doch noch einige spürbare Fortschritte auf den Weg gebracht werden. Der Deutsche Naturschutzring hofft, dass das NGO-Koordinierungsprojekt zur COP 9 nun auf die COP-10-Vorbereitung ausgeweitet wird.

Es ist schon abzusehen, was die Schwerpunkte der deutschen NGOs in den Debatten vor der COP 10 sein werden. Neben den CBD-Hauptthemen sind dies die Umsetzung der nationalen Biodiversitätsstrategie inklusive des Schutzgebietnetzwerks Natura 2000, die Konkretisierung der Business-and-Biodiversity-Initiative und eine intensive Diskussion der „Biosprit“-Problematik in Deutschland.

[Kommentar: Manfred Niekisch]

Prof. Dr. Manfred Niekisch ist Direktor des Zoologischen Gartens Frankfurt am Main, Professor für Internationalen Naturschutz an der Universität Greifswald und Vizepräsident des Deutschen Naturschutzrings.

Kontakt: Tel. +49 (0)69 / 212-33727, E-Mail: manfred.niekisch@stadt-frankfurt.de

Nachhaltigkeit

A-Z



E wie Ethik

Schon der Philosoph Spinoza wusste: »Es geschieht nichts in der Natur, was ihr als Schlechtigkeit zugerechnet werden kann.« Wir Menschen aber müssen uns fragen: Welcher Umgang mit der Natur ist normativ richtig und moralisch zu verantworten? Ethik alleine kann hier keinen Konsens herbeiführen. Das Buch zeigt aus humanökologischer Perspektive Potenziale für die Lösung globaler Umweltprobleme auf.

K. Bruckmeier, W. H. Serbser (Hrsg.)
Ethik und Umweltpolitik
 Humanökologische Positionen
 und Perspektiven
 oekom verlag, München 2008, 406 Seiten
 42,95 EUR, ISBN 978-3-86581-119-6

Erhältlich bei
www.oekom.de
oekom@de.rhenus.com
 Fax +49/(0)81 91/970 00-405

oekom
 verlag

Die guten Seiten der Zukunft

Illegaler Holzhandel**Herkunft jetzt nachweisbar**

■ Ab sofort kann auch für Holz anhand der Isotopenzusammensetzung die regionale Herkunft belegt werden. Der WWF hat dazu zusammen mit der Deutschen Bundesstiftung Umwelt (DBU) und dem Labor Agroisolab in Jülich ein Lebensmittelanalyseverfahren weiterentwickelt. Der WWF forderte die Importeure auf, künftig mithilfe der neuen Methode die Angaben ihrer Holzlieferanten zu prüfen. Der WWF verlangt eine Deklarationspflicht für Holz und ein EU-Gesetz, das den illegalen Handel unter Strafe stellt und die Unternehmen in die Pflicht nimmt. [bv]

- ▶ WWF, Forstreferent Johannes Zahnen, Frankfurt/M., Tel. +49 (0)69 / 79144191, Fax 617221, E-Mail: zahnen@wwf.de, www.wwf.de/wald

Forstzertifikate**PEFC ohne Umweltverbände**

■ Der Deutsche Naturschutzring (DNR) hat eine Anfrage des Forstzertifizierers PEFC Deutschland zur Mitarbeit am Revisionsprozess abgelehnt. Das PEFC-System weist nach Ansicht des DNR trotz anzuerkennender Verbesserungen immer noch zu große qualitative Unterschiede gegenüber dem anspruchsvolleren FSC-Standard auf. Zwei grundlegende strukturelle Mängel, so der DNR, machten die Beteiligung der Umweltverbände unmöglich: Zum einen verhindere die Satzung des Deutschen Forst-Zertifizierungsrates – des Expertengremiums von PEFC Deutschland – die gleichberechtigte Mitbestimmung der Umweltverbände. Zum anderen sei PEFC Deutschland Teil eines weltweiten Systems, in dem andere nationale Zertifizierungssysteme akkreditiert seien, die den Mindestanforderungen der Umweltverbände eindeutig nicht entsprächen. [bv]

- ▶ DNR, Präsident Hubert Weinzierl, Wiesenfelden/Niederbayern, Tel. +49 (0)9966 / 777, Fax 490
- ▶ www.pefc.de
- ▶ www.fsc-deutschland.de

STADT & REGION

EU-Umweltpreis**Grüner Stadt Wettbewerb**

■ Mitte Mai hat die Europäische Kommission den European Green Capital Award ausgeschrieben. Ab 2010 soll jedes Jahr eine europäische Großstadt, die sich besonders für ein umweltfreundliches urbanes Leben einsetzt, ausgezeichnet werden. EU-Umweltkommissar Stavros Dimas sagte, der Preis solle als Anreiz für die Städte dienen, die Lebensbedingungen ihrer BewohnerInnen zu verbessern. Im friedlichen Wettkampf könnten sie sich gegenseitig positiv beeinflussen. Anhand von zehn Umweltkriterien, darunter Klimawandel, Verkehr, Luft, Abfall und Wasser, wird die Siegerstadt bestimmt. Teilnehmen kann jede europäische Stadt mit mehr als 200.000 Einwohnern. Die Bewerbung für 2010 endet am 1. Oktober 2008. [jo]

- ▶ www.europeangreencapital.eu

Biodiversität**Netzwerk für Stadtnatur**

■ Ende Mai haben mehr als 400 WissenschaftlerInnen aus 50 Ländern das internationale Netzwerk Urbio für Forschung und Bildung gegründet. Urbio will auf die Bedeutung biologischer Vielfalt in Städten aufmerksam machen. Erstes Ergebnis der Konferenz in Erfurt war eine Erklärung, die an die UN-Biodiversitätskonferenz in Bonn weitergegeben wurde. Darin wird ein neues Arbeitsprogramm zu biologischer Vielfalt in Städten innerhalb der CBD gefordert. Das Urbio-Netzwerk will in den nächsten zwei Jahren die Arbeit der Vereinten Nationen bei der Umsetzung der CBD unterstützen. Während der nächsten Vertragsstaatenkonferenz, der COP 10 in Japan, soll eine Konferenz „Urbio 2010“ zu Biodiversität in Städten stattfinden. [jg]

- ▶ www.urbio2008.com

Klimaschutz

Wo ist die Klimakommune?

■ Das nordrhein-westfälische Umweltministerium sucht eine „Klimakommune“. Bewerben können sich Städte und Gemeinden auf dem Land, die sowohl Maßnahmen zum Klimaschutz als auch zur Anpassung an den Klimawandel umsetzen wollen. Für den Modellversuch stehen drei Millionen Euro zur Verfügung. Bis zum 15. Juli müssen interessierte Kommunen eine Kurzbeschreibung einreichen. Von diesen werden fünf ausgewählt, die dann ihren Vorschlag bis Ende des Jahres ausarbeiten. [jg]

► www.klimakommune.nrw.de

Solarförderung

Marburg wird „Ökodiktatur“

■ Die Stadtverordneten im hessischen Marburg haben am 20. Juni eine Solaratzung beschlossen, die Hauseigentümer verpflichtet, bei einem Neu- oder Umbau solarthermische Anlagen zu installieren. Das Regelwerk hat eine Härtefallklausel für Hausbesitzer, die sich den Bau nicht leisten können. Während Kritiker von „Ökodiktatur“ sprachen und glauben, die Satzung verstoße gegen geltendes Recht, wollen Hessen und Baden-Württemberg mittelfristig ähnliche Vorschriften einführen. [jg]

► www.marburg.de/detail/70999?vt=Solaratzung

TIERSCHUTZ & ETHIK

Pharma-Tierversuche

Tierquälerei ohne Nutzen

■ Der Pharmakonzern Bayer hat das Herzmedikament Trasyol vom Markt genommen, nachdem eine eingeschränkte Wirkung nachgewiesen wurde. Für den Deutschen Tierschutzbund ist das „ein er-

neuter Beweis dafür, dass in Tierversuchen erlangte Erkenntnisse keine Sicherheit für den Menschen bieten“. Der Verband verwies auf Studien der letzten Jahre, die den Nutzen von Tierversuchen für die Medizin infrage stellten. Ein Verbot von Tierversuchen könne sogar bessere Standards bei der Sicherheit von neuen Arzneimitteln ermöglichen. Die Bundesregierung solle sich dafür einsetzen, den Tierversuch auch auf EU-Ebene, wo in diesem Jahr die Überarbeitung des Tierversuchsrechts beginnt, durch moderne Methoden zu ersetzen.

Allein Bayer führte 2007 Tierversuche an über 70.000 Tieren durch. [io]

► Deutscher Tierschutzbund, Bonn, Tel. +49 (0)228 / 60496-24, Fax -40, www.tierschutzbund.de

Polizeiaktion in Österreich

Tierschutz, ein Dorn im Auge

■ Die österreichische Polizei hat im Mai zehn TierschützerInnen festgenommen. Die Staatsanwaltschaft wirft den in Untersuchungshaft sitzenden Aktivisten die Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung sowie die Beteiligung an Stinkbombenanschlägen vor. Am 21. Mai fanden 24 Hausdurchsuchungen bei sieben österreichischen Tierschutz- und Vegetarierversuchen statt. Brigid Weinzinger, Abgeordnete der Grünen, sprach von „unverhältnismäßigem Vorgehen“ der Polizei und forderte, jene Beschuldigten, denen keine konkreten Straftaten vorgeworfen werden, aus der U-Haft zu entlassen. Ein Rechtsbeistand der Verhafteten beklagte, dass zwei Tierschützern gegen ihren Willen und ohne gesetzliche Grundlage DNA-Proben entnommen worden seien. Im Zuge der Ermittlungen nahm das Landespolizeikommando auch eine Pressekonferenz der Grünen ins Visier. Die Behörden würden offenbar sowohl unbequeme Bürgerrechtsbewegungen als auch Grüne kriminalisieren, kommentierte deren Abgeordneter Peter Pilz. [tt]

► Die Grünen, Brigid Weinzinger, Wien, Tel. +43 (0)1 / 401106333, www.gruene.at (Themen)

EU-Ratspräsidentschaft

Sarkozy macht auf Security

■ Vom 1. Juli an hat Frankreich für sechs Monate die EU-Ratspräsidentschaft inne. Unter dem Motto „Ein schützendes Europa“ will Präsident Nicolas Sarkozy den Schwerpunkt auf Energie, Klimawandel, Verteidigung und Einwanderung legen. Auch die Gemeinsame Agrarpolitik wird ein wichtiges Thema sein, da Frankreich hier traditionell eine Sonderrolle einnimmt. Vor drei Jahren hatte die französische Bevölkerung gegen den EU-Vertrag gestimmt. Sarkozy will nun sein Land wieder „zurück nach Europa“ führen.

Das Arbeitsprogramm für die nächsten 18 Monate wurde inzwischen veröffentlicht. Das gemeinsame Papier der „Troika“ aus Frankreich und den beiden nachfolgenden Ratspräsidentschaften Tschechien und Schweden weist als Topthema die Annahme des EU-Energie- und Klimapakets aus. Außerdem steht die Revision der Richtlinien für Elektrogeräte und zur integrierten Vermeidung und Verminderung der Umweltverschmutzung (IVU-Richtlinie) an. Weitere Themen sind die nationalen Emissionsgrenzwerte sowie Verkehr, Gentechnik und Fischerei.

Ebenso im Programm sind der Umwelttechnologieaktionsplan (ETAP), die Meerespolitik sowie die Umsetzung der REACH-Regulierung und die Annahme der UN-Klassifizierung von Chemikalien. Für Mai 2009 ist ein Treffen zur Strategie eines internationalen Chemikalienmanagements (SAICM) vorgesehen. Im Dezember 2009 steht die EU-Nachhaltigkeitsstrategie auf dem Prüfstand. Im Rahmen der UN-Kommission für nachhaltige Entwicklung soll bis Ende 2009 ein Zehnjahresplan für nachhaltige Konsum- und Produktionsmuster aufgestellt werden. [jg]

► Französische Präsidentschaft: www.ue2008.fr

► Arbeitsprogramm Frankreich/Tschechien/Schweden (PDF, 89 S., 370 kB): <http://register.consilium.europa.eu/pdf/en/08/st10/st10093.en08.pdf>

Föderalismus

70. Umweltministerkonferenz

■ Auf der 70. Umweltministerkonferenz (UMK) im Juni in Mainz haben sich die VertreterInnen von 13 Bundesländern sowie des Bundes auf gemeinsame Positionen zur Nutzung von Biomasse geeinigt. Grundsätzlich müsse die stoffliche Verwertung Vorrang vor der energetischen Nutzung haben, heißt es in der Abschlusserklärung. Nachwachsende Rohstoffe dürften nur dann für die Produktion von Biokraftstoffen eingesetzt werden, wenn sie „einen anspruchsvollen Beitrag zur Minderung der Treibhausgasemissionen leisten und eine energieeffiziente Nutzung der Fläche erfolgt“. Gleichzeitig unterstützt die UMK aber das Ziel der EU-Kommission, den Biokraftstoffanteil bis 2020 auf zehn Prozent zu erhöhen. Die Bundesregierung solle sich dafür einsetzen, dass dabei vorrangig nachhaltig erzeugte Biomasse verwendet werde. Für Importe aus Drittstaaten müsse ein Zertifizierungssystem entwickelt werden.

Weitere Themen der UMK waren das Umweltgesetzbuch, Verschmutzungen durch Schiffe, Binnenschifffahrt in Ballungsräumen sowie die Förderung „fossilenergiefreier“ Neubauten. [ms]

► Bericht der 70. UMK: www.mufv.rlp.de/4912

Transparenz

Kodex für EU-Lobbyisten

■ Die EU-Kommission hat einen Verhaltenskodex für Lobbyisten vorgelegt. Er soll die Kontakte zwischen InteressenvertreterInnen und Kommissionsmitgliedern regeln. Es handele sich allerdings nicht um Vorschriften, sondern eher um eine Zusammenfassung bestehender Grundsätze, sagte der für Betrugsbekämpfung zuständige Kommissar Siim Kallas. Interessenvertreter sollen in Zukunft unter anderem:

- Namen und Organisation/en angeben;
- keine falschen Angaben zur Registrierung machen;
- Informationen unverzerrt, vollständig,

- aktuell und nicht irreführend geben;
- auf unlautere Methoden verzichten;
- EU-Bedienstete nicht zu Regelverstößen verleiten;
- die Geheimhaltungspflicht ehemaliger EU-Bediensteter respektieren.

Verstöße gegen diese Grundsätze kann die Kommission im schlimmsten Fall mit einem Ausschluss aus einem freiwilligen Lobbyistenregister bestrafen. Die konkrete Ausgestaltung des Registers will die Kommission Ende Juni vorstellen.

Paul de Clerck von der Initiative Alter-EU nannte den Verhaltenskodex enttäuschend. Er verhindere weder Interessenkonflikte noch finanzielle Einflussnahme. Auch fehle eine Übergangsfrist für ehemalige Kommissionsbedienstete bei einem Wechsel in die Wirtschaft. [ms]

- Verhaltenskodex der EU-Kommission: www.ec.europa.eu/transparency/index_de.htm

Ökodesignrichtlinie

Streit statt Aktionsplan

■ Industriekommissar Günter Verheugen und sein Kollege Stavros Dimas vom Umweltressort können sich nicht über die Reichweite der Richtlinie für energieverbrauchende Produkte einigen. Die sogenannte Ökodesignrichtlinie soll nach dem Willen von Dimas auch für andere Produkte gelten. Verheugen will eine Beschränkung nur auf Energieeffizienz durchsetzen. Dimas wolle hart bleiben und poche auf verbindliche Umweltstandards für neue Produktgruppen, berichtete der Informationsdienst ENDS Europe Daily.

Die erweiterte Ökodesignrichtlinie ist Teil eines bereits mehrfach verschobenen „Nachhaltigkeitspakets“ der EU-Kommission. Zu dem Paket gehören auch ein Aktionsplan für nachhaltige Produktions- und Konsummuster, die neue EMAS-III-Verordnung zum Umweltmanagement, eine überarbeitete Richtlinie für die Kennzeichnung von Ökoprodukten und eine Mitteilung über umweltfreundliche öffentliche Beschaffung. Weil sich nun die Kommission nicht über die Ökodesign-

richtlinie einigen kann, wird das gesamte Paket ständig verschoben.

Kritiker hatten bereits vor der offiziellen Vorlage des Pakets gewarnt, dass der Überkonsum in Europa damit nicht eingedämmt werden könne. Es müsse ein grundlegendes Umdenken beim Verhalten, beim Wirtschaftswachstum und der Berechnung des Bruttosozialprodukts geben. [jg]

- Argumentation von Stavros Dimas: www.europa.eu/rapid/ (Reference SPEECH/08/299)

EU-Umweltstrafrecht

Einigung bei Umweldelikten

■ EU-Parlament und -Ministerrat haben sich auf eine einheitlichere Anwendung des Strafrechts bei gravierenden Umweldelikten geeinigt. Das Parlament stimmte Ende Mai einem Bericht des deutschen Abgeordneten Hartmut Nassauer (Konservative) zu. Damit sind die Regierungen der Mitgliedstaaten angehalten, umweltschädigendes Verhalten strafrechtlich zu ahnden. Die noch fehlende Abstimmung im Rat gilt als Formsache.

Ursprünglich wollte die EU-Kommission in ihrer Vorlage auch ein einheitliches Strafmaß in allen Staaten einführen, um zu verhindern, dass Umweltsünder in die EU-Staaten mit den geringsten Strafen ausweichen. Dagegen hatte aber der Europäische Gerichtshof (EuGH) sein Veto eingelegt und auf die fehlende Zuständigkeit der Kommission in juristischen Fragen verwiesen. Zwar habe die EU im Bereich Umwelt das Initiativrecht, nicht jedoch für das Strafrecht.

Momentan gibt es zwischen den einzelnen EU-Mitgliedstaaten enorme Unterschiede in Art und Höhe der Strafen für Umweldelikte. In einzelnen Bereichen haben einige Staaten gar keine Strafen vorgesehen. So bleiben illegale Mülltransporte in Spanien und Portugal ebenso unbehandelt wie die Nutzung verbotener ozonschädigender Substanzen in Österreich. [ms]

- Entscheidung des Parlaments: www.europarl.eu (Aktuelles komplett – 20.05.2008)

Entwurf des Umweltgesetzbuchs

Mit Lücken und Tücken

■ Die deutschen Umweltverbände haben den Ende Mai vorgelegten Entwurf des Umweltgesetzbuchs scharf kritisiert und eine grundlegende Überarbeitung gefordert. „Seiner bundesweiten Leitfunktion mit Blick auf zukunftsfähige und vollzugstaugliche Regelungen des Naturschutzrechts“ werde der Entwurf nicht gerecht, heißt es in einer gemeinsamen Stellungnahme der Verbände Deutscher Naturschutzring (DNR), BUND, NABU, Bundesverband Beruflicher Naturschutz (BBN) und weiterer Organisationen aus dem DNR-Arbeitskreis Umweltgesetzbuch.

Hauptkritikpunkte sind die „Schwächung bewährter Naturschutzinstrumente und Qualitätsstandards“ wie Landschaftsplanung, Eingriffsregelung, gute fachliche Praxis und gesetzlicher Biotopschutz sowie die fehlenden bundeseinheitlichen Regelungen etwa zum Ökokonto. Zudem werde EU-Recht nur unzureichend umgesetzt, etwa bei den Klagerechten der Naturschutzverbände. Der Entwurf habe die Chance, neue Impulse für den Artenschutz und gegen den Klimawandel zu setzen und damit das Naturschutzrecht zu stärken, vertan. Die 120-seitige Stellungnahme wurde bei der Anhörung zum Gesetzentwurf an die Bundesregierung übergeben.

Besonders die Flexibilisierung der Eingriffsregelung ist den Verbänden ein Dorn im Auge. Wer die Natur beeinträchtigt, muss sich nach derzeitigem Recht zuallererst darum bemühen, dass dieser Eingriff „in natura“ ausgeglichen wird. Künftig sollen Schäden aber nur noch durch Geldzahlungen abgegolten werden. So verkomme Naturschutz zum Ablasshandel, kritisierten die Verbände. Bei entsprechender Ersatzgeldhöhe wären auch drastische Natureingriffe zulässig. [jg]

- ▶ DNR-Arbeitskreis Umweltgesetzbuch, Dr. Ellen Krüseemann, Oberhausen, Tel. +49 (0)208 / 8805921, E-Mail: lb.naturschutz@t-online.de, www.dnr.de/projekte
- ▶ Stellungnahme der Umweltverbände (PDF, 119 S., 1,1 MB): www.dnr.de/publikationen/news/docs/Stellungnahme11.06.08.pdf

Umweltrecht in EU-Staaten

Zugang zu Gerichten verbaut

■ Eine Studie der Generaldirektion Umwelt der EU-Kommission hat ergeben, dass der Zugang zu Gerichten in Umweltangelegenheiten nur in Dänemark gut ist. Neun weitere Mitgliedstaaten erhielten die Note befriedigend, zehn Ländern wurde bescheinigt, dass der Gerichtszugang besser sein könnte. Für fünf Länder, darunter Österreich, Deutschland und Großbritannien, lautete die Bewertung gar unbefriedigend. Die Ergebnisse wurden im Juni auf einer Konferenz in Brüssel vorgestellt und mit Mitgliedstaaten, Parlament, Verbänden und Gerichten diskutiert.

Deutschland kritisierte die Bewertung der Studie scharf. Einer Regulierung des Gerichtszuganges in Umweltangelegenheiten durch die EU werde man nicht zustimmen. Der Zugang zu Gerichten führe in Deutschland generell über den Grundrechtsschutz. Eine Ausweitung der Klagerechte auf Personen oder Vereinigungen, die ein begründetes Interesse nachweisen können, sei deshalb verworfen worden. Dem stehe jedoch eine besonders hohe Kontrolldichte gegenüber, sagte ein Vertreter des Bundesumweltministeriums auf der Konferenz. Die Umweltverbände setzten dem entgegen, die Reduzierung auf die grundrechtlich geschützten Rechte wie Gesundheit oder Eigentum konterkariere den Sinn der Verbandsklage, wenn die Verbände gerade dort kein Klagerecht hätten, wo Gemeinwohlinteressen betroffen seien.

Die Richtlinie zum Zugang zu Gerichten war 2004 vom EU-Ministerrat mit dem Argument gestoppt worden, die Unterschiede in den Rechtssystemen der Mitgliedstaaten seien zu groß und eine Mehrzahl der Mitgliedstaaten verfüge schon über Regelungen. Die Ergebnisse der Studie haben nun aber das Gegenteil gezeigt.

Frankreich, das ab Juli die EU-Ratspräsidentschaft innehat, scheint allerdings nicht an dem Thema interessiert zu sein.

[Franziska Mischek]

- ▶ Unabhängiges Institut für Umweltfragen (IfU), Franziska Mischek, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 428499333, www.ifu.de/umweltrecht

VERKEHR & TOURISMUS

Reform der Kfz-Steuer

CO₂-abhängige Steuer später

■ Die Umstellung der Kfz-Steuer vom Hubraum auf den Kohlendioxidausstoß gilt voraussichtlich erst ab 2010, ein Jahr später als vorgesehen. Das beschloss der Koalitionsausschuss von Union und SPD im Juni. Die Zuständigkeit für die Steuer liegt dann allein beim Bund. Für ihren Einnahmeausfall von derzeit knapp neun Milliarden Euro erhalten die Länder einen Ausgleich. Zudem einigte sich der Koalitionsgipfel darauf, dass Besitzer älterer Autos durch die Umstellung nicht mit Mehrbelastungen rechnen müssen. Offenbar soll ein linearer Steuertarif eingeführt werden. Damit würden Spritfresser nur unwesentlich höher besteuert als heute, kritisierte der Verkehrsclub Deutschland (VCD). Die Eckpunkte machten die Hoffnung auf mehr Klimaschutz zunichte. Die Umstellung der Kfz-Steuer soll den Kauf umweltfreundlicher Autos fördern, damit die Bundesrepublik ihr Klimaszutziel erreicht. [mbu]

- ▶ VCD, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 280351-0, Fax -10, E-Mail: mail@vcd.org, www.vcd.org

Deutscher Fahrradpreis

Best for bike 2008

■ Bis zum 18. Juli können sich Personen oder Projektträger um den deutschen Fahrradpreis „best for bike 2008“ bewerben. Im September wird in Köln die fahrradfreundlichste Entscheidung oder Persönlichkeit ausgezeichnet. Eingereicht werden kann eine breite Palette an Maßnahmen von Bauprojekten über Serviceleistungen bis zu Werbeaktionen. Der Wettbewerb wird vom Bundesverkehrsministerium und der Arbeitsgemeinschaft fahrradfreundliche Städte in NRW ausgerichtet. [mbu]

- ▶ www.best-for-bike.de

EU-Güterverkehr**Schluss mit leeren Lkws**

■ Das EU-Parlament will das sogenannte Kabotageverbot im Jahr 2014 abschaffen. Kabotage bezeichnet die Möglichkeit für Spediteure, auch außerhalb ihres Heimatlandes Waren zu transportieren. Das Verbot führt dazu, dass etwa ein deutscher Lkw, der Güter nach Spanien bringt, weder dort noch in Frankreich Inlandstransporte durchführen darf, sondern leer zurückfahren muss. Die Abgeordneten stimmten im Mai für einen Stufenplan, wonach künftig drei Kabotagefahrten pro Woche erlaubt sein sollen, ab 2010 sieben. 2014 sollen die Beschränkungen ganz fallen. Im Juni einigten sich die EU-Verkehrsminister jedoch auf drei Kabotagefahrten ab 2010. Das Parlament muss nun in zweiter Lesung darüber abstimmen. [mbu]

- EU-Gesetzgebungsverfahren:
www.kurzlink.de/mitentscheidung

Fahrradtourismus**Radkarte für Europatouren**

■ Wer demnächst eine Radtour von Hamburg nach Paris oder vom Nordkap an die Algarve plant, hat gute Karten: Seit Juni gibt der neue Faltpfad des Europäischen Radfahrverbandes ECF einen Überblick über das im Entstehen begriffene EuroVelo-Routennetz. Die Karte zeigt bereits bestehende Routen sowie die Art der Beschilderung. Auf der Rückseite werden zwölf europäische Radrouten vorgestellt und auf Deutsch und Englisch beschrieben. Außerdem werden Internetseiten genannt, die zum Beispiel über die Fahrradmitnahme in Zügen informieren. Mit EuroVelo verfolgt der ECF die Vision von einem europaweiten Radfernwegenetz. Auf den zwölf Routen können Radtouristen zurzeit etwa 45.000 Kilometer erkunden. Mehr als 66.000 Kilometer sollen es werden. [mbu]

- www.ecf.com, www.adfc.de

WASSER & MEERE

Badegewässerrichtlinie**Baden etwas weniger gesund**

■ Der jährliche Bericht der EU-Kommission über die Qualität von Badegewässern in Europa zeigt eine leichte Verschlechterung der Wasserqualität im Jahr 2007. Die überwiegende Mehrheit der Badegebiete in der EU entsprach jedoch den hohen EU-Hygienestandards. An den Küsten erfüllten 95 Prozent, an Flüssen und Seen 89 Prozent der Badegebiete die Vorgaben. 2007 wurden mehr als 21.000 Badegebiete in den EU-Mitgliedstaaten untersucht. Zur Feststellung der Qualität werden die Gewässer anhand physikalischer, chemischer und mikrobiologischer Parameter analysiert. Die Werte sind in der europäischen Badegewässerrichtlinie verbindlich festgelegt.

**ROBIN WOOD**

Unterstützen Sie unsere Kampagne für eine ökologische Verkehrswende, gegen den Börsengang der Bahn

Wenn Sie diesen Abschnitt abschicken, bekommen Sie ein kostenloses Probeexemplar des ROBIN WOOD-Magazins geschickt, das Sie über den Börsengang der Bahn und viele interessante Umweltthemen informiert.

STOPP BAHNVERKAUF

ROBIN WOOD e.V. Geschäftsstelle
Postfach 10 21 22 · 28021 Bremen
Tel.: 04 21 / 5 98 28 - 8
E-Mail: verkehr@robinwood.de
www.robinwood.de/verkehr

Deutschland lag 2007 im EU-Durchschnitt. Allerdings waren Strände an Nord- und Ostsee im vergangenen Jahr weniger sauber als 2006. Die Kontrolleure bemängelten die Wasserqualität an 20 von 350 deutschen Nord- und Ostseestränden, das sind knapp sechs Prozent. Im Jahr zuvor war es nach Angaben der EU-Kommission nur gut ein Prozent gewesen. Von den untersuchten 1.589 Badestellen an deutschen Binnengewässern erreichten 4,2 Prozent (2006: 4,5 Prozent) nicht den EU-Standard. Die Bundesländer, die für die Kontrolle der Badegewässer in Deutschland verantwortlich sind, beobachteten ein gewachsenes Interesse der Bevölkerung an Informationen über die Wasserqualität. [bv]

- ▶ www.kurzlink.de/eu-badegewaesser
- ▶ www.kurzlink.de/badegewaesser2007

Integrierte Meerespolitik

EU-Pläne in der Flaute

■ Das Europäische Parlament hat am 20. Mai über den Entwurf der EU-Kommission zur künftigen integrierten Europäischen Meerespolitik debattiert. Kritik äußerte das Parlament am „unverbindlichen“ Eingehen der Kommission auf den Klimawandel. Die Abgeordneten sprachen sich für eine Einbeziehung der Schifffahrt in den Emissionshandel aus. Weiterhin forderten sie die EU-Kommission auf, einen eigenen Aktionsplan zur Verringerung der Meeresverschmutzung von Land aus zu erarbeiten. 80 Prozent der Meeresverschmutzung werden durch Landeinträge verursacht. Außerdem forderte das Parlament die EU-Kommission auf, mehr Ehrgeiz bei der Bekämpfung der Schwefel- und Stickoxidemissionen von Schiffen zu zeigen und einen Plan zur Bergung gefährlicher Munitionsaltlasten in Nord- und Ostsee vorzulegen. Zudem sollen Fischerei- und Handelsschiffe der EU durch die Marine geschützt werden, um die Seepiraterie zu bekämpfen. [bv]

- ▶ www.europarl.eu (Aktuelles – 19.05.2008)
- ▶ www.ec.europa.eu/maritimeaffairs (Deutsch)

Fischereipolitik

Flexibler Fischen 2009

■ Die EU-Kommission will das Fischereimanagement 2009 flexibler gestalten. Mit der jährlichen Absichtserklärung vom Mai will die Kommission eine sachlich fundierte Erörterung mit allen Interessenvertretern in Gang bringen.

Der Erhaltungszustand der Bestände hat sich seit 2003 nicht verbessert. Die EU-Kommission will deswegen die zulässigen Gesamtfangmengen (TAC) von einem Jahr zum nächsten flexibler ändern, damit wirksamere Bestandserholungsmaßnahmen möglich werden. Dies soll auch den Fischern mehr Flexibilität bieten, wenn sich Bestände wieder erholt haben. Außerdem soll zur Steuerung des Fischereiaufwandes auf das System der Kilowatt-Tage umgestellt werden, das laut Kommission leichter zu kontrollieren und flexibler zu handhaben ist.

Seit der letzten Reform der Gemeinsamen Fischereipolitik 2002 werden die Gesamtfangmengen nach Ansicht von Naturschutzorganisationen auf einem zu hohen Niveau festgesetzt, sodass sich die erschöpften Bestände nicht erholen können. Zudem habe sich die Tage-auf-See-Regelung als wenig wirksam für eine Verringerung des Fischereiaufwandes erwiesen. Derzeit gelten 88 Prozent der Bestände in der EU als überfischt, weltweit sind es 25 Prozent. [bv]

- ▶ www.europa.eu/rapid/ (MEMO/08/353 sowie IP/08/828)

Gasleitung

EU soll Ostseepipeline kippen

■ Die EU-Institutionen und -Mitgliedstaaten sollten den Bau der 1.000 Kilometer langen Ostseepipeline von Russland nach Deutschland verhindern, falls sich bestätigt, dass das Projekt zu einer Umweltkatastrophe führen kann. Zu diesem Schluss kam der Petitionsausschuss des EU-Parlaments Ende Mai. Er kritisierte die mangelnde europäische Beteiligung bei der

Projektdurchführung und fordert nun eine unabhängige Umweltverträglichkeitsprüfung mit Zustimmung aller Anrainerstaaten. Eines der zu prüfenden Umweltrisiken betrifft rund 80.000 Tonnen Kampfmunition, die nach dem Zweiten Weltkrieg in der Ostsee versenkt wurden. Außerdem forderte der Ausschuss das Baukonsortium auf zu prüfen, ob die Pipeline über Land statt durch die Ostsee verlaufen kann.

Im Juli stimmt das EU-Parlament über die Sache ab. Verhindern kann es das Milliardenprojekt nicht. Allerdings könnte das Parlament massiven politischen Druck ausüben und den Gegnern des Projekts Rückenwind geben. [mv]

- ▶ Bericht: www.kurzlink.de/ep-peti-14-03-08.pdf

Hormongifte

Fische verweiblichen

■ Eine Ende Mai veröffentlichte Studie beschreibt besorgniserregende Fehlbildungen an Fischen in der Nord- und Ostsee. Die vom Institut für angewandte Ökologie (IFAÖ) für die Umweltprobenbank des Bundes (UPB) durchgeführte Untersuchung zeigte starke Veränderungen an den Geschlechtsorganen der Aalmutter (*Zoarces viviparus*): Weibliche Geschlechtszellen bildeten sich in den Hoden der männlichen Aalmutter und die Eizellen in den Eierstöcken der weiblichen Tiere waren bereits Wochen vor der Geschlechtsreife und dem Beginn der Paarungszeit massiv degeneriert. Solche Fehlbildungen werten Fachleute als Indiz für eine Belastung der Tiere mit hormonell aktiven Schadstoffen. Diese sogenannten endokrinen Stoffe können bei der Produktion und Verwendung von Industriechemikalien oder der Anwendung von Haushaltsprodukten, Pflanzenschutzmitteln und Medikamenten in das Meer gelangen. Bisher wissen die Forscher noch nicht, ob und wie die Fortpflanzung der Tiere beeinträchtigt wird. [bv]

- ▶ www.uba.de/umweltproben/aktuelles
- ▶ Studie (PDF, 39 S., 3,4 MB): www.kurzlink.de/aalgonaden.pdf

Überdüngung

Tote Zonen vervierfacht

■ Ein im Juni veröffentlichter WWF-Bericht warnt vor dem Erstickten der Küstenmeere. Von 1995 bis 2008 habe sich die Anzahl der weltweit vom Menschen verursachten sauerstofffreien Zonen von 44 auf 169 fast vervierfacht. Auf 150.000 bis 200.000 Quadratkilometern Meeresboden sei fast kein Leben mehr möglich. Weitere 246 Gebiete gelten als gefährdet.

Hauptursache für die Bildung der „Todeszonen“ ist die Überdüngung der Meere mit Nährstoffen aus der industriellen Landwirtschaft, aus Abfällen und aus der Verfeuerung fossiler Brennstoffe. Dies führt zu einer übermäßigen Entwicklung von Organismen und toxischen Algen, der sogenannten Algenblüte. Sterben die Algen ab, verbrauchen sie am Meeresboden Sauerstoff. Ein dauerhafter Sauerstoffmangel zerstört das Ökosystem. Weltweit am stärksten betroffen ist die Ostsee mit 42.000 bis 90.000 Quadratkilometern toter Zonen. Ihr Wasser enthält heute achtmal mehr Phosphor und viermal mehr Stickstoff als vor 100 Jahren.

Der WWF fordert, die Nährstoffeinträge in die Meere drastisch zu reduzieren. So müsse die EU aufhören, die Agrarindustrie mit Millionenbeträgen zu subventionieren. [bv]

- Studie: www.kurzlink.de/todeszonen
- WWF, Jochen Lamp, Leiter Ostseebüro, Stralsund, Tel. +49 (0)162 / 2914427, www.wwf.de/ostsee

Geoengineering

Gipfel stoppt Eisendüngung

■ Die UN-Biodiversitätskonferenz im Mai in Bonn hat auch ein De-facto-Moratorium für die großflächige und kommerzielle Düngung der Meere beschlossen. Die im Rahmen der Geoengineering-Projekte geplante Eisendüngung sollte das Algenwachstum in den Meeren ankurbeln und so der Atmosphäre Kohlendioxid entziehen. Unternehmen wie Planktos oder Climos hatten bereits erste größere Versuche

angekündigt. Die Unternehmen wollen mit den Algen als CO₂-Senken Geld durch den Verkauf von CO₂-Lizenzen zu verdienen. Solche Großversuche seien aber wegen der bisher unabsehbaren Folgen nicht gerechtfertigt, so die Begründung für das Moratorium, das allerdings keine rechtliche Bindung hat. Greenpeace hatte im vergangenen September in einem Bericht über Eisendüngung auf zahlreiche Wissenslücken aufmerksam gemacht. [bv]

- Studie: www.kurzlink.de/gp-meeresduengung

WIRTSCHAFT & UNTERNEHMEN

Unternehmensverantwortung

Für schärfere Haftungsregeln

■ Europäische Unternehmen müssen für Verstöße gegen Menschenrechte und Umweltauflagen in anderen Teilen der Welt haftbar gemacht werden können. Das fordert die Kampagne für Unternehmensgerechtigkeit (ECCJ), ein Netzwerk zivilgesellschaftlicher Gruppen, von der EU.

Viele Staaten sind laut ECCJ nicht in der Lage, ihre Bevölkerung und ihre Umwelt vor Rechtsverstößen durch internationale Konzerne zu schützen. Daher müssten die Herkunftsstaaten dieser Unternehmen den rechtlichen Rahmen für eine Ahndung der Vergehen schaffen. Hier müsse auch die EU aktiv werden. Neben einer möglichen strafrechtlichen Verfolgung solle sie von ihren internationalen Unternehmen verlangen, die sozialen und ökologischen Risiken in den Regionen, in denen sie tätig sind, offenzulegen. Mehr Transparenz und ein fester Rechtsrahmen schützten im Endeffekt diejenigen Unternehmen, die sich an die Vorschriften hielten, argumentiert ECCJ.

Zahlreiche EU-ParlamentarierInnen begrüßten die Initiative. Eine solche rechtliche Verantwortung ist in anderen Politikfeldern, etwa im Seerecht, bereits verankert. [ms]

- www.corporatejustice.org

DIE ZUKUNFT
DES
WIRTSCHAFTENS
HAT BEGONNEN!

2

2008

NEU!



SCHWERPUNKT

Langfristpolitik und sozial-ökologischer Wandel

Mit komplexen Problemen vorausschauend umgehen

WEITERE THEMEN

- Der Environmental Performance Index als fragwürdiges Instrument
- Die Fußball-Europameisterschaft als nachhaltiges Event
- Soziale Unternehmensführung als intuitives Handeln

JETZT
PROBEABO
ANFORDERN!

oekom@rhenus.de

Leseprobe, Informationen zur Zeitschrift und Abobedingungen:

www.oekologisches-wirtschaften.de

oekom
verlag

DNR INTERN

Gremien

DNR-Präsidium beschließt und informiert

■ Das Präsidium des Deutschen Naturschutzrings (DNR) hat auf seiner zweiten Sitzung dieses Jahres am 29. Mai Beschlüsse zur Kooperation mit Firmen sowie zur diesjährigen Mitgliederversammlung und zum Deutschen Naturschutztag 2008 gefasst:

Das Transparenzpapier über den Umgang mit Finanzmitteln aus der Wirtschaft und der Verbandsvertretung in anderen Gremien wird noch einmal überarbeitet. Dazu konnten wieder Stellungnahmen eingereicht werden. Nach erneuter Abstimmung im Präsidium wird das Papier an die Mitgliedsverbände weitergeleitet.

Das Präsidium stimmte dem Programmentwurf zum 29. Deutschen Naturschutztag (DNT) vom 16. bis 19. September 2008 in Karlsruhe zu. Das gedruckte Programm wird Ende Juli veröffentlicht. Die Informationen sind auch auf den Internetseiten der Veranstalter DNR, Bundesverband Beruflicher Naturschutz (BBN), Bundesamt für Naturschutz (BfN) sowie des Ministeriums für Ernährung und Ländlichen Raum Baden-Württemberg präsent.

Damian Ludewig wurde vom Präsidium gebeten, erneut als DNR-Vertreter für den Arbeitsausschuss der Klima-Allianz zu kandidieren.

Die Vorbereitungen zur diesjährigen Mitgliederversammlung sind bereits angelaufen. Sie findet am 29. November in Berlin statt. Neben einem umweltpolitischen Höhepunkt mit einem hochrangigen Referenten am Vormittag werden die alle vier Jahre stattfindenden Neuwahlen des DNR-Präsidiums ein weiterer Schwerpunkt dieser Versammlung sein.

Anlässlich der UN-Biodiversitätskonferenz hatte das Präsidium den Leiter der Projektstelle Forum Umwelt und Entwicklung Jürgen Maier und den Leitungskreisprecher Michael Frein zu einem Gedan-

ken austausch eingeladen. Die Einschätzungen über Verlauf und Ergebnisse der COP 9 (siehe auch S. 20 und 21) deckten sich weitestgehend. Die beiden Forum-Vertreter betonten, Umwelt- und Entwicklungsverbände hätten während der COP gut zusammengearbeitet, auch in ihrem Auftreten gegenüber der Öffentlichkeit. Sehr souverän im Vergleich zu den Vorgängerkonferenzen seien die VertreterInnen der indigenen Völker aufgetreten, auch in der Kooperation und Abstimmung mit den Nichtregierungsorganisationen aus dem Norden. Dieser neuen Qualität müsse künftig mehr Beachtung geschenkt werden.

Im Anschluss an die Präsidiumssitzung tagten das Präsidium und die Vertreterinnen des DNR-Betriebsrates. [hjh]

- ▶ DNR, stv. Generalsekretärin Helga Inden-Heinrich, Bonn, Tel. +49 (0)228 / 3590-05, Fax -96, E-Mail: info@dnr.de, www.dnr.de
- ▶ COP 9: www.forum-ue.de (Presse – 30.05.2008)

DNR-Geschäftsstelle

Umzug in Bonn

■ Nach dem Berliner DNR-Büro ist auch die Bonner Hauptgeschäftsstelle des Deutschen Naturschutzrings umgezogen. Sie befindet sich nach der Kündigung der alten Räume Am Michaelshof 8–10 jetzt in der Koblenzer Straße 65 ebenfalls in Bonn-Bad Godesberg. Telefon- und Faxnummern ändern sich nicht, auch E-Mail- und Internetadressen bleiben gleich.

Die Berliner Geschäftsstelle war bereits im Februar in die Marienstraße 19–20 in Berlin-Mitte gezogen. Dort arbeiten jetzt die EU-Koordination und das Redaktionsbüro mit der umwelt-aktuell-Redaktion sowie das Nachhaltigkeits-, Stromwechsel- und Quecksilberprojekt.

Der Gesamtumzug des DNR nach Berlin erfolgt zum 31. Dezember 2011. [mb]

- ▶ Deutscher Naturschutzring (DNR), Koblenzer Straße 65, D-53173 Bonn, Tel. +49 (0)228 / 3590-05, Fax -96, E-Mail: info@dnr.de, www.dnr.de

AUS DEN VERBÄNDEN

Großdemonstrationen

13. September: Klima schützen – Kohle stoppen

■ Die Klima-Allianz ruft für den 13. September zu zwei parallelen Demonstrationen an den Kohlekraftwerken Jänschwalde bei Cottbus (Brandenburg) und Staudinger bei Hanau (Hessen) auf. Aus Sicht des Bündnisses von über 90 Organisationen ist das Klimaziel der Bundesregierung – 40 Prozent weniger CO₂-Emissionen bis 2020 – mit neuen Kohlekraftwerken nicht zu erreichen. Kohle setzt im Vergleich zu anderen fossilen Energieträgern besonders viel CO₂ frei. Die Klima-Allianz kritisiert, dass durch den Bau neuer Kohlekraftwerke mit einer Laufzeit von 40 bis 50 Jahren hohe CO₂-Emissionen über Jahrzehnte festgeschrieben und die Weiterentwicklung CO₂-armer Alternativen wie erneuerbarer Energien behindert würden.

Bei Jänschwalde plant Vattenfall fünf neue Braunkohletagebaue, um die Laufzeit bestehender Kraftwerksblöcke über 2020 hinaus verlängern zu können. Das würde den Kraftwerkspark in Jänschwalde zum fünftgrößten CO₂-Emittenten Europas machen. Für die neuen Tagebaue müssten fast 4.000 Menschen umsiedeln. Im Herbst startet ein Volksbegehren „Keine neuen Tagebaue“, das die Klima-Allianz mit ihrer Demonstration unterstützen möchte.

Am Standort Staudinger soll ein neuer Kraftwerksblock drei alte ersetzen, die Eon ab 2012 abschalten möchte. Der neue Block 6 soll jedoch erheblich größere Kapazitäten haben, sodass die CO₂-Emissionen von fünf auf acht Millionen Tonnen im Jahr ansteigen würden. Der größte Teil der Kohle soll per Schiff aus Norwegen und Südafrika kommen, wo er unter katastrophalen Umwelt- und Sozialbedingungen gefördert wird. [ch]

- ▶ Die Klima-Allianz, Christina Hering, Berlin, Tel. 030 / 6781775-72, Fax -80, E-Mail: hering@forumue.de, www.die-klima-allianz.de

Spitzengespräch

Bei Bundespräsident Köhler

■ Das bereits zur Tradition gewordene jährliche Treffen des Bundespräsidenten mit den Vorsitzenden der großen Umweltorganisationen DNR, BUND, NABU, Greenpeace und WWF fand am 10. Juni in Berlin statt. Die Teilnehmer sprachen von einem „erfolgreichen“ Gedankenaustausch. Bundespräsident Horst Köhler will den vom Deutschen Naturschutzring (DNR) in einer Studie vorgestellten Einfluss schädlicher Subventionen für die Bedrohung der biologischen Vielfalt (umwelt aktuell 06.08, S. 2) in einer seiner Reden aufgreifen. Außerdem ist eine gemeinsame Veranstaltung der Umweltverbände mit dem Bundespräsidenten zur Zukunft des ländlichen Raums vorgesehen. [mb]

- ▶ DNR, Generalsekretär Helmut Röscheisen, Bonn, Tel. +49 (0)228 / 3590-05, Fax -96, E-Mail: sekretariat@dnr.de, www.dnr.de

Deutscher Rat für Landespflege

Neue Stiftung errichtet

■ Mitglieder des Deutschen Rates für Landespflege (DRL) und dem Rat nahestehende Personen haben als Stifter die „Stiftung des Deutschen Rates für Landespflege“ eingerichtet. Zweck ist die langfristige Beschaffung von Mitteln für den Rat im Sinne der 1961 beschlossenen Grünen Charta von der Mainau. Die gemeinnützige Stiftung liegt in Trägerschaft der Lennart-Bernadotte-Stiftung auf der Insel Mainau bei Konstanz. Gemeinnützigkeit und Steuerfreistellung sind bereits anerkannt.

Der Deutsche Rat für Landespflege ist ein interdisziplinäres, unabhängiges und ehrenamtliches Expertengremium aus Vertretern von Wasserwirtschaft, Ökologie, Landes- und Städteplanung, Landschaftsökologie, Umweltmedizin, Umweltethik, Agrar- und Forstwissenschaften, Rechtswissenschaften und Ökonomie. [mb]

- ▶ DRL e.V., Bonn, Tel. +49 (0)228 / 331097, E-Mail: drl-bonn@t-online.de, www.landespflege.de

BMU-Verbandeförderung

Antragsschluss im August

■ Zur Unterstützung von Verbänden und Vereinigungen vergibt das Bundesumweltministerium (BMU) auch im Jahr 2009 Zuschüsse für Umwelt- und Naturschutzprojekte, die „das Bewusstsein und das Engagement für Umweltschutz und Naturschutz stärken“. Hierzu gehören laut BMU vor allem Projekte zu aktuellen politischen Schwerpunkten, Kinder- und Jugendprojekte mit hoher Breitenwirkung, Projekte, die umwelt- und naturverträgliches Verhalten fördern, sowie Maßnahmen der Umweltberatung und Fortbildung. An den Maßnahmen muss ein besonderes Bundesinteresse bestehen. Wissenschaftliche Forschung und Investitionen werden nicht gefördert. Die Anträge müssen bis zum 24. August in elektronischer und in Papierform an die angegebenen Adressen geschickt werden. [mb]

- ▶ Informationen, Antragsformular: www.bmu.de (Förderprogramme – Verbandeförderung)
- ▶ Umweltschutzprojekte: Umweltbundesamt, Fachgebiet I 1.3, Wörlitzer Platz 1, 06844 Dessau
- ▶ Naturschutzprojekte: Bundesamt für Naturschutz, Referat GK, Konstantinstr. 10, 53179 Bonn

FÖS

Neuer Name, alte Forderungen

■ Der Förderverein Ökologische Steuerreform (FÖS) hat sich umbenannt. „Forum Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft – Green Budget Germany“ ist der neue Name, den die Mitgliederversammlung im Juni beschloss. Den Adam-Smith-Preis für marktwirtschaftliche Umweltpolitik verlieh der FÖS an Barbara Hendricks (SPD) und Reinhard Loske (Grüne). Die PolitikerInnen seien maßgeblich an der Umsetzung der Ökologischen Steuerreform beteiligt gewesen, so der wiedergewählte FÖS-Vorsitzende Anselm Görres. [io]

- ▶ Forum Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft (FÖS), München, Tel. +49 (0)89 / 520113-13, Fax -14, E-Mail: foes@foes.de, www.foes.de

PREISE & AUSSCHREIBUNGEN

Mensch und Natur 2008

Pfiffige Freiwillige vor!

■ Zum achten Mal zeichnen die Sendung ZDF.umwelt und die Deutsche Bundesstiftung Umwelt (DBU) freiwillig im Naturschutz Aktive aus. Am Wettbewerb „Mensch und Natur“ (muna) können sich bis zum 20. August Einzelpersonen und Gruppen beteiligen, die in ihrer Freizeit „mit Tatkraft und pfiffigen Ideen zum Erhalt der Natur beitragen“ oder Naturschutzthemen erfolgreich in der Öffentlichkeit vermitteln. Der Preis wird in fünf Kategorien vergeben und ist mit insgesamt 25.000 Euro dotiert. Die Preise werden am 7. November in Osnabrück verliehen. [mb]

- ▶ DBU, Uwe Fuellhaas, Osnabrück, Tel. +49 (0)541 / 9633-930, Fax -990, www.dbu.de/muna

DUH-Umwelt-Medienpreis

Über Lebensgrundlagen

■ Die Deutsche Umwelthilfe (DUH) vergibt in diesem Jahr zum 13. Mal den Umwelt-Medienpreis für herausragende journalistische und schriftstellerische Leistungen zum Thema „Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen“. Die Auszeichnung soll Autoren und Autorinnen anspornen, sich mit der Zukunft der Erde sowie mit Chancen und Risiken künftiger Entwicklungen für Mensch und Natur auseinanderzusetzen. Wer den Preis bekommt, entscheidet der Bundesvorstand der DUH. Die Preisverleihung findet in Berlin statt und wird bundesweit bekannt gemacht. Es handelt sich um eine undotierte Auszeichnung. Bis zum 31. August können Journalisten, Filmrinnen, Redakteure, Umweltgruppen, Autorinnen und Verleger für den Preis vorgeschlagen werden. [mbu]

- ▶ DUH-Umwelt-Medienpreis, Erika Blank, Radolfzell, Tel. +49 (0)7732 / 9995-90, Fax -88, E-Mail: blank@duh.de, www.duh.de (Presse)

Solarpreise**Erneuerbaren-Vorbilder europaweit gesucht**

■ Die Ausschreibung für die nationalen und Europäischen Solarpreise 2008 hat begonnen. Eurosolar, die europäische Vereinigung für erneuerbare Energien mit Sektionen in Deutschland, Österreich, Luxemburg und zehn weiteren Ländern, bittet um Nominierungen. Gesucht werden Projekte, die sich bei der Nutzung von erneuerbaren Energien bereits bewährt haben. Sie müssen spätestens Ende 2008 abgeschlossen sein. Eine Jury ermittelt die Preisträger in neun verschiedenen Kategorien, darunter Kommunen, Betriebe, Vereine, Medien und Bildungseinrichtungen, aber auch „Transportsysteme mit erneuerbaren Energien“ und „Solares Bauen“. Bildungseinrichtungen und private Plusenergiehäuser können eine Solarplakette gewinnen.

Die Sieger der nationalen Solarpreise qualifizieren sich automatisch für das europäische Auswahlverfahren. Die Projektbeschreibungen sind bis zum 31. Juli einzureichen. **[tt, mb]**

► Eurosolar, Daniel Craffonara, Bonn, Tel. +49 (0)228 / 362375, Fax 361279, E-Mail: info@eurosolar.org, www.eurosolar.de

Klimawettbewerb**Wer rettet die Alpen?**

■ Die Internationale Alpenschutzkommission Cipra hat im Rahmen ihres Projekts „cc.alps“ einen Wettbewerb mit Preisen im Gesamtwert von 100.000 Euro ins Leben gerufen. Passend zum cc.alps-Motto „Klimawandel: Einen Schritt weiter denken“ sollen Projekte, mit denen die Folgen des Klimawandels in den Alpen gemildert oder die Anpassung an die Folgen vereinfacht werden können, ausgezeichnet werden. Die Hauptpreise betragen 20.000, die Nebenpreise 10.000 Euro. Teilnehmen können sowohl Privatpersonen und Firmen als auch Vereine, Verwaltungen und andere Organisationen. Einreichtermin ist der 31. Juli.

Cipra ist eine nichtstaatliche Dachorganisation mit nationalen Vertretungen in den Alpenländern, die rund 100 Verbände und Organisationen aus sieben Alpenstaaten vertritt. Sie arbeitet für eine nachhaltige Entwicklung in den Alpen und setzt sich für das Natur- und Kulturerbe und die regionale Vielfalt sowie für Lösungen grenzüberschreitender Probleme ein. **[io]**

► cc.alps, Aurelia Ullrich, Schaan (Liechtenstein), Tel. +423 (0)237 / 4033, E-Mail: aurelia.ullrich@cipra.org, www.cipra.org/cc.alps

B.A.U.M.-Umweltpreis**Klaus Töpfer und Reinhold Messner geehrt**

■ Die diesjährigen B.A.U.M.-Umweltpreise sind im Juni in Stuttgart an Persönlichkeiten aus Wirtschaft, Wissenschaft und Medien verliehen worden. Der Umweltpolitiker Klaus Töpfer wurde für seinen Einsatz für Ökologie und Völkerverständigung besonders in der Dritten Welt geehrt. Für Töpfer bedeute Umweltpolitik immer auch Friedenspolitik, sagte der Präsident des Deutschen Naturschutzrings, Hubert Weinzierl, in seiner Laudatio. Der Bergsteiger Reinhold Messner erhielt die Auszeichnung des Bundesdeutschen Arbeitskreises für Umweltbewusstes Management für sein soziales Engagement für alpine Bergvölker. Bundesumweltminister Sigmar Gabriel und der baden-württembergische Ministerpräsident Günther Oettinger überreichten die Preise.

Weitere Preisträger sind Eckhard Thies vom Autokonzern ZF Friedrichshafen, der Naturschutzmanager Claus-Peter Hutter, der Klimaforscher Hans Joachim Schellnhuber und das ZDF-Magazin Frontal 21. **[mb]**

► B.A.U.M. e.V., Hamburg, Tel. +49 (0)40 / 49071100, www.baum-umweltpreis.de

UNDISZIPLINIERT!

FORSCHUNG OHNE FACHGRENZEN

GAIA – ÖKOLOGISCHE PERSPEKTIVEN
FÜR WISSENSCHAFT UND GESELLSCHAFT

ist eine transdisziplinäre Zeitschrift für Wissenschaftler und
Wissenschaftsinteressierte, die sich mit Hintergründen, Analysen
und Lösungen von Umwelt- und Nachhaltigkeitsproblemen befassen.



Fordern Sie ein PROBE-ABO an! Infos unter www.oekom.de/gaia



REZENSIONEN

Konsumieren mit Köpfchen

Mehr oder weniger Konsum gilt – je nach Standpunkt – als Allheilmittel zur Durchsetzung der Pläne ganz unterschiedlicher Interessenvertreter. Ob diese Unterschiede unter einen Hut gebracht werden können, haben WirtschaftswissenschaftlerInnen untersucht.



■ Politiker werden nicht müde, für einen gesteigerten Konsum zu plädieren. Ihr Argument: Damit könne die Wirtschaft angekurbelt, die Arbeitslosigkeit abgebaut werden.

Umweltverbände hingegen setzen sich für weniger Verbrauch ein, weil dadurch die begrenzten Ressourcen geschont werden. Angesichts der Knappheit dieser Ressourcen und des Klimawandels müssen sich die Industrieländer mit den Fragen beschäftigen: Was ist nachhaltiger Konsum? Wer ist dafür verantwortlich? Welche Rolle spielt dabei die Verbraucherpolitik?

Darauf versuchen die AutorInnen Antworten zu geben. Im Rahmen des Verbundforschungsprojekts „Nachhaltiger Konsum und Verbraucherpolitik im 21. Jahrhundert“ an der TU München untersuchten sie dafür das Verbraucherverhalten in puncto Ernährung, beim Wohnen und bei der Fortbewegung. Kaufen diejenigen auch tatsächlich im Bioladen ein, die im Fragebogen angeben, dass sie Ökoprodukte gut finden? Wer fährt mit dem Fahrrad zur Arbeit, wer achtet auf vernünftiges Heizen in den eigenen vier Wänden?

Die Verfasser, überwiegend Wirtschaftswissenschaftler, plädieren für eine neue Verbraucherpolitik, die verschiedene Akteure zur Verantwortung zieht. Denn, so ihr Fazit, König Kunde kann nicht allein für nachhaltigen Konsum (oder den Verzicht darauf) in die Pflicht genommen werden. Hier sind auch der Staat, Unternehmen, Verbände und die Medien gefragt.

Die Verbraucherpolitik steht im Mittelpunkt der Betrachtung, weil ohne sie nachhaltiger Konsum keine Chance hat.

Von Anfang an war die geteilte Verantwortung für nachhaltigen Konsum Leitidee der ForscherInnen. Genau dies verbirgt sich auch hinter dem sperrigen Begriff „polyzentrische Verbraucherpolitik“. Die empirischen Untersuchungen ergaben allerdings kein einheitliches Bild. Wie die WissenschaftlerInnen feststellten, lassen sich „Otto Normalverbraucher“ oder „König Kunde“ nicht über einen Kamm scheren, sondern sind äußerst heterogen. Es gibt nicht „die Verbrauchergruppe“, die sich nachhaltig verhält. Ebenso wenig existiert „die Politik“ oder „die Wirtschaft“, die sich nachhaltigem Konsum verpflichtet oder widersetzt. Allerdings haben die AutorInnen bei allen Akteuren eine Kerngruppe ausgemacht, die sich mit nachhaltigem Konsum auseinandersetzt und sich entsprechend verhält. Zum Beispiel können VerbraucherInnen im Kleinen etwas bewegen, indem sie Produkte aus fairem Handel kaufen oder ihre Plastiktüte wiederverwenden.

Der Nachhaltigkeitsbegriff, wie wir ihn kennen, geht auf den Umweltgipfel von Rio de Janeiro 1992 zurück. Dort kam man zu dem Schluss, dass nicht-nachhaltige Konsum- und Produktionsweisen die Hauptursache für globale Umweltprobleme seien. Deshalb sollten alle Länder, voran die Industriestaaten, nachhaltige Konsummuster fördern. Von Anfang an galt also Konsum als zentraler Ansatzpunkt für eine nachhaltige Entwicklung. Wir VerbraucherInnen haben es in der Hand: Laden wir nachhaltig hergestellte Produkte in unseren Einkaufskorb, verschwenden wir keine Ressourcen. Dann darf es gern auch mal etwas mehr sein.

[Marion Busch]

► Belz, F.-M. et al. (Hrsg.): Nachhaltiger Konsum und Verbraucherpolitik im 21. Jahrhundert. Metropolis, Marburg 2007, 323 S., 34,80 €, ISBN 978-3-89518-601-1

Energie. Macht. Leben

Ein großer Titel und viel Bewegung in der Energiedebatte, die Erkenntnisse schnell veralten lassen. Highlights gibt es im vorliegenden Sammelband dennoch.



■ Im Titel dieses Sammelbandes steckt alles drin: Spannung, Menschliches, Grundsätzliches. Hohe Erwartungen, die die Herausgeber wecken. Doch leider hält

der Band nur bedingt, was der Titel verspricht. Dafür sind die insgesamt elf Artikel, die auf einer Vorlesungsreihe im Sommersemester 2007 an der Universität Cottbus beruhen, zu wenig aufeinander abgestimmt, zu dünn, zu unverständlich strukturiert. Bei vier Beiträgen, die ursprünglich als Podiumsdiskussion organisiert waren, fehlt jeder Hinweis auf eine Diskussion – obwohl man ahnt, dass es im Hörsaal durchaus interessant gewesen sein muss, als Braunkohle auf Windenergie stieß und Verbraucherschutz auf Unternehmensinteressen.

Zudem leidet das Heft an den rasanten politischen Entwicklungen in der Energiepolitik. Einige der über ein Jahr alten Artikel sind in Teilen bereits veraltet. Zwar vermerken die Herausgeber im Vorwort einige jüngere Entwicklungen, doch eine Aktualisierung hätte den Texten gutgetan. Nicht ersichtlich ist zudem, welche inhaltlichen Überlegungen hinter der Auswahl der Beiträge stehen. Neben einigen Überblicksartikeln werden einzelne Themen wie Wärmedämmung an Gebäuden oder Windenergie sehr detailliert betrachtet, zu anderen finden sich nur vereinzelte Hinweise. Zu letzteren zählt auch die CO₂-Abscheidung und -Speicherung – ein Thema, das man bei der Brandenburgischen Technischen Universität unwillkürlich erwartet hätte. Als letzter Kritikpunkt sei auf das Geschlechterverhältnis der Autorenschaft verwiesen: Männer elf, Frauen null.

Doch diese Schwächen sollten nicht

darüber hinwegtäuschen, dass der Sammelband einige sehr interessante Artikel und Ansätze enthält. So blickt etwa der ehemalige Atommanager und spätere Atomkraftgegner Klaus Traube auf die Jahrzehnte der energiepolitischen Diskussionen in der Bundesrepublik zurück und stellt einige erstaunliche Parallelen zur heutigen Debatte fest. Holger Krawinkel verdeutlicht, welches die Interessen der Verbraucher sind, und Wolf Schluchter denkt über völlig neue Ansätze wie das virtuelle Kraftwerk nach. Auch Hartwig Berger wirft interessante Fragen auf, etwa die, warum der Übergang vom fossilen zu einem solaren Energiesystem so unerschämte lange dauert. Seine These: Es geht nicht nur darum, eine Technologie gegen eine andere auszutauschen, sondern um Gewohnheiten, Denkweisen, Mentalitäten. Die Menschen haben das fossile Zeitalter so verinnerlicht, dass grundlegende strukturelle Veränderungen notwendig sind, wenn wir den Wandel schaffen wollen.

Letztlich verhält es sich mit „Energie. Macht. Leben“ wie mit vielen Sammelbänden: Einige schwache Artikel und eine etwas unklare Struktur trüben das Auge für die versteckten Highlights, die die Herausgeber in diesem Fall leider nur unzureichend herauszustellen vermochten.

[Markus Steigenberger]

- ▶ Schluchter, W.; Becker, J.; Elger, U. (Hrsg.): Energie. Macht. Leben. Band zur Vortragsreihe des Humanökologischen Zentrums der BTU Cottbus im Sommersemester 2007, Cottbus 2008, 112 S., ISSN 1434-6834. Kostenloser Download (3 MB): www.kurzlink.de/btu-hoez-bose07.pdf

Energiesparen beim Ackern



Immer mehr Menschen auf der Erde brauchen immer mehr zu essen. Die Welternährungskrise beherrscht in diesem Jahr über lange Zeit die Schlagzeilen.

Gleichzeitig ist die Europäische Union

dabei, die Agrarsubventionen zu kürzen. Zudem werden immer häufiger landwirtschaftliche Flächen für den Anbau von Energiepflanzen für Biosprit genutzt. Für die weltweite Agrarwirtschaft bedeutet dies: Die unterschiedlichen Interessen müssen unter einen Hut gebracht werden.

Wie dies geschehen kann, darüber haben im April 2008 zahlreiche VertreterInnen aus Wissenschaft, Industrie und Politik in Fulda diskutiert. Aus der Vortragstagung des Kuratoriums für Technik und Bauwesen in der Landwirtschaft (KTBL) ging das Buch „Energieeffiziente Landwirtschaft“ hervor. Die AutorInnen beschreiben darin Möglichkeiten für einen sparsameren Energieeinsatz in der Agrarproduktion. Die effizientere Nutzung von Fläche, Wasser und Nährstoffen steht im Mittelpunkt der Betrachtungen. Das Buch zeigt den aktuellen Wissensstand beim Pflanzenbau, der Tierhaltung und den regenerativen Energien.

Die historische Entwicklung vom Ackern mit Nutztieren und menschlicher Handarbeit bis zum Fahren eines Traktors ist Thema in Kapitel I. Weitere Autoren beleuchten ökonomische Aspekte der Agrarwirtschaft sowie die Ökobilanzen von Düngemitteln oder Pestiziden. Neben dem Ackerbau geht es in dem Buch auch um den optimalen Energieeinsatz in der Tierhaltung: An welchen Stellen können dort Heizwärme und Strom gespart werden? Als eine Alternative nennt der Verfasser des Kapitels die Erdwärmenutzung in der Kinderstube der Schweinchen, im Fachjargon Abferkelstall genannt. Die zusätzliche Einnahmequelle für Bäuerinnen und Bauern, nämlich den Anbau von Energiepflanzen zur Biospritproduktion analysieren die AutorInnen ebenso wie die Abwärmenutzung von Biogasanlagen.

Nicht nur für Techniker eine interessante Lektüre, sondern für alle, denen eine Landwirtschaft am Herzen liegt, in der nicht länger kostbare Ressourcen verschwendet werden.

[Marion Busch]

- ▶ Kuratorium für Technik und Bauwesen in der Landwirtschaft (Hrsg.): Energieeffiziente Landwirtschaft. KTBL-Schrift 11463, Darmstadt 2008, 248 S., 25,- €, ISBN 978-3-939371-59-5

Die Klimasau drinlassen



Klaus Füsser, studierter Bauingenieur und Journalist mit dem Schwerpunkt Klimaschutz, wollte wissen, wie klimabelastend oder klimafreundlich seine eigene Familie

lebt. Er fand zunächst heraus, dass jeder Bundesbürger im Durchschnitt elf Tonnen Klimagase im Jahr erzeugt, wobei das persönliche Spektrum von 3,5 bis 35 Tonnen reicht. Eine global verträgliche Emission läge bei zwei Tonnen pro Erdenbürger.

Füsser hat dann recherchiert und gerechnet, um den einzelnen „Klimasauern“ und den alternativen Handlungsmöglichkeiten den jeweiligen Ausstoß des Treibhausgases CO₂ zuzuordnen zu können. Herausgekommen ist ein übersichtlich gegliederter Klima-Check für jedermann und -frau, der einerseits eine Abschätzung des persönlichen Beitrags zum CO₂-Ausstoß ermöglicht und andererseits mit praktischen Tipps Einsparpotenziale aufzeigt. Wobei Einsparen bei Füsser nicht Askese heißt, sondern vor allem bewusster und gesünder leben, technische Fortschritte nutzen und Gewohnheiten infrage stellen.

Mit 40 Tipps und kurzen Hintergrundbeiträgen erschließt er die Themen Konsum, Heizung und Warmwasser, Verkehr, Ernährung sowie Stromnutzung im Haushalt. Er sortiert, was besonders effektiv ist, und beschreibt, wie Lebensqualität mit umweltbewusstem Verhalten zusammengeht. Neben dem Klimarechner bietet das Buch auch noch ein Schema für ein systematisches persönliches Klimaschutzprogramm.

Während Füsser schön knapp und keinesfalls moralisch, aber auch eher trocken, faktenreich und sachorientiert schreibt und sich sein Buch damit als Praxishilfe für den zu handeln Gewillten eignet, sollte man Menschen, die erst noch erwärmt werden müssen, die Klimasau auch im eigenen Leben zu suchen, vielleicht zuvor Peter Unfrieds Buch „Öko. Al Gore, der

neue Kühlschrank und ich“ (umwelt aktuell 04.08, S. 32) verabreichen.

[Roland Quester]

- Füsser, K.: Bin ich eine Klimasau? Klima schützen und damit besser leben. Riemann, München 2008, 240 S., 12,95 €, ISBN 978-3-570-50094-1

Bewegungshandbuch

■ 770 Seiten hat das Handbuch über soziale Bewegungen, das von Anti-Arbeiter- bis Schwulenbewegung zwanzig unterschiedliche Themenfelder beschreibt. Die selbst hochgradig engagierten AutorInnen sahen sich dabei unter anderem mit dem Problem konfrontiert, dass sich Bewegungen stetig im Prozess befinden und es in Deutschland keine etablierte Bewegungsforschung gibt. Durch eine klare Strukturierung der einzelnen Kapitel ist es dennoch gelungen, grundlegende Entwicklungslinien, Ideologien und Ziele sowie Strategien und Aktionen der jeweiligen Bewegungen aufzuzeichnen. Wer auf schnelle Weise einen Überblick über die Strömungen der letzten Jahrzehnte haben möchte, dem sei das Handbuch sehr empfohlen.

Für einen detaillierten Blick auf die einzelnen Aspekte ist jedoch andere Literatur nötig (Liste im Anhang). Für die Umwelt- und Tierschutzbewegung, Autor ist Karl-Werner Brand, sind beispielsweise nur 24 Seiten reserviert, wobei der Anti-Atomkraftbewegung ein eigenes Kapitel (Dieter Rucht) gewidmet ist. Brands Fazit: Die Umwelt- und Tierschutzbewegung in Deutschland habe „ihre Mobilisierungskraft keineswegs eingebüßt“, auch wenn das „klare Feindbild“ durch relative Erfolge verloren gegangen sei. Als Bewegung werde sie intern immer wieder gegen eine Opposition ankämpfen, die radikalere Zielsetzungen verfolge, könne sich dabei aber auf stabile Infrastrukturen und eine wachsende öffentliche Sensibilität verlassen.

[jg]

- Roth, R.; Rucht, D. (Hrsg.): Die sozialen Bewegungen in Deutschland seit 1945. Ein Handbuch. Campus, Frankfurt/Main, 770 S., 49,90 €, ISBN 978-3-593-38372-9

INTERNET

Chemikaliensensibilität

■ Das von Betroffenen, deren Angehörigen und Freunden, Rechtsanwälten, Wissenschaftlern und

Umweltmedizinern aus den USA und Deutschland gegründete Chemical Sensitivity Network (CSN) bietet auf seiner Internetseite umfangreiche Informationen zu Chemikaliensensibilität und Umweltkrankheiten. Die Seite weist auf besondere Kliniken hin und gibt allgemeine Ratschläge für schon Betroffene. Außerdem gibt es ein Forum und ein Gästebuch. Die Webseite richtet sich jedoch nicht nur an Erkrankte, sie will im Allgemeinen über Chemikaliensensibilität und andere Umweltkrankheiten aufklären. So wird beispielsweise in der Rubrik Umweltpolitik auf die aktuelle politische und gesetzliche Lage in Deutschland aufmerksam gemacht. Zusätzlich zur Webseite gibt es auch einen CSN-Blog mit über dreißig Themen, darunter die Krankmacher Schule, Beruf, Pestizide und Duftstoffe oder auch die Rubriken Menschenrechte, Umweltschutz und Lifestyle.

[io]

- www.csn-deutschland.de
- www.csn-deutschland.de/blog

Schweizer Biobauernaustausch

■ Das Forschungsinstitut für biologischen Landbau FiBL und die Vereinigung der Schweizer Biolandbau-Organisationen Bio-Suisse haben zusammen mit kantonalen Bioberatungsbüros eine Internetplattform für ökologisch orientierte Landwirte ins Netz gestellt. Neben aktuellen Meldungen werden Fachinformationen zu verschiedenen Bereichen des Biolandbaus bereitgestellt. Zudem können Biobäuerinnen und -bauern Fragen äußern, sich beraten lassen oder sich untereinander austauschen.

Die Internetseite gibt es auf Deutsch und Französisch.

[io]

- www.bioaktuell.ch

Alles über Rekommunalisierung

■ Öffentliche Güter werden seit Jahren privatisiert und von Kommunen und Städten verkauft, die sich damit ihrer Daseinsvorsorgepflicht entziehen. Dieser Trend könnte rückläufig sein. Zumindest bei der Wasserversorgung erkennen immer mehr Verantwortliche Fehlentwicklungen und neue Abhängigkeiten, die die BürgerInnen teilweise teuer zu stehen kommen. Besonders in ärmeren Ländern sind die Versorgungsbedingungen nach Privatisierungen aufgrund neoliberaler Vorgaben meist (noch) schlechter als vorher. Um die Rückkäufe von Städten, die die Wasserver- und Abwasserentsorgung wieder als ihre Aufgabe ansehen, zu dokumentieren und diesen Trend zu unterstützen, haben die Kampagnengruppen Corporate Europe Observatory und das Transational Institute eine Internetseite geschaltet. Dort gibt es unter anderem eine Weltkarte mit Fallbeispielen.

[jg]

- www.remunicipalisation.org

Bei Anruf Naturschutz

■ Anlässlich des vierten Weltnaturschutzkongresses im Oktober in Barcelona haben der WWF, die Weltnaturschutzunion IUCN und der Mobilfunkkonzern Nokia ein Internetportal eingerichtet. Unter dem Motto „Wie lebt der Mensch mit der Natur und wie kann man sie schützen?“ sind BesucherInnen eingeladen, eigene Erfahrungen und Ideen zu veröffentlichen. In verschiedenen Unterkategorien wie „Wasser“ oder „Globale Erwärmung“ können Interessierte Texte, Bilder oder Videos zu diesen Themen auf die Seite stellen. In Blogs und Foren werden Beiträge diskutiert und bewertet. Bis zum Oktober werden die drei am häufigsten gewerteten Einsendungen ermittelt. Den Gewinnern winkt als Preis ein Telefon sowie die Vorführung ihres Beitrags auf dem IUCN-Kongress. Die in englischer Sprache gehaltene Internetseite informiert per Countdown sekundlich über die verbleibende Zeit bis zum Start des Kongresses.

[tt]

- www.connect2earth.org

NEU ERSCHEIENEN

- ▶ Abbott, C.; Rogers, P.; Sloboda, J.: **Jenseits des Terrors. Was unsere Welt wirklich bedroht.** Edition Nautilus, Hamburg 2008, 121 S., 10,- €, ISBN 978-3-89401-571-8
- ▶ Albrecht, J.: **Umweltqualitätsziele im Gewässerschutzrecht. Eine europä-, verfassungs- und verwaltungsrechtliche Untersuchung zur Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie am Beispiel des Freistaates Sachsen.** Schriften zum Umweltrecht. Duncker & Humblot, Berlin 2007, 569 S., 104,- €, ISBN 978-3-428-12447-3
- ▶ Baer, P.; Athanasiou, T.; Kartha, S.: **The Right to Development in a Climate Constrained World. The Greenhouse Development Rights Framework.** Berlin 2007, 96 S., kostenlos, ISBN 978-3-927760-71-4. Hrsg./Bezug: Heinrich-Böll-Stiftung, www.boell.de. Download und Eckpunkte auf Deutsch: www.boell.de/alt/de/04_thema/5448.html
- ▶ Bormann, I.; de Haan, G.: **Kompetenzen der Bildung für nachhaltige Entwicklung. Operationalisierung, Messung, Rahmenbedingungen, Befunde.** VS, Wiesbaden 2008, 276 S., 39,- €, ISBN 978-3-531-15529-6
- ▶ Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (Hrsg.): **Deutschsprachige Medienempfehlungen (2002–2007) zum Thema biologische Vielfalt.** Download (PDF, 263 kB): www.kurzlink.de/medien-biodiv-bmu
- ▶ Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit; Umweltbundesamt (Hrsg.): **Leitfaden für die umweltgerechte Organisation von Veranstaltungen.** BMU/UBA, Berlin/Dessau 2008, kostenloser Download (PDF, 225 kB): www.umweltdaten.de/publikationen/fpdf-l/3459.pdf
- ▶ Dehnhardt, A.; Petschow, U. (Hrsg.): **Sustainability in River Basins. A Question of Governance.** oekom, München 2008, 336 S., 39,80 €, ISBN 978-3-86581-034-2
- ▶ Europäische Umweltagentur (Hrsg.): **Success stories within the road transport sector on reducing greenhouse gas emission and producing ancillary benefits.** Technical Report 2/2008. Kopenhagen, 67 S., ISBN 978-92-9167-122-9. Kostenloser Download (PDF, 1,4 MB): http://reports.eea.europa.eu/technical_report_2008_2/en
- ▶ Gärtner, S.; Reif, A. et al.: **Integration von Naturschutzziele in die Landnutzung: Lösung von Zielkonflikten durch Partizipation und mithilfe eines Entscheidungsunterstützungssystems.** Shaker, Aachen 2008, 220 S., 29,80 €, ISBN 978-3-8322-7082-7
- ▶ Füreder, L.: **Flusskrebse. Biologie – Ökologie – Gefährdung. Ein wissenschaftlicher Band über eines der ältesten Lebewesen der Erde.** Folio, Wien 2008, 128 S., 28,- €, ISBN 978-3-85256-406-7
- ▶ Kahnt, G.: **Leguminosen im konventionellen und ökologischen Landbau.** DLG, Frankfurt/M. 2008, 200 S., 29,90 €, ISBN 978-3-7690-0699-5
- ▶ Krumbein, W. et al. (Hrsg.): **Kritische Regionalwissenschaft. Gesellschaft, Politik, Raum – Theorien und Konzepte im Überblick.** Westfälisches Dampfboot, Münster 2008, 400 S., 29,90 €, ISBN 978-3-89691-738-6
- ▶ OECD (Hrsg.): **Biofuels. Linking Support to Performance.** ITF Round Tables No. 138, OECD/ITF 2008, 224 S., 75,- €, ISBN 978-92-82-10179-7
- ▶ Parodi, O.: **Technik am Fluss. Philosophische und kulturwissenschaftliche Betrachtungen.** Hochschulschriften zur Nachhaltigkeit Band 41. oekom, München 2008, 438 S., 49,90 €, ISBN 978-3-86581-101-1
- ▶ Peters, W. et al.: **Erfassung, Bewertung und Sanierung von Biodiversitätsschäden nach der EG-Umwelthaftungs-Richtlinie.** Landwirtschaftsverlag, Münster 2008, 310 S., 22,- €, ISBN 3-7843-3952-8
- ▶ Ponce, J.: **Sackgassen des Helfens und Möglichkeiten von Entwicklung. Eine Bilanz aus Lateinamerika.** Westfälisches Dampfboot, Münster 2008, 240 S., 24,90 €, ISBN 978-3-89691-742-3
- ▶ Stahlmann, V.: **Lernziel: Ökonomie der Nachhaltigkeit. Eine anwendungsorientierte Übersicht.** oekom, München 2008, 330 S., 49,90 €, ISBN 978-3-86581-099-1

Impressum

umwelt aktuell Juli 2008
ISSN 1865-3901

Herausgeber: Deutscher Naturschutzring, Dachverband der deutschen Natur- und Umweltschutzverbände (DNR) e.V., Koblenzer Straße 65, D-53173 Bonn, Tel. +49 (0)228 / 3590-05, Fax -96, E-Mail: info@dnr.de, www.dnr.de
Verlag: oekom verlag, Gesellschaft für ökologische Kommunikation mbH, Waltherstraße 29, D-80337 München, Tel. +49 (0)89 / 544184-0, Fax -49, E-Mail: kontakt@oekom.de, www.oekom.de
Gesellschafter und Anteile: Jacob Radloff, Feldafing, 77 %, Christoph von Braun, München, 23 %

Chefredaktion: Helga Inden-Heinrich [hjh] (Deutschland, verantwortw.), Markus Steigenberger [ms] (Europa und Internationales, verantwortw.), Kontakt siehe Redaktion
Redaktion: Juliane Grüning [jg], Matthias Bauer [mb], Marion Busch [mbu], Maïke Vygen [mv], Bjela Vossen [bv]
Kontakt: umwelt aktuell, Marienstraße 19–20, D-10117 Berlin, Tel. +49 (0)30 / 6781775-82, -81, Fax -80, E-Mail: redaktion@dnr.de, www.dnr.de/publikationen
Redaktionelle Mitarbeit: Isabel Oettinger [io], Tim Treibmann [tt], Florian Noto [fn], Christina Hering [ch]

Schlusskorrektur: Gotlind Blechschmidt
Grafik/DTP: Matthias Bauer, Juliane Grüning
Anzeigen: oekom verlag, Stefanie Gritsch, Tel. +49 (0)89 / 544184-25, E-Mail: anzeigen@oekom.de
Druck: Kessler Druck + Medien GmbH & Co. KG, D-86399 Bobingen. Druck auf 100 % Altpapier
Erscheinungsweise: monatlich am Monatsanfang
Redaktionsschluss: 10. des vorhergehenden Monats
Abonnements/Bestellungen/Probeabos: Rhenus Medien Logistik, Landsberg, Tel. +49 (0)8191 / 97000-378, Fax -103, E-Mail: oekom@de.rhenus.de
Titelfoto: Deutsches Zentrum für Luft- und Raumfahrt

Die Redaktion behält sich Kürzung und Bearbeitung von Beiträgen vor und haftet nicht für unverlangt eingesandtes Material. Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion/des Herausgebers wieder.

Dieses Projekt wird finanziell vom Bundesumweltministerium gefördert. Die Förderer übernehmen keine Gewähr für die Richtigkeit, Genauigkeit und Vollständigkeit der Angaben sowie für die Beachtung der Rechte Dritter. Die geäußerten Ansichten und Meinungen müssen nicht mit denen der Förderer übereinstimmen.



TERMINE

JULI

Bis 31.08.,
Gelsenkirchen (D)

**4. Job- und
Bildungsmesse
Erneuerbare Energien**
▶ Wissenschaftsladen

Bonn, Tel. +49 (0)228 / 20161-23, -24, Fax 265287,
E-Mail: info@jobmesse-ee.de, www.jobmesse-ee.de

02.–04.07. Magdeburg (D)

**Gesunde Lebenswelten gemeinsam gestalten.
Gesundheitsfördernde, soziale Stadtentwicklung.**
Sommerakademie

▶ Hochschule Magdeburg-Stendal,
Tel. +49 (0)391 / 886-4287, Fax -4736,
E-Mail: sommerakademie@sgw.hs-magdeburg.de,
www.sgw.hs-magdeburg.de/sommerakademie

04.07., Berlin (D)

**Umgebungslärmrichtlinie: Eine Chance für eine
leisere Stadt oder nur verlorene Zeit? Workshop**

▶ Grüne Liga, Tel. +49 (0)30 / 2044-745, Fax -468,
E-Mail: bundesverband@grueneliga.de, www.uglrinfo

04.–07.07., Vilm/Rügen (D)

**Aktuelle Fachfragen zum Artenschutz bei
genehmigungspflichtigen Vorhaben. Tagung**

▶ Bundesamt für Naturschutz (BfN), Tel. +49
(0)38301 / 8611-2, Fax -7, E-Mail: martina.finger@
bfm-vilm.de, www.bfn.de/0603_kalender.html

08.07., Berlin (D)

Die neuen Regelungen des EEG. Fachtagung

▶ Bundesverband Windenergie,
Tel. +49 (0)30 / 28482-128, Fax -107, E-Mail:
l.velser@wind-energie.de, www.bwe-seminare.de

08.–11.07., Vilm/Rügen (D)

**Aktuelle Fragen zur Entwicklung des
Naturschutzrechts im marinen Bereich. Tagung**

▶ Bundesamt für Naturschutz (BfN), Tel. +49
(0)38301 / 8611-2, Fax -7, E-Mail: martina.finger@
bfm-vilm.de, www.bfn.de/0603_kalender.html

09.–11.06., Berlin (D)

**Strategien zur Reduzierung der Flächen-
inanspruchnahme und für ein nachhaltiges
Flächenmanagement in Kommunen. Seminar**

▶ Deutsches Institut für Urbanistik, Beatrixe
Albrecht-Thiessat, Tel. +49 (0)30 / 39001-259,
Fax -268, E-Mail: albrecht@difu.de, www.difu.de

12.–13.07., Lüchow/Wendland (D)

Atommüll und Endlager. Statusseminar

▶ BI Umweltschutz, Fax +49 (0)5841 / 3197,
E-Mail: seminar@bi-luechow-dannenber.de,
www.asse2.de (Termine)

13.–17.07., Vilm/Rügen (D)

8. Vilmer Sommerakademie

▶ Bundesamt für Naturschutz (BfN), Tel. +49
(0)38301 / 8611-2, Fax -7, E-Mail: martina.finger@
bfm-vilm.de, www.bfn.de/0603_kalender.html

12.07., Paris (F)

Europäische Anti-Atom-Demonstration

▶ Réseau Sortir du nucléaire,
Tel. +33 (0)4 / 79361319, E-mail: 12juillet-paris@
sortirdu nucleaire.org, www.sortirdu nucleaire.org

16.–19.07., Berlin (D)

**Reconciling Human Existence with Ecological
Integrity. Konferenz**

▶ GEIG, Klaus Bosselmann, E-Mail: k.bosselmann@
auckland.ac.nz, www.globaleco integrity.net

17.–19.07., Laufen/Bayern (D)

Umbrüche im Alpenraum. Tagung

▶ Bayerische Akademie für Naturschutz und
Landschaftspflege, Tel. +49 (0)8682 / 89630, E-Mail:
anmeldung@anl.bayern.de, www.rce-event.de/
on_doc/120904177290.pdf

26.07.–09.08., Gießen – Kassel – Magdeburg (D)

Tour de Natur 2008. Demonstration/Radtour

▶ Grüne Liga, Johann Schmidt, Dresden,
Tel. +49 (0)351 / 4943354, E-Mail:
tourdenatur@grueneliga.de, www.tourdenatur.net

27.07.–01.08., Vilm/Rügen (D)

**Biodiversität und Wasser in der Entwick-
lungszusammenarbeit. Schwerpunktseminar**

▶ Bundesamt für Naturschutz (BfN), Tel. +49
(0)38301 / 8611-2, Fax -7, E-Mail: martina.finger@
bfm-vilm.de, www.bfn.de/0603_kalender.html

AUGUST

02.–10.08., Barby/Elbe (D)

16. Internationales Elbe-Saale-Camp

▶ Aktionsbündnis Elbe-Saale, Jutta Röseler, Tel.
+49 (0)39298 / 28477, E-Mail: elbe-saale@t-online.de,
www.netzwerk-flusslandschaften.de/elsa

Weitere Termine: www.dnr.de/terminlinks

Karriere für eine bessere Welt

Karriere machen, die Welt ver-
bessern und auch noch glücklich
sein – das sind ja gleich drei
Wünsche auf einmal! Das geht doch
gar nicht! – Oder doch? Das Buch
»Die Zukunftsmacher« stellt Ihnen
23 inspirierende Menschen vor, die
es geschafft haben, ihr Leben in den
Dienst einer guten Sache zu stellen,
erfolgreich zu sein und dabei
glücklich und zufrieden zu werden.

J. Stefańska, W. Hafenmayer
Die Zukunftsmacher

Eine Reise zu Menschen, die die Welt
verändern – und was Sie von ihnen
lernen können

253 Seiten, mit Farbfotos, 19,90 EUR
ISBN 978-3-86581-086-1

 oekom

Erhältlich bei www.oekom.de,
oekom@de.rhenus.com,
Fax +49/(0)81 91/97 000-405



Bildungskampagne zur Biodiversität

Bausteine für globales Lernen

Die Arbeitsgemeinschaft Natur- und Umweltbildung (ANU) Nordrhein-Westfalen führte über zwei Jahre die landesweite Bildungsoffensive „Wert der Vielfalt“ durch. Ziel war die Entwicklung neuer pädagogischer Bausteine zur Biodiversität.

Die Arbeitsgemeinschaft Natur- und Umweltbildung (ANU) Nordrhein-Westfalen hat in den letzten beiden Jahren eine landesweite Bildungsoffensive unter dem Titel „Wert der Vielfalt“ durchgeführt. Ziel war die Entwicklung neuer pädagogischer Bausteine zur Biodiversität im Rahmen einer Bildung für nachhaltige Entwicklung. An der Konzeption und Durchführung des Projekts waren neben UmweltbildnerInnen aus der ANU auch ExpertInnen aus staatlichen und nichtstaatlichen Organisationen beteiligt. Inhaltlich wurde das komplexe Thema Biodiversität in vier Themengruppen aufgeteilt. Zu diesen Teilthemen entstanden je vier Bildungsmodule für Zielgruppen vom Kindergarten bis zum Seniorenalter. Insgesamt wurden 16 Bausteine für globales Lernen entwickelt, erprobt und dokumentiert. Sie werden nun in einer 86-seitigen Farbbroschüre ausführlich beschrieben und durch Arbeitsblätter, Materialien und Darstellungen auf einer beiliegenden CD ergänzt.

Boden und Bodenleben: Artenverlust durch die Futtermittelproduktion

Im Teilthema Boden und Bodenleben greifen zwei Module den Artenverlust durch die Bodenzerstörung für die Futtermittelproduktion und die globalen Agrarverflechtungen am Beispiel des Sojaanbaus in Brasilien auf. Die „brasilianische Bodentiere besucht, belegt, dass dieses komplexe Thema auch schon mit Grundschulern und in vereinfachter Abwandlung sogar im Vorschulalter bearbeitet werden kann. Das zweite Bodenmodul wurde für Jugendliche und Erwachsene entwickelt und spricht auch das eigene Konsumverhalten an. Das Modul 3 zum Thema Boden befasst sich mit den Bodenschätzen und beschreibt für die Zielgruppe Jugendliche

und Erwachsene den Artenverlust durch Boden- und Landschaftsveränderung am Beispiel des Steinkohlebergbaus. Im vierten Bodenmodul werden für die älteren SchülerInnen der Sekundarstufe I die Auswirkungen des Flächenverbrauchs auf die Artenvielfalt beleuchtet, indem an drei Standorten mit unterschiedlichem Versiegelungsgrad Pflanzen und Tierwelt untersucht werden.

Klima und biologische Vielfalt: Eisbär- und WeltraumGeburtstag

Im Teilthema Klima und biologische Vielfalt wird mit dem Modul „EisbärGeburtstag“ Kindern im Alter von fünf bis sieben Jahren das Abschmelzen der Eismassen am Nordpol in spielerischer Form vermittelt. In einem weiteren Klimamodul für Vor- und Grundschule „Regenwald für uns alle“ wird der Dschungel nicht nur in seiner ganzen Schönheit vorgestellt, sondern auch am Beispiel von Produkten unseres täglichen Lebens. Modul 7 beleuchtet den Wert des Regenwaldes speziell für die Zielgruppe der Sekundarstufe I und II. Unter dem Titel „WeltraumGeburtstag“ wird für Kinder zwischen acht und zwölf Jahren der Klimawandel der Erde aus der Perspektive von Astronauten behandelt.

Fremdarten und Nutzpflanzen: Artenvielfaltpicknick und Neobiota-Koffer

Das erste Modul des Teilthemas Fremdarten und Nutzpflanzen geht in Form einer interaktiven Exkursion durch unsere Kulturlandschaft der Frage nach: Was ist biologische Vielfalt? SchülerInnen ab Klasse 10 und Erwachsene erleben hierbei verschiedene Ökosysteme und Artenvielfalt in der Kulturlandschaft sowie eine Arten- und Sortenvielfalt am Beispiel des Kartoffel- und Getreideanbaus.

Das zehnte Modul der Bausteinsamm-

lung befasst sich unter dem Titel: „Wer zuerst kommt ... Industrienatur und Artenvielfalt auf der Kokerei Hansa“ mit der Artenvielfalt auf Industriebrachen. Es wendet sich an erwachsene Einzelbesucher und Gruppen, die an einer Führung teilnehmen. „Fremde Arten hier im Garten – Artenvielfaltpicknick“ heißt eine weitere Bildungseinheit für Erwachsene und Jugendliche, die sich mit einem Garten in einer ökologischen Kleingartenanlage befasst. Der „Neobiota-Koffer“ stellt in einem anderen Modul für das 5. bis 10. Schuljahr „fremde Arten“ auf Industriebrachen und an Flussläufen wie etwa der Ruhr vor.

Wald als Ressource: Über den Luchspfad ins Luchsland

Das Teilthema Wald als Ressource startet mit dem Modul „Der Luchs kehrt zurück – über den Luchspfad ins Luchsland NRW“. Hierbei gehen SchülerInnen des 3. bis 6. Schuljahres der Frage nach: Wie müsste eine Landschaft bei uns aussehen, damit der Luchs wieder heimisch werden kann? In einem anderen Modul für Vor- und Grundschulen wird anhand der Waldameise und der Fledermaus erlebbar gemacht, dass Strukturvielfalt Artenvielfalt schafft.

Das Modul 15 berichtet über „Waldprodukte aus der Einen Welt“ am Beispiel von Eiche, Gummibaum, Brombeere und Kakaopflanze. Dieser Baustein wurde für die „Generation 60 plus“ konzipiert und veranschaulicht die regionale Bedeutung unserer Wälder für die Artenvielfalt. Die Reihe der Bausteine für globales Lernen schließt mit dem 16. Modul „Totholz – ein Stoff, aus dem die Vielfalt lebt“. Das Unterrichtsmaterial für Jugendliche und Erwachsene rückt die vielen Artengruppen, die im und vom Totholz leben, ins Blickfeld und schließt damit den Kreis des Lebens.

[Georg Tenger]

▷ Broschüre: Wert der Vielfalt. ANU-Schriftenreihe Band 14, Dorsten 2008, 86 S. + CD-ROM, 5,- € inkl. Versand. Hrsg./Bezug: ANU NRW, c/o Biologische Station, Im Höltken 11, D-46286 Dorsten, Fax +49 (0)2369 / 77607, E-Mail: tenger.biostation-re@t-online.de, www.anu-nrw.de

AUS ANU UND UMWELTZENTREN

ANU-Bundesverband gibt Journal zur biologischen Vielfalt heraus

□ Auf den Internetseiten der UN-Dekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ findet sich als neue Rubrik das „BNE-Journal“. Hier veröffentlichen wechselnde Herausgeber aktuelle Beiträge zur Bildung für nachhaltige Entwicklung. Nach den Themen „Bildung für nachhaltige Entwicklung international“ und „Kulturelle Vielfalt“ hat der ANU-Bundesverband anlässlich der UN-Biodiversitätskonferenz als dritte Ausgabe „Biologische Vielfalt und Bildung für nachhaltige Entwicklung“ herausgegeben. Berichte aus der Praxis und Good-Practice-Beispiele machen deutlich, dass das Thema vielfältig und lokal erlebbar ist. Fachleute wie Jürgen Wolter, Manfred Niekisch und Susanne Gura beleuchten globale Aspekte und berichten über spannende Projekte. Die Präsidentin des Bundesamtes für Naturschutz Beate Jessel stellt die Bedeutung von Bildung und Information in der nationalen Biodiversitätsstrategie vor.

- ▷ www.bne-journal.de
- ▷ www.bne-portal.de

ANU-Bundestagung 2008: Der Zukunft das Wasser reichen

□ Wasser ist das diesjährige Thema der UN-Dekade Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE). Es steht daher auch im Mittelpunkt der ANU-Bundestagung 2008 „Der Zukunft das Wasser reichen“, die vom 20. bis 22. Oktober in der Evangelischen Akademie Tutzing am Starnberger See (Oberbayern) stattfinden wird. Die Veranstaltung soll den Bogen schlagen vom Wasser als kulturellem Gut zum Wasser als materiellem Gut. Neben Vorträgen und einer Zusammenschau vielfältiger Projekte werden Workshops und ein „Markt der Möglichkeiten“ angeboten. Die bundesweite Fachtagung wird organisatorisch von der ANU Bayern und dem Bayerischen Umweltministerium unterstützt.

- ▷ www.umweltbildung-in-bayern.de

20 Jahre Otter-Zentrum Hankensbüttel

□ Im Mai 1988 öffnete das Otter-Zentrum seine Pforten. Es ist kein Zoo, kein Freizeitpark und auch kein Museum, sondern von jedem etwas. Über 1,6 Millionen Menschen besuchten seitdem Otter, Dachs und Co. Seit der Anerkennung als Regionales Umweltbildungszentrum genießen jährlich viele Tausend Schulkinder hier einen praxisnahen Unterricht. In Experimentier- und Erlebnisbereichen können Erwachsene und Kinder Ausschnitte aus der faszinierenden Welt dieser heimischen Tiere erleben. Als Motor einer nachhaltigen Regionalentwicklung führte das Otter-Zentrum viele regionale Projekte mit Partnern aus Land- und Forstwirtschaft, Tourismus und Unternehmen durch.

- ▷ www.otterzentrum.de

Biosphärenreservat Spreewald gründet Umweltbildungsnetzwerk

□ Auf Initiative des Biosphärenreservats Spreewald wurde im März in Lübbenau ein regionales Netzwerk für Umweltbildung gegründet. Die seit vielen Jahren in dem Großschutzgebiet agierenden Partner wollen so die Bildung für nachhaltige Entwicklung in der Region bündeln und weiterentwickeln. Rund 30 Akteure, darunter Schullandheime, Jugendherbergen, Vereine, Privatpersonen und kommunale Einrichtungen, arbeiten künftig bei der außerschulischen Umweltbildung zusammen. Dabei sollen neue Qualitätsmaßstäbe entwickelt werden und die Zusammenhänge zwischen biologischer Vielfalt und nachhaltiger Landnutzung stärker in die Bildungsprogramme und Angebote einfließen.

- ▷ Biosphärenreservat Spreewald, www.mluv.brandenburg.de (Behörden – GSG)

NaturGut Ophoven startet internationales Bildungsprojekt

□ Gemeinsam mit dem Bildungsinstitut im polnischen Racibórz (Ratibor), der Hochschule für Angewandte Wissenschaften Hamburg und der Universität

Daugavpils (Dünaburg) in Lettland startete das NaturGut Ophoven bei Leverkusen das zweijährige EU-Projekt „Inspire“. Es soll die Themen Erneuerbare Energien und Klimawandel europaweit an Schüler vermitteln und Grundlagen für eine stärkere Vernetzung von schulischem und außerschulischem Lernen schaffen. Für die Aus- und Fortbildung von Lehrern sowie für das nicht-formale Lernen sollen neue Impulse gegeben und innovative Unterrichtseinheiten entwickelt werden. In einem weiteren Projekt „Bürger für Europa“ arbeitet das NaturGut Ophoven bereits seit Anfang April an einer besseren Zusammenarbeit dreier Partnerstädte.

- ▷ www.naturgut-ophoven.de

SCHWERPUNKT: DRAUSSEN UNTERWEGS

Klimatour per Fahrrad

□ Jugendliche im Alter von zwölf bis 18 Jahren fahren nicht nur mit dem Fahrrad zur Schule, sie benutzen es auch in ihrer Freizeit. Dadurch leisten sie einen großen Beitrag sowohl für ihre Gesundheit als auch für das Klima. Der Verkehrsclub Deutschland (VCD) hat deshalb mit Unterstützung des Bundesverkehrsministeriums die Kampagne „FahrRad! Fürs Klima auf Tour“ gestartet. Ein Internetportal spornt die Jugendlichen an, Fahrradkilometer zu sammeln, damit sie auf der virtuellen Radtour durch Deutschland zügig vorankommen, Exkursionen in europäische Metropolen unternehmen, an Gewinnspielen teilnehmen und eigene Aktionsideen entwickeln. Die eingesparte CO₂-Menge wird durch eine „Klima-Waage“ angezeigt.

- ▷ www.klima-tour.de

Klimawanderungen für alle Schulstufen

□ Das Klima ist für viele Menschen abstrakt und wenig fassbar. Auf einer Wanderung im Wald können Exkursionsteilnehmer das Klima erlebnishaft wahrnehmen und persönliche Bezüge dazu herstellen.

An verschiedenen Stationen werden Aktivitäten wie Spiele, Beobachtungen und Diskussionen angeboten. Schüler der Unterstufe erleben zum Beispiel Bäume bei Wind und Wetter, die Mittelstufe ist dem Klima auf der Spur, während Oberstufe und Erwachsene auf der Waldexkursion Klimawandel und Treibhauseffekt entdecken. Die Klimawanderungen wurden im Auftrag der Naturschutzfachstelle Stadtökologie Baden (Schweiz) am Beispiel des Badener Stadtwaldes konzipiert. Sie lassen sich aber in jedem anderen Wald genauso durchführen. Handreichungen können im PDF-Format aus dem Internet heruntergeladen werden.

- ▷ www.klimawanderungen.ch/downloads/Klimadossier_Unterstufe.pdf (2 MB)

Subterra – Bodenerlebnispfad in Güstrow

□ Der Erde unter die Haut geschaut: Im unterirdischen Bodenlabyrinth wie auch auf dem Bodenlehrpfad können Besucher aktiv werden und teils sogar kleine Experimente durchführen. Wie entstehen Bodenarten? Was ist Torf? Wer lebt im Boden und was machen dort Regenwürmer und Bakterien? Eine abenteuerliche Reise ins Erdreich, die durchs Moor an einer Moorleiche vorbeiführt.

- ▷ www.nup-guestrow.de/subterra.0.html

Schulwanderungen nur in die Natur!

□ Die Deutsche Wanderjugend sieht im Schulwandern drei wichtige Perspektiven des kindlichen und jugendlichen Lebensbereichs vereint: Es vermittele Naturkontakte, trage durch natürliche Bewegung zu einer gesunden Lebensführung bei und fördere Sozialkompetenzen und Verantwortungsgefühl. Zwar empfiehlt die Kultusministerkonferenz Schulwanderungen und fast jedes Bundesland hat einen Erlass dazu veröffentlicht, der vier bis fünf Wandertage pro Jahr vorsieht. Der Schulalltag jedoch sieht in der Regel anders aus. Wandertage werden nicht selten als touristisch anmutende Klassenfahrten, Kinobesuche und Ähnliches zweckentfremdet. Um das

zu ändern, hat die Wanderjugend ein Positionspapier zum „Schulwandern als Chance für nachhaltiges Lernen und Handeln“ veröffentlicht.

- ▷ Positionspapier: www.wanderjugend.de

Themenwege durch die Schweiz

□ Das Institut für Umwelt und Natürliche Ressourcen der Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften in Wädenswil hat in einer Internetdatenbank erstmals zahlreiche Planetenwege, Geologiepfade, Waldlehrpfade und Industriepfade aus der gesamten Schweiz versammelt. Die Datenbank bietet zu jedem Eintrag neben Grundinformationen auch eine Geländekarte und weiterführende Links.

- ▷ www.themenwege.unr.ch

Lehrpfade-Portal für Österreich

□ Auch für Österreich gibt es eine Internetdatenbank mit Beschreibungen von zahlreichen österreichischen Lehrpfaden, Themen- und Erlebnispfaden. Sie können sowohl thematisch als auch nach der Art des Lehrpfades und der Eignung für bestimmte Zielgruppen oder nach Bundesländern sortiert werden.

- ▷ www.lehrpfade.lebensministerium.at

NEUE MATERIALIEN

Der Wald in uns

□ „Der Wald in uns“ ist eine bunte, lezenswerte Zusammenstellung sachlicher, literarischer und künstlerischer Beiträge über den Wald als Gefühlswelt in uns und als reales Erlebnis um uns herum. Das Buch gibt die Ergebnisse der Arbeit zweier regionaler Netzwerke in Münster und Göttingen wieder: Videospots, Texte, Landart- und Ausstellungsobjekte. Daneben kommen namhafte Autoren zu Wort. Eingefordert werden neue Denksätze zum Waldverständnis: weg vom Wald als Holzacker und verfügbare Naturressour-

ce, hin zu einer Empathie mit dem Wald als lebendigem Organismus und zu einer nachhaltigen Bewirtschaftung.

- ▷ Mars, E. M.; Hirschmann, M. (Hrsg.): Der Wald in uns. Nachhaltigkeit kommunizieren. oekom, München 2008, 128 S. + CD-ROM, 19,90 €, ISBN 978-3-86581-087-8

Ohne Moos was los?

□ In einer 130-seitigen Broschüre gibt Michael Zschiesche vom Unabhängigen Institut für Umweltfragen (UfU) in Berlin Tipps, wie kleine und mittlere Nichtregierungsorganisationen (NGOs) ohne eigenes Budget mehr freies Geld beschaffen können. Sie verdeutlicht, dass ernsthaftes Fundraising fast immer zugleich Veränderung und Organisationsentwicklung bedeutet. In einem allgemeinen Teil werden deshalb die Bezüge zur Organisationsentwicklung aufgezeigt und praxisnah aus der Sicht kleiner und mittlerer (Umwelt-) NGOs beschrieben.

- ▷ Zschiesche, M.: Ohne Moos was los? Fundraising und Organisationsentwicklung am Beispiel kleinerer Umwelt-NGOs. UfU, Berlin 2007, 140 S., 12,- €. Bezug: www.ufu.de/shop (Suchen nach: Moos)

Dokumentation der 2. NUN-Konferenz

□ Hamburg hat eine farbige Zusammenfassung der 2. Konferenz der norddeutschen Partnerschaft (NUN) zur UN-Dekade BNE herausgegeben. Der achtseitige Sonderdruck erschien in der Reihe „Lernen bewegt Welten“ und kann kostenlos angefordert oder aus dem Internet heruntergeladen werden. Er stellt unter anderem wichtige Aussagen der Hauptvorträge von Prof. Dr. Gerhard de Haan und Prof. Dr. Heinke Schlünzen vor, berichtet über die Ergebnisse der Arbeitsgruppen zu allen Bildungsbereichen und bietet eine Auswahl von Praxisbeispielen aus Norddeutschland.

- ▷ BSU Hamburg (Hrsg.): NUN-Konferenz 2007 in Hamburg. Klimaschutz lernen. Hamburg 2008, 8 S., kostenlos. Download (850 kB): www.kurzlink.de/nun-konferenz-07.pdf

WEITERBILDUNG

Bachelor-Studiengang Umweltpädagogik

□ Im Wintersemester 2008/2009 startet erstmals in Österreich ein Bachelor-Studiengang Umweltpädagogik. In einem sechssemestrigen Präsenzstudium an der Hochschule für Agrar- und Umweltpädagogik in Wien erwerben die Studierenden neben persönlichen Schlüsselkompetenzen eine breite fachliche Qualifikation in den Bereichen Umwelt, nachhaltige Entwicklung und Pädagogik.

▷ www.agrarumweltpaedagogik.ac.at

Kindergarten im Wald

□ Ab Oktober bietet die Naturschule Freiburg e.V. die neunmonatige berufs begleitende Weiterbildung „Kindergarten im Wald“ an. Die Seminare finden über sechs Wochenenden verteilt in der Freiburger Umgebung statt. Die Weiterbildung richtet sich an TeilnehmerInnen mit pädagogischer Berufsausbildung und schließt mit einem qualifizierten Zertifikat ab.

▷ www.naturschule-freiburg.de

VERSCHIEDENES

Beratung 24 Stunden nonstop

□ Am 7. Juli gibt es kostenlose Nachhilfe in Marktwirtschaft für Non-Profit-Organisationen und sozial-kreative Unternehmensgründer im SelfHub-Zentrum in Berlin-Kreuzberg. Die seit Kurzem in Berlin ansässige Firma Stratum bietet im Rahmen der Standortkampagne „Deutschland – Land der Ideen“ einen 24-stündigen Informations- und Beratungsevent unter dem Motto „Sind wir nicht alle Unternehmer?“. In Kurzpräsentationen, Beratungsecken und an praktischen Beispielen werden Themen wie Geschäftskonzepte, Finanzierung, Marketing, Steuern, Mitarbeitergewinnung, Unternehmensstrategie oder Work-Life-Balance beleuchtet. Eingeladen sind kreative, sozial engagierte, glo-

bal denkende und umweltbewusste junge Menschen, die sich selbstständig machen wollen.

▷ www.stratum-consult.de

Arte sostenibile – Kunst und Nachhaltigkeit

□ Über 60 KünstlerInnen aus 16 Ländern zeigen noch bis zum 30. August im Aquadrom von Bad Urach am Rande der Schwäbischen Alb ihre Positionen zu Arten- und Ressourcenschutz, nachwachsenden Rohstoffen, erneuerbaren Energien, Generationengerechtigkeit und Entwicklungszusammenarbeit. Das Projekt wurde als Dekade-Projekt ausgezeichnet. Weitere geplante Ausstellungsorte sind Dessau, Berlin, Bonn und Ihlienworth im Landkreis Cuxhaven.

▷ www.arte-sostenibile.org

Öko-Ferienjobs in Österreich

□ Kühe hüten auf der Alm, nachts am griechischen Strand Schildkrötenester sichern oder Wölfe in der russischen Taiga beobachten: Auch das können Ferienjobs sein. Das Forum Umweltbildung bietet Alternativen zu den üblichen Sommerpraktika im In- und Ausland an. Die Datenbank steht, nachdem sie viele Jahre als Broschüre erschien, nun gratis im Internet. Auch Erlebnisberichte und Fotos können eingestellt werden. Das Angebot richtet sich an alle – Jugendliche, Studenten, Mütter mit Kindern oder Rentner.

▷ www.oekoferienjobs.at

UMWELTBILDUNG-TERMINKALENDER

Weitere aktuelle Termine: www.umweltbildung.de. Stellen Sie Ihre Termine dort selbst kostenlos ein!

02.07., Dresden (D)

Bildung für die Zukunft. Nachhaltigkeitsstrategie im Freistaat Sachsen unter Mitwirkung der Lokalen Agenda 21

▷ www.lanu.de

07.–09.07., Tour durch Bayern (D)

Fortbildung zum Fachberater Naturerlebnisräume

▷ www.reinhard-witt.de

07.–18.07., Ganzlin/Mecklenburg (D)

Gestalter für Lehmputze (HWK)

▷ www.fal-ev.de

11.–13.07., Berlin (D)

Veränderungsmoderation

▷ www.tuwas.net

12.–13.07., Königsdorf/Oberbayern (D)

Aben(d)teuer im Dunkeln. Nachtaktionsspiele

▷ www.burgschwaneck.de

14.–17.07., Engelberg (CH)

Für das Leben lernen. Sommerakademie für Fachleute der non-formalen Bildung

▷ www.infoklick.ch/sommerakademie

17.–19.07., Freising bei München (D)

Impro-Moderation

▷ www.tuwas.net

18.–20.07., rund um Brügge und Gent (B)

Gartenreise Flandern

▷ www.bszwillbrock.de

20.–24.07., Nationalpark Bayerischer Wald (D)

Naturfotografie. Workshop

▷ www.waldzeit.de

24.–29.07., Benediktbeuern/Oberbayern (D)

Erlebnissommer. Vorschläge für erlebnis- und naturpädagogische Schullandaufenthalte

▷ www.hmvlv.de

Impressum **ökopädNEWS**

Herausgeber

ANU

Arbeitsgemeinschaft
NATUR- UND UMWELTBILDUNG
Bundesverband e.V.

Redaktion

Jürgen Forkel-Schubert (verantwortlich),

jfs@oekopaednews.de;

Birgit Paulsen, Webmaster, netzwerk@anu.de

ANU-Bundesverband Deutschland e.V.,

Philipp-August-Schleißner-Weg 2, D-63452 Hanau,

Tel. +49 (0)6181 / 1804778, bundesverband@anu.de,

www.umweltbildung.de